

44. Jahrgang
ISSN 0939-3099
1/2 2012

ao

aktuelle
ostinformationen



Internationale Jugendwoche im Kreis Herford

ao
1/2
2012

GESAMTEUROPÄISCHES STUDIENWERK e.V.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Europa und die EU haben in der Tat große wirtschaftliche und politische Probleme. Zum ersten Mal seit vielen Jahren scheint die Integrationsfähigkeit der EU und damit des gesamten europäischen Kontinents ernsthaft auf dem Spiel zu stehen. Seit geraumer Zeit werden deshalb die unterschiedlichsten Szenarien durchgespielt – bis hin zu einer Aufkündigung der bisher funktionierenden Eurozone. In den nächsten Monaten wird nach der jüngsten Wahl in Frankreich gewiss nach einem dritten Weg zwischen Sparzwang und der Notwendigkeit, die Wirtschaft durch Investitionen zu beleben, gesucht werden müssen. Vielleicht wird man nun auch in Berlin, Paris, Brüssel und anderswo etwas intensiver darüber nachdenken, ob es nicht notwendig ist, die bisherige Finanz- und Wirtschaftskonzeption der EU zu reformieren. Wir sehen ganz offenbar einer spannenden, aber unruhigen Zukunft entgegen.

Es darf deshalb nicht wundern, dass wirtschaftliche Themen im Vordergrund dieser Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“ stehen. In ihnen geht es um mögliche Szenarien der europäischen Zukunft sowie um die Rolle deutscher Direktinvestitionen in der polnischen Automobilindustrie.

Ferner werden in zwei weiteren Beiträgen die Stellung der polnischen katholischen Kirche und die Situation der Filmproduktion im krisenerschütterten Moldova behandelt.

Dass wir uns im GESW neben wirtschaftlichen Fragestellungen allerdings auch explizit um politische, aktuell brisante Themen kümmern, verdeutlicht der kurze Tagungsbericht über die europäische Jugendwoche, in der mit Jugendlichen aus fünf Nationen am Beispiel des sich in Europa verstärkenden Rechtsextremismus, Antisemitismus und Antiislamismus aktuelle Fragen und Herausforderungen des Zusammenlebens auf unserem Kontinent behandelt wurden.

Wie gewohnt liefern der Buchreport und ein großer Rezensionsteil ebenfalls Einblicke in unsere Arbeit, nicht zuletzt im Hinblick auf Seminare, in denen deutsch-deutschen, deutsch-polnischen, aber auch europäischen Erinnerungsorten viel Aufmerksamkeit geschenkt wird. Getreu dem Motto, dass es ohne Herkunft auch keine Zukunft gibt.

Zbigniew Wilkiewicz

.....
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.
.....

Inhalt

Beiträge

<i>Gerhard Schüsselbauer</i> EU-Verschuldungskrise sowie die Zukunft der EU	4
<i>Katarzyna Witczyńska</i> Deutsche Direktinvestitionen in der polnischen Automobilindustrie	22
<i>Theo Mechtenberg</i> Polonia semper fidelis?	30
<i>Michael Wiersing Sudau</i> Die Ballade von den Haiducken oder Der letzte Monat im Herbst	39

Berichte

<i>Joachim Burek</i> Feuer für Europa wecken	45
<i>Bodo Kohlmeyer</i> Tagung der Deutschen Polizeigewerkschaft	47

Buchreport

<i>Ingo Eser</i> „Volk, Staat, Gott“. Die deutsche Minderheit in Polen und ihr Schulwesen	49
<i>Gerhard Schüsselbauer</i> Neue Literatur aus Mitteleuropa	56

Dokumentation

<i>Marcin Kula</i> Multikulturalismus	63
--	----

Rezensionen

<i>Johannes Varwick (Hg.): Die Europäische Union. Krise, Neuorientierung</i>	70
<i>Claus Leggewie: Der Kampf um die europäische Erinnerung</i>	74
<i>Focus Soziokultur e.V. (Hg.): Shortcut Europe 2010</i>	78
<i>Christoph Mick: Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt</i>	80
<i>Enver Sopjani: Internationale Gemeinschaft in Kosova</i>	84
<i>Etienne François, Uwe Puschner (Hg.): Erinnerungstage</i>	88
<i>Leslie Schwartz: Durch die Hölle von Auschwitz und Dachau</i>	90

Beiträge

Gerhard Schüsselbauer

EU-Verschuldungskrise und die Auswirkungen auf ostmittel- und südosteuropäische Volkswirtschaften sowie die Zukunft der EU

Erst hielt die Finanzkrise, dann die darauf folgende Weltwirtschaftskrise seit spätestens Mitte 2008 auch die neuen ostmittel- und südosteuropäischen Mitgliedsländer der EU fest im Griff. Dramatische Einbrüche bei den Auftragseingängen, in der Industrieproduktion und besonders im Handelsvolumen zeigten, dass die Fieberschübe der Finanzmarkturbulenzen die realwirtschaftliche Ebene schnell erreicht hatten und so die strukturellen Defizite sowie interne und externe Ungleichgewichte offen zu Tage traten¹. Die Diskussion um das Zielsystem der Wirtschaftsordnung ist auch in den Nachbarländern voll entbrannt. Fragen nach einer „neuen“ wirtschaftsethischen Grundlage und Konzeption der (Sozialen) Marktwirtschaft angesichts des Marktversagens während der Finanzmarktkrise von 2008/2009 und des massiven Staats- bzw. Politikversagens aufgrund der gegenwärtigen Staatsschuldenkrise in einem Großteil der entwickelten Volkswirtschaften bestimmen die Grundsatzdiskussion auch in den östlichen EU-Mitgliedsländern.

Mehr als zwanzig Jahre nach dem eigentlichen Beginn der wirtschaftlichen Systemtransformation² sehen sich die mittel- und südosteuropäischen EU-Volkswirtschaften mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert: Durch die Finanzkrise ausgelöst beobachtete man einerseits einen massiven Abfluss ausländischen Kapitals und zugleich einen drastischen Anstieg der Auslandsverschuldung sowie Währungsabwertungen bei einem System flexibler Wechselkurse. Andererseits verdeutlichten die Entwicklungen der realwirtschaftlichen Indikatoren in manchen Ländern eine tiefe Konjunkturkrise, die ähnlich wie in Deutschland eine heftige Diskussion über die Zukunft der Marktwirtschaft bzw. des Kapitalismus ausgelöst hat. Der Einbruch der realen Wirtschaftsleistung zwang viele der neuen EU-Länder zu Experimenten in der Wirtschaftspolitik, deren Ausgang ungewiss ist. Generell muss die Notwendigkeit eines neuen Regelwerks für einen regulierten Kapitalismus erkannt werden, um weitere Wirtschaftskrisen dieses Ausmaßes zu vermeiden. Für eine Rückkehr zur ideologisch orientierten Machbarkeit sozialistischen Typs findet sich in den breiten Gesellschaftsschichten der Länder hingegen keine Mehrheit³. Vergleichbar

¹ Vgl. dazu im Detail Europäische Zentralbank EZB, Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Länder Mittel- und Osteuropas, Monatsbericht Juli 2010, S. 93-105.

² Vgl. dazu ausführlicher Gerhard Schüsselbauer, Privatisierungsmethoden, Bern 1998, S. 13-60.

³ Dies war zeitlich schon weit vor den Ausbruch der Weltwirtschaftskrise während der eigentlichen Systemtransformation zu beobachten; vgl. Jan Delhey, Osteuropa zwischen Marx und Markt, Hamburg 2001.

der Situation in Deutschland, wo vorschnell und unkritisch der „freie Markt“ und der „neoliberale Geist“ als Schuldige gezeißelt werden, zeigen sich jedoch deutlich gesellschaftliche Strömungen, die Staatsinterventionismus und Paternalismus (oftmals politisch gepaart mit national-konservativen Strömungen) unterstützen. In Wirklichkeit bedarf es einer gründlichen Analyse der Krise, um die beteiligten Akteure zu identifizieren: die Rolle der nationalen Regierungen und Notenbanken bei einer ausgeprägten Asymmetrie in der Fiskal- und Geldpolitik im Euro-Raum, die Struktur des Finanz- und Bankenwesens und nicht zuletzt die Fehlanreize für die Entwickler neuer Finanzprodukte. Im Sog der Weltrezession wurden auch die meisten einstigen „Musterschüler“ und „Tigerstaaten“, bspw. baltische Staaten, Ungarn oder Rumänien, schnell zu „Sorgenkindern“, bedroht von harten realwirtschaftlichen Einschnitten und einem drohenden Staatsbankrott.

Die Herausforderungen in den ostmittel- und südosteuropäischen Volkswirtschaften der neuen EU (27) sind auch vor dem Hintergrund einer keineswegs abgeschlossenen Systemtransformation zu sehen. Ein kurzer Überblick soll die qualitativen Aspekte der Fortschritte in der ökonomischen Systemtransformation verdeutlichen:

- *Realwirtschaftlich* sind die Transformation und die Integration in den europäischen Kernraum und Binnenmarkt weit fortgeschritten. Dies gilt insbesondere für den intra-industriellen Handel, die Handelsumorientierung und die Produktionsvertiefung in Ländern wie Tschechien, der Slowakei, Polen sowie Ungarn. Problematisch sind die ausgeprägten Unterschiede in der Arbeitslosigkeit, die auch in den Ländern selbst eine starke Binnendifferenzierung aufweisen. Modelle der „Flexicurity“ (Flexibilität bei gleichzeitiger Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt), einem wichtigen Baustein der europäischen Sozialagenda, sind nur in Ansätzen erkennbar. Dazu gesellen sich Probleme der inländischen Absorption aufgrund der schwachen inländischen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.
- *Monetär* zeigt sich ein sehr heterogenes Bild. Während Rumänien und Ungarn, aber auch das Euro-Neumitglied Estland mit relativ hohen Inflationsraten kämpfen, ernten andere Länder wie Polen, Tschechien oder Bulgarien (Currency-Board-System seit 1996) die Früchte der stabilitätsorientierten Geldpolitik. Notgedrungen geraten die Währungen der weniger stabilen Länder unter Abwertungsdruck. Gerade bei fixen Wechselkursen würde das zu einer schädlichen Überbewertung der Währung führen. Die baltischen Staaten reagierten hier mit einer Lohn- und Preisdeflation, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen und die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in den Griff zu bekommen.
- *Fiskalisch* offenbaren sich viele tiefgreifende Probleme in der Konsolidierung der Staatsfinanzen, die im Fall von Ungarn und Rumänien zu dramatischen

Überbrückungsaktionen durch Finanzhilfen seitens der EU und des IWF führten. Generell zeigt sich hier in vielen ehemals sozialistischen Wirtschaften in Ostmittel- und Südosteuropa eine der größten Schwächen der Systemtransformation, nämlich die Neudefinition der Rolle des Staates beim Angebot von öffentlichen Gütern und Leistungen sowie der Struktur der Staatseinnahmen und Staatsausgaben. Gegenwärtig kämpfen vor allem Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, die Slowakei sowie Rumänien mit hohen Nettoneuverschuldungen, während Tschechien und das krisengeschüttelte Ungarn ihre finanzpolitischen Defizite langsam überwinden, wenngleich der Gesamtschuldenstand Ungarns besorgniserregende Ausmaße annimmt (76% des BIP im Jahr 2011). Lediglich Estland hat seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991 nie den Stabilitätspfad verlassen und sich konsequent einer stabilitätsorientierten Geld- und Fiskalpolitik verschrieben mit dem Ziel, über internationale Preis- und Handelsverflechtungen Stabilität zu importieren.

- *Institutionell* sind viele Defizite und Defekte in der Konstanz der Wirtschaftspolitik (im Sinne Walter Euckens) auszumachen, so die Kontinuität des rechtlichen Ordnungsrahmens, die Stop-and-go-policy vieler Regierungen, was die Steuer- und Investitionsgesetzgebung anbetrifft, oder die institutionelle Abgrenzung zwischen politischer Einflussosphäre und den Eliten einerseits und unternehmerischen Aktivitäten andererseits. Gerade die nach wie vor dramatisch schlechten Werte vieler neuer EU-Länder im Perzeptionsindex der Anti-Korruptions-NGO Transparency International⁴ legen den Zusammenhang zwischen einem konzisen ordnungstheoretisch fundierten Rahmen und der institutionellen Stabilität einer Volkswirtschaft nahe.

EU-Vollmitgliedschaft seit Mai 2004

Das historische Datum 1. Mai 2004 brachte die EU zwar nicht ans Tor zu einer viel zitierten epochalen Zeitenwende⁵. Vielmehr wurde zunächst eine nicht unproblematische, wenn auch bedeutsame Frischzellenkur, ein belebendes, jedoch nicht konfliktfreies Facelifting der „alten“ EU wahrgenommen. Ein flüchtiger Blick in die Geschichte genügt, um zu sehen, dass Europa immer eine dynamische Idee, nie ein statisches Konzept, ja nicht einmal ein fest umrissener Kontinent, sondern sehr oft allerdings auf tragische Art und Weise von sich selbst entfremdet war. Schon Herodot warf die Frage nach dem Kontinent Europa auf. Im Westen sei Europa vom Wasser umspült, im Osten grenze es an Persien, ansonsten kennen wir seine genaue Gestalt nicht. Europa muss begreifen, dass die Einheit in der Vielfalt liegt und nicht Vielfalt durch eine krampfhaft Einheit gepredigt wird. Im Kleinen und im Individuellen erweist sich die Zivilisiertheit und Einfachheit. Einfachheit ist nicht gleichzusetzen mit

⁴ Vgl. im Detail für Ländervergleiche <http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.2021.0.html>

⁵ Vgl. dazu ausführlicher den Sammelband Osteuropa, Die Einigung Europas – Zugkraft und Kraftakt, 54. Jg., Heft 5-6, Mai/Juni 2004.

Primitivität oder Rückständigkeit⁶. Dies gilt sowohl für das institutionelle Rahmenwerk, für das der EU-Reformvertrag mit der Aufwertung der Rolle des Europäischen Parlamentes zweifellos einen bahnbrechenden Beitrag leisten kann, aber auch für konkrete Politikbereiche wie die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die neu zu definierende Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder die Ausgestaltung wirtschaftspolitischer Konzepte zur Überwindung der massiven Schuldenkrise. Die weitreichende Umsetzung des Reformvertrags der EU, die finanzielle Gestaltung für die neue Haushaltsperiode 2014 bis 2020 im Verein mit der Umsetzung der Strategie Europa 2020, die Integration weiterer Kandidatenländer wie Kroatien, Mazedonien oder der Türkei werden die Zukunft der EU ebenso dominieren wie die grundsätzliche Fragestellung nach dem Spagat bzw. dem Ausgleich zwischen Vertiefung und Erweiterung der EU. Immer wieder taucht dabei das Problem der optimalen Größe des supranationalen Staatenverbundes EU und, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die Frage der exakten Abgrenzung von EU-Kompetenzen und nationalstaatlicher bzw. bundesstaatlicher Zuständigkeit auf. Im Prinzip kann dieser Aspekt sogar bis zu Aristoteles zurückverfolgt werden, der bereits in seiner Politik die Frage nach der optimalen Größe des Gemeinwesens aufgeworfen hatte.

Hauptproblembereiche und zukünftige Herausforderungen für die neuen EU-Staaten - Von der Finanz- und Wirtschaftskrise zur Staatsschuldenkrise:

Seit dem Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise in der zweiten Jahreshälfte 2008 gingen regelrechte Schockwellen durch die EU⁷. Das Ausmaß der Übertragung der Fehlentwicklungen in der monetären Sphäre der Wirtschaft (Finanz- und Bankenwesen) auf die realwirtschaftliche Ebene (Produktion von Gütern und Dienstleistungen) wurde sowohl von Fachleuten als auch von Politikern völlig unterschätzt. Massives Marktversagen im „kasino-kapitalistischen“⁸ Finanzsektor paarte sich mit Politikversagen aufgrund der exorbitant expansiven Geld- und Fiskalpolitik der USA und dem damit einhergehenden Leistungsbilanzdefizit der USA, das von China, Japan und den EU-Ländern finanziert wurde. Die folgenschweren Fehlanreize eines nicht regulierten internationalen Finanzmarktes führten zu Vermögensvernichtung und Einbrüchen in der Kreditvergabe. Durch die weltweite Kreditklemme („credit crunch“) wurde auch die reale Investitions- und Konsumneigung beeinträchtigt sowie die Produktionssphäre nachhaltig erschüttert, so dass besonders die exportorientierten Volkswirtschaften unter der Wirtschaftskrise leiden mussten⁹. Doch nicht alle EU-Länder waren gleichermaßen hart von der Weltrezession betroffen. Während Spanien mit dem Platzen des Immobilienbooms, den Folgen der weichen fiskalischen

⁶ Vgl. dazu im historischen Kontext der Entwicklung Europas, vor allem im Altertum sowie im Mittelalter, Ferdinand Seibt, *Die Begründung Europas*, Frankfurt am Main 2002.

⁷ Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, *Im Sog der Weltrezession*, München 2009, S. 25-35.

⁸ Vgl. dazu die streitbare Analyse von Hans-Werner Sinn, *Kasino-Kapitalismus*, Berlin 2009.

⁹ Vgl. Michael Knogler, *Die osteuropäischen EU-Mitglieder im Griff der Wirtschafts- und Finanzkrise, Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 120, 2/2009, S. 27-33.

Budgetrestriktionen, harten realwirtschaftlichen Anpassungen und einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat, blieben Länder wie Dänemark, Österreich oder die Niederlande von der Krise zwar nicht verschont, erleiden aber weniger Produktionseinbrüche und einen geringeren Anstieg der Arbeitslosenquoten. Hier machen sich offenbar die positiven Entwicklungen bemerkbar, die auf das Modell der „Flexicurity“ zurückzuführen sind. „Flexicurity“ stellt dabei eine Kompromissformel zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Staat dar und besteht aus der Förderung, verbunden mit der Forderung nach Flexibilität des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungssicherheit bei sozialer Absicherung und individueller Risikominimierung.

Besonders ausgeprägt zeigt sich hingegen die Wirtschaftskrise neben dem quasi staatsbankrotten „Dauerbrenner“ Griechenland in einigen neuen EU-Ländern. Insbesondere in Lettland, Ungarn und Rumänien, aber auch im „Alt-EU-Land“ Irland nahmen die Folgen der Finanz- und Schuldenkrise dramatische Züge an. Besonders in den baltischen Staaten machten sich schlagartig die Fehlentwicklungen makroökonomischer Ungleichgewichte und eines maroden Finanz- und Bankensystems bei gleichzeitigem Ausbleiben von ausländischen Direktinvestitionen bemerkbar. Die Folge davon sind rasant anwachsende Arbeitslosenquoten, die in Estland und Lettland vor allem die ethnisch russische Minderheit betreffen. In Ungarn ließen sich hingegen schon vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise gravierende Mängel wegen des schwachen Wachstums seit 2002, des hohen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizits („twin deficit“), in der niedrigen Beschäftigungsquote, den abnehmenden ausländischen Direktinvestitionen, der exorbitant gestiegenen öffentlichen und privaten Verschuldung sowie der rückläufigen Innovationstätigkeit ausmachen¹⁰. Polen hingegen litt wesentlich weniger unter rückläufiger Kreditvergabe oder Investitionstätigkeit, allerdings stärker unter den vergleichsweise hohen Lohnstückkosten bei niedriger Arbeitsproduktivität, dem Abbau der Industriebeschäftigung sowie der abgeschwächten gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Auch Rumänien geriet zwischenzeitlich stark in den Sog der Weltrezession und musste im Gefolge der Finanzkrise ebenso wie Ungarn die Hilfe des IWF und der EU in Anspruch nehmen, da das Zahlungsbilanzdefizit und die Bedienung der Fremdwährungsschulden aus dem Ruder zu laufen drohten.

¹⁰ Vgl. MTA Világgazdasági Kutatóintézet – Institut für Weltwirtschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Monitoring jelentés (Monitoring Report) 2011, Budapest 2011. S. 31-37.

Standardisierte Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen EU-Ländern von 2010 bis 2012 (in %)

	Reales Wachstum BIP			Inflationsrate			Arbeitslosenquote		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	2010	2011	2012
Estland	2,3	7,7	2,5	2,7	5,0	3,4	16,9	13,0	12,5
Lettland	-0,3	3,9	3,4	-1,2	4,4	2,3	18,7	15,7	14,9
Litauen	1,3	5,7	4,2	1,2	4,2	2,6	17,8	15,9	15,0
Polen	3,8	4,0	3,2	2,7	4,0	3,0	9,6	9,4	9,2
Tschechien	2,3	2,0	2,2	1,2	2,0	2,0	7,3	6,7	6,5
Slowakei	4,0	3,1	2,4	0,7	3,5	2,7	14,4	13,4	13,5
Ungarn	1,2	1,2	2,2	4,7	3,7	3,0	11,2	10,1	10,2
Slowenien	1,4	1,1	1,5	2,1	1,6	1,7	7,3	8,3	8,4
Rumänien	-1,3	1,2	2,5	6,1	6,0	4,3	7,3	7,3	7,0
Bulgarien	0,2	2,0	2,8	3,0	3,4	2,9	10,2	11,4	10,2

Quellen: Eurostat Database 2011; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Europäische Schuldenkrise elastet deutsche Konjunktur, Herbst 2011, S. 24.

Anmerkung: Die Werte für 2011 basieren auf revidierten Prognoseschätzungen; die Zahlen für 2012 sind im Herbst 2011 korrigierte Vorhersagewerte, die mit einer hohen Unsicherheit verbunden sind.

Konjunkturelle Entwicklung und Arbeitsmarkt: Die wichtigsten Herausforderungen für viele, insbesondere große EU-Länder stellen langfristig die Reform des Arbeitsmarktes und die Überwindung der Langzeitarbeitslosigkeit, die zu einem größeren Teil strukturell und nun auch vermehrt konjunkturell bedingt ist, dar. Die hohen Arbeitslosenquoten in Spanien (Ende 2011: 21,0 Prozent) sowie in einigen neuen EU-Ländern, vor allem in Lettland, Litauen, Ungarn und der Slowakei, legen den Handlungsbedarf offen und zwingen zu mutigen Reformen für eine Verbesserung der Investitionsbedingungen, um so durch Multiplikatorwirkungen auch reale Einkommenseffekte erzielen zu können. Dabei spielt die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft, hervorgerufen durch Steigerungen der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität, eine maßgebliche Rolle. Sozialpartner müssen noch stärker als bislang die Lenkungsfunktion des Reallohnes wahrnehmen, um Produktivitätsgewinne nicht verpuffen zu lassen. Nicht ohne Rückwirkungen auf die konjunkturellen Entwicklungen sind die ausufernden Gefahren der europäischen Schuldenkrise, die das fiskalpolitische Versagen bei weichen Haushaltsrestriktionen¹¹ offenlegen. In den Krisenländern der EU insgesamt haben exorbitante Haushaltsdefizite gepaart mit schuldenfinanzierten Leistungsbilanzdefiziten maßgeblich zu einer Zuspitzung der Krisenphänomene beigetragen. Die Asymmetrien eines nicht-optimalen Währungsraumes¹² zwischen dem Kern und der Peripherie bei unterschiedlichen

¹¹ Vgl. EEAG, The EEAG Report on the European Economy, A New Crisis Mechanism for the Euro Area, CESifo, München 2011, S. 78 ff.

¹² Vgl. Robert A. Mundell, A Theory of Optimal Currency Areas, American Economic Review Vol. 51, No. 4, 1961, S. 657-665; zur Kritik an der Optimalität des Euro-Raumes vgl. Clemente De Lucia, The eurozone: an optimal currency area? Conjoncture, BNP Paribas Economic Research March 2011.

Stabilitätskulturen treten nunmehr mit voller Wucht offen zutage. Ostmittel- und südosteuropäische Volkswirtschaften erleiden aufgrund der geringeren gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auf dem EU-Binnenmarkt eine konjunkturelle Eintrübung, auch wenn sich einige Länder wie Polen, Tschechien, die Slowakei oder Estland als robust erweisen und ihren realwirtschaftlichen Konvergenzprozess sowie die Handelsvertiefung fortsetzen können. Vor allem privater Konsum und eine stabile Investitionsnachfrage, die auch von EU-Strukturfonds nachhaltig unterstützt wird, zeigen sich besonders in Polen als realwirtschaftlich stabilisierende Elemente¹³.

- Demokratische Stabilität und Pluralismus: Auch wenn alle neuen EU-Mitgliedstaaten dem politischen Kriterium der EU-Mitgliedschaft entsprechen, spielen mitunter Defizite in der Konsolidierung der Parteienlandschaft und der demokratischen Institutionen, im Medienpluralismus, der Stellung der politischen Eliten in der Gesellschaft sowie der demokratischen Legitimation von links- oder rechtsextremen Parteien eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dies ist jedoch kein spezifisches Problem der neuen EU-Staaten, sondern lässt sich auch in vermeintlich „entwickelten“ EU-Ländern beobachten. Dennoch lässt sich in beinahe allen neuen, postkommunistischen EU-Ländern eine hohe Unsicherheit verbunden mit starken Schwankungen in der Stabilisierung der Parteienstrukturen, der politischen Institutionen und des Akteursverhalten beobachten. Ungarn kann als schillerndes Negativbeispiel dienen, wo eine abgewirtschaftete post-sozialistische Partei (MSZP) das Land an den Rand des Staatsbankrotts steuerte. Zugleich zeigt das Aufkommen der nationalkonservativen Regierungspartei Fidesz und besonders der Rechtsextremen (Jobbik) die völlig unzureichende Entwicklung einer handlungsfähigen Zivilgesellschaft. In Tschechien führte der beispiellose Sturz des Ministerpräsidenten Mirek Topolanek zu einer Reihe von chaotischen Entwicklungen gerade während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009. Wenig beeindruckt von der politischen Instabilität zeigt sich allerdings die Volkswirtschaft Tschechiens, die nicht nur einen hohen Integrationsgrad im EU-Binnenmarkt, sondern auch einen moderaten Gesamtschuldenstand sowie Wechselkursstabilität aufweist.
- „Soziales“ Europa: Die Frage nach einer „sozialen“ Ausgestaltung der dynamischen Umgestaltungsprozesse spielt gerade in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise eine bedeutsame Rolle, wobei höchst strittig ist, was „sozial“ bedeuten soll und wie „soziale Gerechtigkeit“ definiert und erreicht werden

¹³ Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Europäische Schuldenkrise belastet deutsche Konjunktur, Herbst 2011, S. 27 f.

kann¹⁴. Deutlich zu beobachten sind in praktisch allen ehemaligen sozialistischen Volkswirtschaften und Gesellschaften angestiegene Ungleichverteilungen des Einkommens und des Vermögens. Die maroden Verteilungsmechanismen, tradiert aus dem Erbe der postsozialistischen Transformation und sogar zurückreichend bis in die Vorwendezeit, und ein völlig ineffizientes Gesundheitswesen erschweren Fortschritte beim Aufbau einer Sozialen Marktwirtschaft, die über effiziente Marktmechanismen hinaus einen sozialen Ausgleich herbeizuführen vermag (gemäß der Leitideen von Ludwig Erhard). Auch wenn die „Soziale Marktwirtschaft“ in Polen gar Verfassungsrang genießt, spiegelt die ordnungspolitische Realität dies nicht wider. Vielmehr ist eine Reihe von Defiziten in der Wettbewerbs-, Beschäftigungs- sowie vor allem der Bildungspolitik auszumachen, so dass eine „gerechte“ Teilhabe aller als Startvoraussetzung im marktwirtschaftlichen Prozess nicht gewährleistet werden kann. In Ungarn wurde unter der Führung der Nationalkonservativen, die im Parlament über eine Zweidrittelmehrheit verfügen, im Frühjahr 2011 eine völlig veränderte, heftig kritisierte Verfassung ins Leben gerufen. Der zuvor verfassungsmäßig verankerte Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ wurde ersetzt durch „Nationalökonomie“¹⁵, was den Geist der national betonten Wiedergeburt und den radikalen Bruch mit der (post-)sozialistischen Vergangenheit widerspiegeln soll. Noch dramatischer nimmt sich die Beschneidung des Verfassungsgerichtes in Haushaltsfragen aus, so dass der Regierung weitreichende Vollmachten in der Finanzpolitik eingeräumt werden, die nur unzureichend von der obersten Judikative kontrolliert werden können.

- Sozialversicherungssysteme: Der komplexe Bereich der Sozialpolitik und der Reform der Sozialversicherungssysteme zeigt die Problematik der Prioritäten und zeitlichen Abfolge der Systemtransformation sowie der dadurch bedingten (zwangsläufigen) Vernachlässigung dieses Bereichs. Allerdings lassen sich in manchen Ländern, wie in Polen und Ungarn, bahnbrechende Reformen in Richtung kapitalgedecktes Rentensystem ausmachen, die den Paradigmenwechsel aufgrund der demographischen Entwicklungen verdeutlichen. Hier könnten sogar Lerneffekte auf „alte“ EU-Länder übertragen werden, die ihrerseits von den Transformationserfolgen der ostmitteleuropäischen Nachbarländer profitieren könnten. Grundsätzlich stellt die Reform der Gesundheitssysteme in allen neuen EU-Staaten eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre dar. Völlig verzerrte Anreizmechanismen führen zu einer desolaten Versorgung der Bevölkerung mit dem öffentlichen

¹⁴ Vgl. Zbigniew Wilkiewicz, Aspekte der sozialen Gerechtigkeit, soziale Systeme und soziale Befindlichkeiten in den ostmitteleuropäischen Ländern der EU, aktuelle ostinformationen, Heft 3/4 2007, S. 4-10.

¹⁵ Vgl. Magyarország Alaptörvénye (Grundgesetz Ungarns), Art. 36 und 38, Budapest 25. April 2011.

Gut Gesundheit. Während in gleichsam allen entwickelten Staaten der Welt die durchschnittliche Lebenserwartung aufgrund der besseren Versorgung und Ernährung steigt, stagniert oder fällt dieser wichtige sozioökonomische Indikator für einige Länder. Insbesondere in Ungarn, das in den letzten zwei Jahrzehnten stets einen Entwicklungsvorsprung für sich in Anspruch nahm, beobachtet die Weltgesundheitsorganisation WHO mit knapp 69 Jahren durchschnittlicher Lebenserwartung einen enorm niedrigen Wert für die männliche Bevölkerung.

- Landwirtschaft: Auch nach der Verabschiedung der reformierten Agrarleitlinien und des Modulationsprogramms zur Entkopplung der Flächen- und Tierprämien von der Produktionsleistung bleibt die Agrarpolitik ein „Hauptminenfeld“ im Rahmen der Verhandlungen um knappe Haushaltsressourcen für die Haushaltsperiode 2014 bis 2020. Zudem geht es bei der „Phasing-In-Strategie“ der EU, nach der Landwirte der neuen Mitgliedstaaten erst sukzessive über einen Zeitraum von acht Jahren in den Genuss der vollen Direktbeihilfen aus dem Agrarhaushalt der EU gelangen können, um Zeitgewinn für eine marktnahe, generelle Reform des Agrarsektors, zumal dieser Bereich traditionell seit Jahren am stärksten den marktwirtschaftlichen Kräften einer effizienten Allokation von Ressourcen und Produktionsfaktoren entzogen ist und in Wirklichkeit ein Musterbeispiel für staatsinterventionistischen Dirigismus darstellt.

Über die ökonomischen und sozialen Aspekte hinaus haben die Entwicklungen der Staatsschuldenkrise auch Rückwirkungen auf andere gesellschaftspolitische und institutionelle Bereiche. Die Finanznot erschwert dabei die Anpassung der neuen Mitgliedsländer an EU-Standards massiv, da die nationale Kofinanzierung von Projekten besonders dann gefährdet ist, wenn sich die Situation des Staatshaushalts weiterhin verschlechtert. Neben den baltischen Staaten Lettland und Litauen sind hiervon vor allem Ungarn, Bulgarien und Rumänien betroffen.

- Integration der Minderheiten bzw. ethnischer Gruppen (bspw. Sinti und Roma): Auf Druck der EU wurden zwar eine Reihe von Regierungsinitiativen beschlossen und auf den Weg gebracht, um die (soziale) Diskriminierung vor allem der Roma-Gruppen zu beseitigen. Die konkrete Umsetzung insbesondere in den Ländern Ostmitteleuropas (Tschechien, Slowakei und Ungarn) sowie in Rumänien und Bulgarien bereitet aber massive Schwierigkeiten. Die beiden baltischen Staaten Estland und Lettland sehen sich nach wie vor dem gravierenden staatsbürgerschaftsrechtlichen Problem gegenüber, die zahlenmäßig großen russischsprachigen Minderheiten zu integrieren.

- Übernahme der EU-Umweltstandards: Kein Bereich des EU-Rechts weist so viele Übergangsfristen auf wie die Behandlung der Umweltstandards. Aufgrund des immensen Nachrüst- und Investitionsbedarfs sind hier lange Zeiträume bis weit in die Mitte dieses Jahrzehnts eingeplant, um die Mindestanforderungen zu erfüllen. Da sowohl während des Sozialismus als auch weitgehend während der Transformationsphase die Umweltgesetzgebung vernachlässigt wurde, kann im Hinblick auf einen effektiven Umweltschutz eine Internalisierung externer Umwelteffekte über gesetzliche Rahmenbedingungen erst sukzessive initiiert werden.
- Gerichtswesen (Justiz) und staatliche Administration (Inneres): Aufgrund der Umgestaltung und mitunter völligen Neuordnung mangelt es sowohl im Justizwesen als auch in der öffentlichen Verwaltung an Kapazitäten. Eine der größten Herausforderungen besteht nach wie vor nicht in der eigentlichen Übernahme, sondern der gezielten und konkreten Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes der EU (*acquis communautaire*) in den jeweiligen ausführenden Verwaltungsorganen sowie im Gerichtswesen, wo die Kapazitäten besonders begrenzt sind. Vor allem Rumänien und Bulgarien, deren Beitritt 2007 sich unter strengen Auflagen vollzog, sehen sich noch gewaltigen Aufgaben gegenüber bezüglich des Aufbaus eines effizient arbeitenden administrativen Apparates, der die Interessen der Bürger berücksichtigt und nicht Einzelinteressen und Lobbyisten Tür und Tor öffnet. Das Aussetzen der EU-Fördermittel für Bulgarien wegen des katastrophalen Verwaltungsapparats und der weit verbreiteten Korruption bei hochrangigen Politikern und Staatsbeamten ebnete den Weg für den erdrutschartigen Sieg des ehemaligen Leibwächters von Ex-Ministerpräsident Simeon Sakschoburggotski (der frühere Zar Simeon II.) und späteren Bürgermeisters von Sofia Bojko Borissov, der mit seiner rechts-konservativen Partei GERB (Wappen) im Frühsommer 2009 die Sozialisten von der Macht verdrängen konnte. Mit einer Mischung aus „Law-and-Order“-Politik und national-konservativen Elementen trat Borissov an, nicht nur um die krassen Missstände aufgrund der Kriminalität, Korruption und Günstlingswirtschaft zu beseitigen und die gesellschaftliche Kohäsion zu stärken, sondern auch um die „europäische Entwicklung“ (so der Parteiname) zu fördern.
- Korruption im öffentlichen Leben sowie in der Geschäftswelt: Ein zentrales Phänomen stellt die nach wie vor weit verbreitete Korruption in vielen ehemals postkommunistischen Ländern dar. Alle Versuche der Eindämmung von illegalen Praktiken der Korruption sind bislang von sehr mäßigem Erfolg gekrönt. Im öffentlichen Bewusstsein der Bürger spielt die wahrgenommene Korruption eine herausragende Rolle. Der lähmende Effekt bezieht sich dabei nicht nur auf das öffentliche Verwaltungswesen, sondern auch auf die

Wirtschaftstätigkeit der Akteure, da Korruption eine suboptimale Kostenrechnung für Investoren und Nachfrager nach öffentlichen Leistungen nach sich zieht.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die gravierenden Unterschiede im Wohlstandgefälle innerhalb der EU (27), aber auch unter den neuen Mitgliedstaaten sowie den EU-Bewerberländern. Allerdings berücksichtigt diese statische Momentaufnahme der Indikatoren nicht die dynamische Entwicklung im Rahmen der Systemtransformation. Praktisch alle neuen EU-Staaten haben aufgrund der hohen Wachstumsraten der letzten weit mehr als zehn Jahre den Abstand zum EU-Durchschnitt verringert. Lediglich Ungarn verzeichnet schon seit 2005 eine deutliche Wachstumsschwäche. Betrachtet man die sozioökonomischen Aspekte im Rahmen des Rankings beim Human Development Index, so fallen die starken Unterschiede nicht so deutlich ins Gewicht.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) im Jahr 2010, EU (27) = 100 - Ranking im Human Development Index (UNDP, 187 untersuchte Länder)

Land	BIP/ Kopf	HDI- Ranking	Land	BIP/ Kopf	HDI- Ranking
Luxemburg	283	25	Portugal	81	41
Niederlande	134	3	Slowakei	74	35
Irland	125	7	Estland	65	34
Österreich	125	19	Ungarn	64	38
Dänemark	125	16	Polen	62	39
Schweden	123	10	Litauen	58	40
Deutschland	119	9	Lettland	52	43
Belgien	118	18	Rumänien	45	50
Finnland	116	22	Bulgarien	43	55
Großbritannien	113	28	Kroatien	61	46
Frankreich	107	20	Türkei	48	92
Spanien	101	23	FYROM*	35	78
Italien	100	24	Norwegen	179	1
EU (27)	100	--	Schweiz	146	11
Zypern	98	31	Island	110	14
Griechenland	89	29	Montenegro	40	54
Slowenien	87	21	Serbien	35	59
Malta	83	36	Bosnien und Herzegowina	30	74
Tschechien	80	27	Albanien	29	70

Quellen: Eurostat Press Release 91/2011; UNDP Human Development Index HDI 2011.

Anmerkungen: *FYROM – Former Yugoslav Republic of Macedonia

Die Tschechische Republik rangiert hier nur wenig hinter Frankreich oder Italien und sogar vor Großbritannien. Bemerkenswert ist allerdings das schlechte Ranking Rumäniens und Bulgariens oder des Beitrittskandidaten Türkei, die hier lediglich zu Ländern mit mittlerem Entwicklungsstand gehörten

Die Schätzungen für das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf basieren auf den letzten BIP-Daten für 2010 und den neusten verfügbaren Kaufkraftparitäten KKP. Der KKS (Kaufkraftstandard) ist eine Kunstwährung, die die Unterschiede zwischen den nationalen Preisniveaus ausgleicht. Daher kann man mit 1 KKS in allen Ländern dieselbe Menge an Waren und Dienstleistungen kaufen. Diese Einheit ermöglicht aussagekräftige Volumenvergleiche der Wirtschaftsindikatoren verschiedener Länder.

Der Human Development Index HDI ist ein Index der menschlichen Entwicklung in den Ländern der Welt. In diesem Index werden folgende sozioökonomische Indikatoren verarbeitet: Lebenserwartung bei der Geburt, Alphabetenquote der Erwachsenen, Brutto-Schuleinschreibungsrate sowie reale Kaufkraft je Einwohner.

EU-Reformvertrag und europäische Wirtschaftspolitik

Neben den wirtschaftspolitischen Herausforderungen in den neuen EU-Mitgliedstaaten, die im direkten Gefolge der Schuldenkrise und der drohenden Rezession zu betrachten sind, lohnt sich ein Blick auf das umstrittene Reformvertragswerk sowie auf Zukunftsszenarien für die EU (27). Tschechiens Staatspräsident Václav Klaus, der sich selbst gern als „Europa-Realisten“ betrachtet und den Lissaboner Reformvertrag als grundlegende Fehlkonstruktion ansieht, sowie seit dem weichenstellenden Gipfeltreffen des Europäischen Rates im Dezember 2011 der konservative britische Premierminister David Cameron gelten als die prominentesten Vertreter der ablehnenden Front gegenüber Änderungen des Vertragswerks. Die Konjunkturaussichten 2012 für die Volkswirtschaften in Europa sind geprägt von der Staatsschuldenkrise und einer tiefen Vertrauenskrise einerseits und einer drohenden Rezession andererseits. Die wechselseitigen Interdependenzen trüben dabei die Aussichten auf schnelle Lösungen: Eine rasche Konsolidierung der Staatsschulden in den Krisenländern ist unter den Bedingungen einer Rezession nur sehr erschwert an den Märkten kommunizierbar¹⁶. Auf der anderen Seite ist die Beendigung der Staatsschuldenkrise eine zwingende Voraussetzung für die Vermeidung einer Rezession.

Fragen der generellen wirtschafts- und finanzpolitischen Ausrichtung, der Verschärfung des Stabilitätspaktes („Sixpack“) sowie der Strategie Europa 2020 betreffen im Besonderen die zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten neuer EU-Mitgliedsländer, um deren Integrationspotenzial stärker ausschöpfen zu können. In wirtschaftswissenschaftlicher Hinsicht lohnt es sich, einen Blick zu werfen auf die Ziele und Instrumente der Vertragsgrundlagen, die die europäische Wirtschaftspolitik betreffen.

¹⁶ Vgl. Michael Bräuninger, Jörg Hinze, Henning Vöpel, Schuldenkrise dämpft Wachstum, HWWI Policy Paper, Dezember 2011, S. 5 ff.

Im ersten Abschnitt des EU-Reformvertrags überwiegen neben institutionellen und politischen Aspekten auch Fragen der gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik. Insbesondere Art. 3 des EU-Vertragswerks beschreibt in beinahe klassisch keynesianischer, „globalsteuernder“ Tradition die Ziele der EU-Wirtschaftspolitik:

1. Ausgewogenes *Wirtschaftswachstum* bei gleichzeitiger Einhaltung der *Preisniveaustabilität*!
2. *Vollbeschäftigung* in den einzelnen EU-Volkswirtschaften!
3. Konsolidierung der *öffentlichen Finanzen*!

Die Handschrift lässt vermuten, dass die weitreichenden Erfahrungen mit den Zielkonflikten des magischen Vierecks keine Berücksichtigung fanden. Zu groß war offenbar die Versuchung, einer sozialtechnischen Machbarkeit zu folgen und weniger dem freien Wettbewerb und den Möglichkeiten der effizienten Faktorallokation mehr Freiraum zu gewähren. Allerdings lässt sich in der Realität Friedrich A. von Hayeks bekannte Einschätzung beobachten, nach der die wirtschaftliche Entwicklung viel eher das Ergebnis des konkreten wirtschaftlichen Handelns als des menschlichen Entwurfs darstellt.

Die maßgeblichen Instrumente für die Realisierung der oben festgelegten Ziele sind: (1) die Weiterentwicklung und Vertiefung des Binnenmarktes, (2) die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion EWWU sowie (3) die enge Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik im Sinne einer Weiterentwicklung hin zur Stabilitätsunion. Seit der Zuspitzung der Staatsschuldenkrise steigt der Koordinationsbedarf vor allem in der Haushalts-/Fiskalpolitik immens. Ein Erfolg der wirtschaftspolitischen Strategien kann nur bei einem gemeinsamen, durchsetzbaren Ordnungsrahmen für die Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik („Wettbewerbsverfassung der EU“) und tatsächlich sanktionierbarem Fehlverhalten gewährleistet werden, zumal die Europäische Union als Wirtschaftsunion grundsätzlich auf einer dezentralen Grundstruktur basiert. Dem Subsidiaritätsprinzip (EU-Reformvertrag Art. 4 und 5) folgend liegt die Wirtschaftspolitik primär in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Außer in der Außenhandels-, der Wettbewerbs-, der Agrar- und schließlich der Regional- und Strukturpolitik hat die EU keine vertraglichen Kompetenzen für eine zentrale Wirtschaftspolitik. Tatsächlich zeigt hingegen die Praxis, dass eine Fülle von EU-Richtlinien, die in nationale Gesetze umgesetzt werden müssen, eine Einengung von nationaler oder regionaler wirtschaftspolitischer Verantwortung bedeutet. Regelungen zum Umgang mit externen Effekten in der Umwelt, in der Abfallwirtschaft sowie Standards in der Sozialpolitik zählen dazu ebenfalls wie die Regelung industriepolitischer Konzepte und Interventionen.

Seit Maastricht bekannte sich die EU formell zur offenen Marktwirtschaft bei freiem Wettbewerb als Basis der Wirtschaftsordnung der Gemeinschaft. Im EU-Reformvertrag besteht die Kompromisslinie im Erreichen eines hohen Grades an Wettbewerbsfähigkeit

einer sozialen (!) Marktwirtschaft, in einer Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sowie in der Betonung des Umweltschutzes. Mit dieser Formulierung trug man im Grundlagenvertrag der EU der Tatsache Rechnung, die Gleichzeitigkeit des Ungleichen ohne Ansehen der möglichen Zielkonflikte erreichen zu wollen.

Lissabon-Strategie und Europa 2020

Das Resümee nach mehr als zehn Jahren „Lissabon-Strategie“, nach der die EU spätestens zum Beginn dieses Jahrzehnts zum stärksten Wirtschaftsraum, basierend auf Technologie, Wissen und Humankapitalinvestitionen, avancieren sollte, fällt ernüchternd aus. Zum einen wirken sich wirtschaftliche Unsicherheitsfaktoren (Staatsschuldenkrise, Preisentwicklung der Rohstoffe) und globale politische Risiken sehr stark auf kurzfristige Perspektiven aus und verzögern die langfristige wirtschaftliche Erholung. Zum anderen weisen die initiierten Reformen in den wichtigsten EU-Staaten zwar in die richtige Richtung, können aber kurzfristig nicht die erhofften makroökonomischen Erfolge nach sich ziehen. Obgleich wichtige Zwischenziele wie die Öffnung der Energiemärkte, die Schaffung eines einheitlichen Luftraums sowie eines integrierten Finanzmarktes erreicht werden konnten, zeichnet sich ab, dass die „Lissabon-Strategie“ als Königsweg für den Abbau des enormen Ungleichgewichts auf den Arbeitsmärkten wenig geeignet erscheint. Dem ehrgeizigen Ziel der Schaffung von fünf Mio. neuer Arbeitsplätze steht die Bilanz dramatisch gestiegener Arbeitslosenquoten in Ländern wie Spanien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Frankreich, Italien sowie Belgien gegenüber. Zwar erhöhten die EU-Erweiterungen der letzten Jahre das langfristige Potenzial für Wachstum durch ökonomische Integrationseffekte, zugleich aber auch den Anpassungsdruck für „alte“ EU-Länder. Zudem verpflichtete sich die EU zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und sozialpolitischer Integration gleichmäßig in allen EU-Ländern.

Ähnlich wie im EU-Reformvertrag greift die Strategie „Europa 2020“ die Vision einer europäischen sozialen (!) Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts auf. Die drei Prioritäten umfassen intelligentes Wachstum auf der Basis einer wissens- und innovationsgestützten Wirtschaft, nachhaltiges Wachstum durch die Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischen und zugleich wettbewerbsfähigen Wirtschaft sowie integratives Wachstum durch die Förderung eines hohen Beschäftigungsgrades und ausgeprägten sozialen und regionalen Zusammenhalts. Zu den aus diesen drei Prioritäten abgeleiteten Kernzielen zählen eine effektive Armutsbekämpfung, die Förderung der Bildungsinfrastruktur, die Steigerung des Anteils der FuE-Ausgaben gemessen am BIP sowie die Erreichung der 20-20-20 Klimaziele.

Zukunftsszenarien

Die Diskussion um die Ursachen und Hintergründe der europäischen Verschuldungskrise und drohenden Rezession und Perspektiven der zukünftigen Entwicklungstrends darf nicht in der Vergangenheit und Gegenwart stehen bleiben. Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung, die die letzten zwei Jahrzehnte im

Besonderen die ehemaligen postkommunistischen Transformationsökonomien betraf, wird zwangsläufig auch davon abhängen, welches Integrationsmodell für die Zukunft der EU bzw. Europas im Allgemeinen verfolgt werden soll. Insbesondere die konsequente Weiterverfolgung des Konvergenzpfades in diesen Ländern (institutionell, realwirtschaftlich, monetär sowie fiskalisch) wird maßgeblich von der verfolgten Strategie und dem damit verbundenen Szenario abhängen.

Entwürfe für die politische und ökonomische Zukunft der EU spiegeln immer auch den Erkenntnisstand des Theoriefortschritts wider und müssen den dynamischen Realitäten angepasst werden. Zukunftsszenarien gehören mittlerweile zum Standardrepertoire der Einschätzung der weiteren Entwicklung der Europäischen Union und finden in der Wissenschaft zusehends Beachtung¹⁷. Die Szenarientechnik unterscheidet sich von Prognosen dahingehend, dass sie weit mehr als einen kurzen Zeithorizont betrachtet und nicht auf den bloßen Erwartungswert einer Eintrittswahrscheinlichkeit abzielt. Von Utopien unterscheidet sie der Aspekt der Machbarkeit und Beeinflussbarkeit. Szenarien sind mithin Hilfestellungen zur Bewusstmachung von möglichen Entwicklungslinien, die in erster Linie vom politischen Willen der beteiligten Akteure abhängen, demnach vor allem von endogenen Prozessen innerhalb der EU. Die folgenden fünf Szenarien stellen lediglich einen kurzen Aufriss möglicher „Zukünfte“ der EU dar und sind keineswegs erschöpfend.

Szenario 1 „Binnenmarkt de luxe“

War in den vergangenen Jahrzehnten der ökonomische Hebel die Haupttriebfeder der EU-Integration, so soll mit der Umsetzung und Anwendung des Reformvertrags die politische und institutionelle Einigung vorangebracht werden. Allerdings ist keineswegs gewährleistet, dass in einer Union von 27 Mitgliedsländern aufgrund der stark gestiegenen Verhandlungs- und Transaktionskosten in allen wichtigen Politikfeldern Einigung erzielt wird. Einige Mitgliedstaaten könnten versucht sein, heikle politische Fragen auszuklammern, um dafür Lösungen auf der Ebene der Einzelstaaten zu suchen und auf EU-Ebene lediglich das Binnenmarktmotiv der Integration in den Vordergrund zu rücken. Fortschritte in der Politischen Union wären dann bei bis zu 30 Mitgliedstaaten nur noch im Millimetertempo zu erzielen. Gerade die Ziele in der Fiskalunion oder der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wären davon besonders betroffen. Bei der Dominanz dieses Szenarios würde die politische Zuständigkeit der europäischen Einzelstaaten auf Kosten des solidarischen Grundgedankens vorrangig betont werden. Auch von konservativen britischen oder tschechischen Politikern wird immer wieder die Bedeutung der nationalstaatlichen Ebene und Souveränität betont. Neben dem Vereinigten Königreich, das sich jüngst deutlich von der solidarischen Einstimmigkeit verabschiedete, könnten auch nationalkonservativ gestimmte Regierungen Ostmittel- und Südosteuropa (bspw. in Ungarn oder Tschechien) der Versuchung erliegen, lediglich ökonomische Vorteile der

¹⁷ Vgl. Franco Algieri, Janis A. Emmanouilidis, Roman Maruhn, Europas Zukunft – 5 EU-Szenarien, CAP – Centrum für angewandte Politikforschung, Working Paper, München 2003.

Integration nutzen zu wollen, wobei allerdings der weitere Konvergenzpfad unbestimmt wäre.

Szenario 2 „Europa à la carte“

Kennzeichen eines Europa à la carte ist die variable Geometrie, die fallweise Interessenallianzen zulässt. Je nach Priorität entscheiden die Einzelstaaten über die Abgabe von Souveränitätsrechten und die Schaffung von gemeinsamen Regelungen auf supranationaler Ebene. Die Suche und die Bildung von Koalitionen statt solidarische Einstimmigkeit bestimmen den Alltag in den Entscheidungsgremien der EU. Statt Solidarität und finanziellem Ausgleich über Strukturfonds herrschen einzelstaatlicher Gestaltungswille und Verteilungskämpfe zwischen Ländern bzw. Ländergruppen. Dem identitätsstiftenden Europäischen Parlament kommt bei diesem Szenario lediglich die Rolle eines Schattenparlaments zu bei gleichzeitigem Überwiegen fallweiser Abstimmungscoalitionen im zweiten legislativen Organ, dem Rat der EU. Die Rolle der Europäischen Kommission als Hüterin des Gemeinschaftsrechts und der Einhaltung des Reformvertrags würde entscheidend erschwert, zumal ein System der variablen Geometrie ein Mehrfaches an Einigungsaufwand mit sich brächte. Auch hier wäre der Konvergenzpfad für die Länder Ostmittel- und Südosteuropas mit massiven Problemen behaftet, da politische Unwägbarkeiten die ökonomischen Integrationsbestrebungen überlagern würden.

Szenario 3 „Kerneuropa“

Bei diesem Szenario dominiert die normative Kraft der unterschiedlichen Geschwindigkeiten der realwirtschaftlichen und monetären Integration. Um einen festen Kern von besonders integrationswilligen Ländern könnten konzentrische Kreise von mehr oder weniger stark mit dem Kern verbundenen Ländern identifiziert werden. Die letztgenannten Länder entscheiden fallweise über die Teilhabe an einstimmig gefassten Integrationsbeschlüssen. Der EU-Reformvertrag regelt in Art. 43 bis 45 einerseits die Stärkung einer Pioniergruppe, die bei übereinstimmendem Willen weitere Integrationsschritte im Alleingang vollziehen kann. Andererseits regelt das Vertragswerk in Art. 49a die konkreten Bestimmungen eines austrittswilligen Mitgliedslandes. Damit trägt die Verfassung einer Entwicklung Rechnung, die faktisch schon längst eingetreten ist. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) mit mittlerweile 17 EU-Staaten sowie die Regelungen im Rahmen des Schengener Abkommens sind prominente Beispiele für ein Abrücken von der bislang dominierenden solidarischen Gemeinschaftsmethode nach Jean Monnet. Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ist keine programmatische Idee, sondern Realität der unterschiedlichen Interessenslagen. Einzelstaaten entscheiden selbstständig, inwieweit sie sich dem „Kerneuropa“ anschließen oder ihm fernbleiben wollen. Gerade die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, wie dominant und zugleich ambivalent sich die Vorreiterrolle der Kernländer Deutschland und Frankreich auf die weitere Integration und den Fortschritt hin zu einer Fiskalunion mit faktischer Wirtschaftsregierung oder letztlich sogar einer politischen Union auswirkt. Besonders die baltischen Länder, aber auch die Slowakei haben aufgrund ihrer

wirtschaftsgeographisch peripheren Lage die Bedeutung einer starken und unumstößlichen Anbindung an Kerneuropa verstanden. Schwierig wird die Einbindung südosteuropäischer Volkswirtschaften aufgrund des problematischen realwirtschaftlichen und institutionellen Anpassungsprozesses in Rumänien und Bulgarien.

Szenario 4 „Reformvertragsgemeinschaft“

Eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Reformvertrages könnte den Weg ebnen für das „Europa der Zukunft“, in dem die Erweiterung der jetzigen EU (27) sowie eine gleichmäßige Integrationsvertiefung hin zu einer politischen Union vorangebracht werden könnten. Auch der Beitritt des schwierigen Kandidaten Türkei, mit der die EU schon seit einigen Jahren konkrete Verhandlungen führt und damit zweifellos Neuland betreten hat, könnte sich in diesem, nun institutionell reformierten Rahmen vollziehen. Mit dem Inkrafttreten des Reformvertrags kam die EU verspätet der Verpflichtung im Hinblick auf die eigene Erweiterungsfähigkeit nach. Dieser Konflikt hätte im Grunde genommen schon vor dem Beitritt der zwölf jetzigen neuen Mitglieder gelöst werden müssen. Im Kern steht die weitere Ausdehnung des zentralen Abstimmungsprinzips der doppelten qualifizierten Mehrheit im Rat der EU („55-65-Regel“) und die Weiterentwicklung der Strategie „Europa 2020“ verbunden mit einem echten Souveränitätsverzicht in vielen Politikbereichen. Der Gestaltungswille manifestiert sich in einer Art „Reformvertragspatriotismus“ der Mitgliedstaaten, mithin in dem Willen, stets Kompromisslösungen auf EU-Ebene nationalstaatlichen Alleingängen vorzuziehen. Vielfach wird daraus die überaus ambitionierte Idee einer „Supermacht Europa“ abgeleitet. Diese Idee entspringt jedoch eher dem Konkurrenzdenken der Supermacht USA gegenüber. In Wirklichkeit kann die EU auch bei fortschreitendem Aufbau einer politischen Union keine bloße Kopie der Vereinigten Staaten von Amerika werden, sondern muss ein eigenständiges dynamisches Identitätsprofil entwickeln. In diesem Szenario wären die Konvergenzfortschritte und Gewinne durch handelsschaffende Effekte sowie durch die gewachsene institutionelle Stabilität für ostmittel- und südosteuropäische Mitgliedstaaten am größten. Besonders eine stabilitätsorientierte Fiskalpolitik würde langfristig den effektivsten Konvergenzbeitrag leisten.

Szenario 5 „Titanic“

Ein endgültiges Scheitern des europäischen Einigungsprojektes und eine Zuspitzung der einzelstaatlichen Interessen könnte im „worst case“ Tür und Tor öffnen für eine Renationalisierung vieler Politikbereiche. Zu beobachten wäre dann eine substanzielle Schwächung der EU-Institutionen durch die permanente Aushöhlung des Gemeinschaftsprinzips und der Rechtsgrundlagen. Diese Entwicklung könnte auf der politischen Ebene einhergehen mit einer Dominanz des politischen Populismus in Europa, zumal die EU auch heute schon für „alles Negative“ in europäischen Ländern instrumentalisiert werden kann. Die Folgen wären der Zerfall der EU-Institutionen und ein radikaler Abbau der erreichten Integrationsschritte. In diesem Titanic-Modell käme es zu einer Destabilisierung und Rückkehr zu längst überwunden geglaubten nationalstaatlichen Verhaltensmustern. Selbst ökonomische Fortschritte würden hier

vernichtet werden, wenn die ordnungspolitische Rahmensetzung einer offenen und sozialen Marktwirtschaft auf europäischer Ebene verletzt würde. Zweifellos würden im Szenario „Titanic“ die erreichte Binnenmarktintegration sowie der erreichte Fortschritt in den Investitionen, Infrastrukturleistungen sowie im institutionellen Aufbau in den ostmittel- und südosteuropäischen EU-Ländern den größten Rückschlag erleiden. Langfristig würde in diesem Szenario ein Auseinanderdriften nicht nur der Nationalstaaten und europäischen Volkswirtschaften, sondern auch der peripheren Räume zu einem dramatischen Rückgang der realen Wirtschaftsleistung und der Handelsverflechtungen führen. Die „steinig“ erreichten Transformations- und Konvergenzfortschritte würden so zunichte gemacht werden.

Katarzyna Witczyńska

Deutsche Direktinvestitionen in der polnischen Automobilindustrie

Auf die Intensität und die Dynamik des Warenaustauschs mit Deutschland, sowohl im Hinblick auf den Export als auch auf den Import, haben die Direktinvestitionen deutschen Kapitals einen bedeutenden Einfluss. Deutsches Kapital ist seit dem Beginn der Systemtransformation in Polen aktiv am Umbau der Strukturen der polnischen Wirtschaft beteiligt.

Die Automobilindustrie ist einer der Zweige mit dem höchsten Grad an internationalisierter Produktion. Die Anfänge der Aktivitäten von Automobilkonzernen in den neuen Mitgliedstaaten der EU, unter anderem auch aus Westeuropa, gehen auf die beginnenden 1960er Jahre zurück. Auf breiter Ebene fand der Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen in den Automobilsektor allerdings erst in den 1990er Jahren statt. Der Prozess des Übergangs zur Marktwirtschaft wurde von einem steigenden Bedarf an ausländischem Kapital begleitet, was mit dem Wechsel der Eigentumsform der Industriebetriebe verbunden war. Die Hauptform des Zuflusses deutscher Direktinvestitionen (Ausländische Direktinvestitionen, ADI) in den polnischen Automobilsektor waren seit den 1990er Jahren die Übernahmen bestehender Industriebetriebe durch ausländische Investoren mit dem Ziel ihrer Restrukturierung (z.B. die Automobilfabrik in Jelcz) sowie Investitionen des Typs *joint venture*.¹

Bei der Analyse von ADI in Polen kann man seit dem Beginn der 1990er Jahre feststellen, dass die deutschen Firmen den Investitionsmarkt in Polen sehr zurückhaltend behandelten, da sie Befürchtungen hinsichtlich der Nachhaltigkeit und Konsequenz der Veränderungen beim Aufbau eines demokratischen politischen Systems und einer Marktwirtschaft hegten. Möglichkeiten für breiter angelegte Aktivitäten polnischer Unternehmen in Deutschland eröffneten sich erst, nachdem man in Polen mit einer tiefen politischen und wirtschaftlichen Transformation begonnen hatte. Der Wert von ADI, die von deutschen Firmen realisiert wurden, betrug Ende 2002 7,8 Mrd USD. Somit nahm Deutschland nach Frankreich und den USA den dritten Rang unter den ausländischen Investoren in unserem Lande ein.

Die Faktoren, die den Zufluss von Investitionen aus beiden Richtungen begünstigten, waren unterschiedlich. Die sich verschärfende Konkurrenz zwischen Herstellern von PKW in den 1980er Jahren wurde zu einem ungewöhnlich starken Stimulus, um den Produktionsprozess mechanischer Fahrzeuge zu modernisieren und nach neuen, immer günstigeren Standorten zu suchen. Das Hauptzentrum der Automobilindustrie in Polen

¹ Ł. Ambroziak, *BIZ w przemyśle motoryzacyjnym nowych państw członkowskich UE - stan i perspektywy rozwoju*, (ADI in der Automobilindustrie der neuen EU-Mitgliedstaaten – Stand und Entwicklungsperspektiven). In: *Inwestycje zagraniczne w Polsce* (Auslandsinvestitionen in Polen). Instytut Badań Rynku, Konsumpcji i Koniunktur. Warszawa 2009, S. 85.

entstand im südöstlichen Teil des Landes, besonders auf dem Gebiet der Wojewodschaften Schlesien und Niederschlesien. Gerade in diesen Regionen investierten deutsche Konzerne wie Volkswagen, Bosch, Leoni Kabel, Grossmann, Lisa Draexlmaier, Metzler Automotive Profile Systems Europe, Dr. Schneider, Voss Automotive. Wie die Direktoren dieser Firmen betonen, besteht ein besonderer Vorteil dieser Regionen darin, dass es eine große Zahl von Zulieferern gibt. Für die Wahl Polens als Ort der Delokalisierung von Investitionen deutscher Firmen sprachen viele Faktoren, u.a. eine langjährige Tradition der Automobilherstellung (z.B. FSO), qualifizierte Arbeitskräfte sowie niedrige Arbeitskosten.² Der Volkswagenkonzern, der 1993 die kurz vor dem Bankrott stehende Posener Fabrik Tarpan übernahm, montierte dort einige Jahre lang hauptsächlich Škodas, hat sich aber in diesem Jahrtausend für eine ambitioniertere Aufgabe entschieden. Am Standort der einstigen Tarpan-Werke entstand eine moderne Fabrik, die in dem deutschen Konzern als einziger Betrieb den Lieferwagen Caddy produziert. Darüber hinaus hat man in Gliwice damit begonnen – hauptsächlich für den Export – die ältere Variante des Astra Classic zu produzieren. Dort hat man auch mit der Produktion der neuesten Variante des Minivans Zafira begonnen. Dieses Fahrzeug wird im deutschen Bochum montiert. Für den polnischen Betrieb ergibt sich die Herausforderung nachzuweisen, dass der Zafira aus Gliwice besser und in der Produktion billiger ist als der aus Deutschland.³

Die deutschen Firmen aus der Automobilbranche investier(t)en aufgrund qualifizierter Mitarbeitender und stabiler Rechtsverhältnisse in Polen. Sicherlich zählt(e) auch, dass die Löhne in der polnischen Automobilbranche niedriger sind als in Westeuropa, wobei dies allerdings ein vergänglicher Trumpf ist. In Deutschland stellen die Automobilkonzerne die Arbeitnehmenden vor folgende Alternative: entweder niedrigere Löhne zu akzeptieren oder tausende Mitarbeitende zu entlassen. Das kann unsere Attraktivität für diejenigen Investoren aus der Automobilbranche schmälern, die hauptsächlich auf niedrige Löhne setzen.

Den Zufluss deutscher ADI in den polnischen Automobilsektor begünstigten auch die technischen Veränderungen bei der Fahrzeugproduktion der 1980er und 1990er Jahre des XX Jahrhunderts. Sie beruhten vor allem auf einer fortschreitenden Spezialisierung der Zulieferer von Komponenten und Zubehör für die Automobilindustrie und wurden mit dem Begriff der sog. Modularisierung versehen. Das Wesen der Veränderungen bestand darin, dass die Kooperationspartner sog. Modulsysteme in die Montagehallen lieferten, die direkt verbaut werden konnten. Der technische Fortschritt bewirkte, dass der Nutzen im Bereich der Automobilindustrie nicht so sehr mit der hohen Produktion

² Zum Zufluss von Investitionen in den Automobilsektor trug ebenfalls die in den 1990er Jahren begonnene wirtschaftliche Zusammenarbeit dieser Staaten mit der EU bei sowie die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft. In der Folge erfolgte der Export von Fahrzeugen auf der Grundlage tariflicher Vorzugskontingente, während beim Import die Zölle teilweise aufgehoben wurden.

³ A. Kublik, *Motoryzacja - filar polskiego eksportu*, (Die Automobilindustrie – Pfeiler des polnischen Exports) <http://www.skyscrapercity.com/showthread.php?p=5494130>.

von fertigen Produkten verbunden ist, sondern mit der Möglichkeit, auf ein und derselben Plattform verschiedene Modelle der gleichen Marke zu produzieren. Mit diesem Prozess einer fragmentierten Produktion (Delokalisierung) in der Automobilindustrie sind untrennbar zwei Erscheinungen verbunden: der Anstieg der Importaufnahmekapazität des Exports sowie der damit verbundene Rückgang der Wertschöpfung der hergestellten Produkte. Die Hauptquelle der Wertschöpfung eines Produkts verschiebt sich systematisch zum unteren Teil der Kette, das heißt in Richtung Komponenten und Ausstattungen. In den letzten Jahren schenkt man in Polen dem Ausbau einer Produktionsbasis von Teilen und Komponenten der Automobilindustrie immer mehr Aufmerksamkeit. Eine Form dieser Aktivitäten ist die Schaffung von Automobil-Clustern, die auf relativ kleinem Raum nicht nur Unternehmen beherbergen, die mit der Produktion von Teilen und Komponenten verbunden sind, sondern auch Entwicklungszentren, die sich um die Einführung von Innovationen kümmern. Als Beispiel dient hierbei der Großpolnische Automobil-Cluster⁴, der seit Februar 2007 betrieben wird und zu dem u. a. NIKEL Technology Park Poznań (Koordinator des Clusters), Wielkopolska Agencja Rozwoju Przedsiębiorczości, Politechnika Poznańska sowie Akademia Ekonomiczna gehören. In den letzten Jahren wurde Polen zum Ort der Lokalisierung zahlreicher kleinerer Investitionen in Betriebe, die Teile und Ausstattungen zur Herstellung von mechanischen Fahrzeugen produzieren. Im Jahre 2009 wurden ebenfalls etliche Investitionen zu Ende gebracht, die noch vor der Krise begonnen worden waren. Dies waren u.a. Zakłady Nidec Motors&Actuators in dem bei Krakau gelegenen Niepołomice (Produktion von Antrieben für Schiebedächer und Autoscheiben), die Fabrik Hoerbiger Automotive in Bolesławiec (Systeme für das automatische Öffnen und Schließen von Autodächern und Kofferräumen) sowie der Komplex Keiper-Polska in Skarbimierz (Produktion von Stellagen und Hartschäumen für Autositze). Für eine Einstellung der Investitionstätigkeit in Polen entschieden sich im Jahre 2009 folgende Firmen: Autoliv (Produktion von Sicherheitssystemen – in Oleśnica), ISE Industries Poland (Produktion von Ersatzteilen - in Chocianów). Polen konkurriert bei der Akquise deutscher Investitionen im Bereich der Automobilindustrie zunehmend mit solchen Staaten wie Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Rumänien.

Der kumulierte Wert deutscher ADI in Polen betrug nach Angaben der Polnischen Agentur für Auslandsinvestitionen (PAIZ) im Jahre 2004 10,15 Mrd USD. Die Jahre davor waren durch eine relativ schwache Dynamik des Zuflusses deutschen Kapitals gekennzeichnet. Aufgrund des EU-Beitritts Polens begann dieser Zufluss jedoch anzusteigen. In der folgenden Tabelle werden die deutschen Investitionen nach Wirtschaftszweigen für das Jahr 2004 abgebildet:

⁴ Die ersten Monate des Großpolnischen Automobil-Clusters, der seit Ende 2008 mit der zunehmenden Krise in der Automobilbranche zu kämpfen hatte, zeigten, dass man mit diesem Projekt die von den Initiatoren gestellten Aufgaben nicht erfüllen konnte und weiterhin eher eine formale, denn eine reale Struktur darstellt, die die Automobilindustrie unterstützen soll. Vgl: L. Bojarski, *Motoryzacja w kryzysie, klaster ledwo żyje* (Die Automobilindustrie in der Krise, der Cluster röchelt kaum noch), „Gazeta Wyborcza” Poznań, 04.05.2009.

Tabelle 1. Deutsche Investitionen nach Wirtschaftszweigen 2004 (kumulierter Wert)

Wirtschaftszweige	In Mio USD	Anteil in %
Hotels und Restaurants	19	0,19%
Bergbau und Bergwerke	25	0,25%
Sonstige kommunale, soziale und individuelle Dienstleistungen	38	0,38%
Bauwesen	66	0,65%
Immobilien	67	0,67%
Transport, Telekommunikation	92	0,91%
Energieversorgung, Elektrizität, Gas und Wasser	608	6%
Handel und Instandsetzungen	2015	19,85%
Finanzvermittlung	3007	29,6%
Produktion	4211	41,5%
Summe des kumulierten Werts der ADI	10.148	100%

Quelle: Bearbeitung auf Grundlage der Daten der Statistischen Hauptamts (GUS)

Aus der obigen Tabelle ergibt sich, dass der breiteste Strom deutschen Kapitals in den Sektor der Produktion fließt (41,5%), u.a. in die Automobil-, die chemische, pharmazeutische und Metallindustrie. Auf dem zweiten Platz rangiert die Finanzvermittlung (29,6%), danach kommen Handel und Transport (ca. 21%).

Analysiert man dagegen die deutschen ADI im Zeitraum von 2004 bis 2010, so kann man feststellen, dass ihr Niveau mit dem allgemeinen Niveau der globalen Auslandsinvestitionen verbunden war. Allerdings haben sich in dieser Periode auch die Struktur und die geografische Ausrichtung der Dislozierung des Kapitals der deutschen Unternehmen verändert. Im Laufe der Zeit begann Polen, unter den ausländischen Kontrahenten Deutschlands eine immer größere Rolle zu spielen, was besonders durch den EU-Beitritt des Landes sowie die Wirtschaftsreformen, die Polen aufgrund der Vorbereitungen für die EU-Mitgliedschaft durchzuführen hatte, ausgelöst wurde. Wie die Forschungen aufweisen, wurde unsere Region von den deutschen Investoren allmählich nicht nur als Absatzmarkt betrachtet. Sie wurde auch zu einem Standort, an dem man innovative Produkte generiert und eine weitere Expansion des Exports betreibt.

Tabelle 2. Zufluss deutscher ADI nach Polen 2004-2010 (in Mio Euro)

Land	Jahre						
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Polen	1172	1940	2929	3504	1553	1893	2796

Quelle: Eigene Bearbeitung auf Grundlage der Daten der Bundesbank, *Direktinvestitionen laut Zahlungsbilanzstatistik*, 2011, www.bundesbank.de

Wie aus der obigen Tabelle hervorgeht, notierte Polen im Jahre 2007 den größten Zufluss an deutschem Kapital. Sein Wert stieg nach dem EU-Beitritt systematisch. Der Einbruch erfolgte im Jahre 2008, was mit der Weltwirtschaftskrise verbunden war. Deutschland nimmt nach Holland den zweiten Rang unter den wichtigsten ausländischen Investoren in Polen ein; für 2010 betrug der Wert deutscher ADI ca. 2,8 Mrd Euro (für 2009 1,9 Mrd), worauf die Übernahme von 48% der Polska Telefonia Cyfrowa durch den Konzern Deutsche Telekom einen besonders großen Einfluss hatte. Ende des Jahres betrug der kumulierte Wert deutscher Investitionen in Polen 23 Mrd Euro.⁵ Die geographische Nähe Deutschlands trug immer schon zum Zufluss deutscher ADI nach Polen bei. Ihr größter Anstieg fiel vor allem auf die Periode nach dem Beitritt Polens zur EU. Allerdings zeugt der Sprung von 1,9 Mrd Euro deutscher ADI in Polen im Jahre 2009 auf 2,8 Mrd Euro im Jahre 2010 nicht nur von einer besseren Verfassung der deutschen Wirtschaft, sondern auch von einem anhaltenden Interesse an Polen.

Eine strategische Rolle beim Handelsaustausch zwischen Deutschland und Polen spielt die Automobil- und die chemische Industrie. Beispiele für Investitionen deutscher Firmen in die Automobilindustrie in Polen während der Transformation der Wirtschaft sind Firmen wie: Volkswagen, Keiper, Phoenix Contact, Funke. In ihrer Mehrzahl sind sie auf dem Territorium der Wojewodschaft Niederschlesien situiert.

Gemeinsam mit Autoherstellern kommen auch Produzenten von Autokomponenten und Bauteilen nach Polen. Noch Ende der 1990er Jahre war der Import von Autoteilen nach Polen größer als deren Export. Jetzt sind die Proportionen entgegengesetzt. In Polen sind zahlreiche Firmen aus aller Welt aktiv, die mit dem Gedanken an ausländische Abnehmer aus dem Bereich der Automobilindustrie bei uns produzieren.

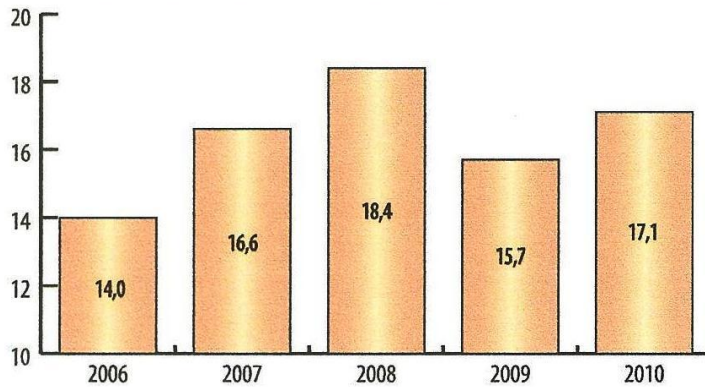
Der Zufluss der Produzenten von Automobilkomponenten, Bauteilen und Ausstattungen hat dem Export nach Deutschland starken Auftrieb gegeben. Schon im Jahre 2004 hatte der Export von Autoteilen aus Polen einen Wert von über 3 Mrd USD, über zehnmal mehr als im Jahre 1997. Auf der Zukunft der Automobilindustrie in Polen lastet allerdings der Schatten unseres einbrechenden Automobilmarkts. In den 1990 Jahren zogen wir große Investitionen an, weil der Verkauf von Autos in Polen immens wuchs.

Im Jahre 2010 exportierten die Betriebe der Automobilbranche monatlich eine Durchschnittsproduktion im Wert von knapp 1,5 Mrd Euro. Für das ganze Jahr übertraf der Export 17 Mrd Euro, 7,8 Prozent mehr als im Jahre 2009. Trotz dieses beträchtlichen Zuwachses ist es bis zum Erreichen des Rekordergebnisses aus dem Jahre 2008, das

⁵ http://wyborcza.pl/1,91446,9417549,Niemcy_Otwarcie_rynku_pracy_wplynie_na_rozwoj_wspolpracy.html.

18,44 Mrd Euro betrug, noch weit – stellt Automotive Suppliers, die Firma, die diese Exportdaten erhoben hat, fest.⁶

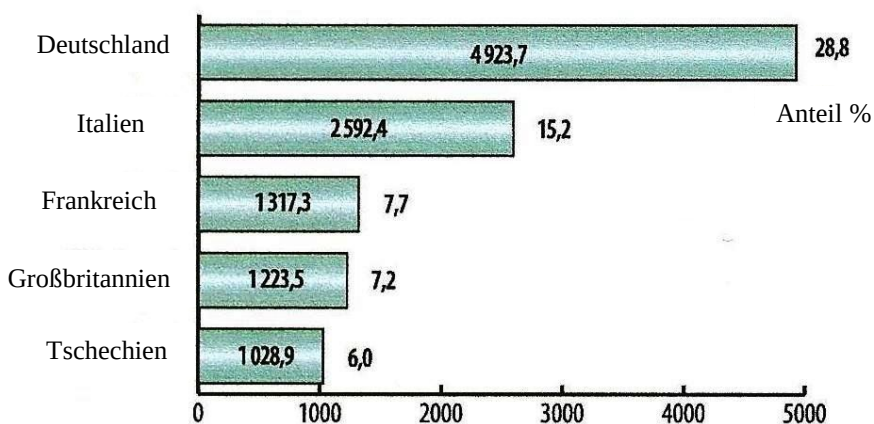
Diagramm 1. Export der polnischen Automobilindustrie (in Mrd Euro)



Quelle: Automotive Suppliers.pl/Eurostat

Die große Mehrheit des mit der Automobilindustrie verbundenen polnischen Exports gelangte im Jahre 2010 in die Länder der EU (86,7% also 15,4 Mrd Euro). Der entschieden größte Abnehmer war Deutschland, in das im Jahre 2010 Waren im Wert von 5 Mrd Euro (28,8% des Gesamtexports der polnischen Automobilindustrie) gelangten. Andere wichtigen Abnehmer sind Italien (2,6 Mrd Euro, 15,2%), Frankreich (1,4 Mrd Euro, 7,7%), Großbritannien (1,2 Mrd Euro, 7,2%) sowie Tschechien (1,1 Mrd Euro, 6%).

Diagramm 2. Ausrichtungen des Exports der polnischen Automobilindustrie
Im Jahre 2010 (in Mrd Euro)



Quelle: AutomotiveSuppliers.pl/Eurostat

⁶ Polski Związek Przemysłu Motoryzacyjnego (Verband der Polnischen Automobilindustrie), Raport Branży Motoryzacyjnej (Bericht der Automobilbranche) 2011.

Schon seit einigen Jahren sind Personenkraftwagen die Nummer 1 auf der Liste des polnischen Exports. Kein anderes Produkt gibt Polen im Export solche Zuflüsse wie Automobile. Der polnische Automobilexport umfasst drei grundsätzliche Gruppen: Personenkraft- und Lieferwagen, Teile und Ausstattungen sowie Hochdruckmotoren, auf die fast 84% des Exportwerts fielen, um 0,7% weniger als im Jahre 2009. Der Export von Personen- und Lieferwagen betrug 6,64 Mrd Euro, um 4,1% weniger als im Jahre 2009. Der Anteil dieser Produktgruppe erreicht im Export 38,8%.⁷ Fahrzeuge, Komponenten, Ausstattungen und andere Automobilprodukte haben ebenfalls einen wesentlichen Anteil in der Struktur des polnischen Imports. In den letzten Jahren war sein Wert allerdings starken Schwankungen ausgesetzt. Nach Jahren eines ungewöhnlich dynamischen Wachstums (um 98,6% in den Jahren 2004-2008), erreichte der polnische Automobilindustrieimport im Jahre 2008 den Rekordwert von 14,4 Mrd Euro. Im Jahre 2009 erfolgte allerdings ein Rückgang des nominellen Werts des Imports bis um 37,2% auf das Niveau von 9,1 Mrd Euro. Das Ergebnis fiel im Jahre 2010 relativ schwach aus – der Wert des Imports wuchs um 18,5% auf 10,8 Mrd Euro, war also immer noch niedriger als in den Jahren vor der Krise. Im Jahre 2010 machte der Import von Automobilindustrieprodukten 8,2% des gesamten Warenimports nach Polen aus (10,2% im Jahre 2008). Wegen des großen Binnenmarktes sowie der zahlreichen Produktions- und Montagetriebe ist Polen der größte Importeur von Automobilindustrieprodukten in Ostmitteleuropa. Das an zweiter Stelle positionierte Tschechien importierte im Jahre 2010 Produkte im Wert von 8,2 Mrd Euro, die Slowakei im Wert von 6,3 Mrd Euro. Dabei ist bemerkenswert, dass Polen unter diesen drei Ländern in letzter Zeit die größten Schwankungen des Werts von Importen bei Automobilindustrieprodukten erlebte, wodurch seine Überlegenheit gegenüber Tschechien und der Slowakei in den letzten beiden Jahren wesentlich geringer ausfiel als vor der Krise. Insgesamt arbeiten in der Automobilindustrie in Polen 170.000 Menschen.⁸

Seit Beginn dieses Jahrzehnts befindet sich der Automobilmarkt in einer tiefen Krise, und in den letzten Jahren wurde er überdies durch die anhaltenden Veränderungen in der Steuergesetzgebung vollkommen dereguliert.

Für Polen bedeutete dies hauptsächlich den Zufluss von Gebrauchtwagen aus der EU. Die Tatsache, dass ca. 90% der Automobile aus polnischen Fabriken zu ausländischen Kunden gelangen (so auch nach Deutschland), bedeutet ebenfalls, dass Polen sehr stark von ausländischen Konjunkturschwankungen abhängig ist. Um die Entwicklung der polnischen Automobilbranche sicher zu stellen, bedarf es einer Veränderung dieser Proportionen, was ohne eine Steigerung des Verkaufs neuer Fahrzeuge in Polen nicht möglich sein wird.

⁷ Ibidem

⁸ Bericht PZPM (Verband der Polnischen Automobilindustrie) 2011, S. 21.

Analysiert man die deutschen ADI, so könnte man zum Ergebnis kommen, dass die deutschen Automobilkonzerne sicherlich eine Delokalisierung ihrer Werke außerhalb der EU erwägen, um die Produktionskosten zu senken. Das scheint aber aus mehreren Gründen eher unwahrscheinlich zu sein. Erstens, obwohl die Arbeitskosten in diesen Ländern relativ betrachtet niedriger sind, ist das Risiko wesentlich höher, unter den Bedingungen einer Wirtschaftskrise sowie politischer Instabilität zu produzieren. Zweitens, spricht die gute Verkehrsverbindung mit Deutschland sowie das für den Bedarf der Automobilindustrie gut ausgebaute Lieferantennetz für Komponenten und Bauteile für den Standort Polen. Außer Investitionen, die der Steigerung der aktuellen Rentabilität der Automobilkonzerne dienen, verändern sich aber auch zweifellos die langfristigen Prioritäten der Investitionsaktivitäten in dieser Branche. Die Notwendigkeit von Anpassungen durch die Einführung neuer Technologien und Produkte wird den Bedarf für B+R-Zentren in der Automobilbranche erhöhen.

Theo Mechtenberg

Polonia semper fidelis?

Am 9. November 2011 erhielt der Marianerpater Adam Boniecki, langjähriger Chefredakteur der für ihren offenen Katholizismus bekannten Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“, ein Schreiben seines Provinzials mit der Auflage, sich außerhalb des „Tygodnik Powszechny“ nicht mehr medial zu äußern. Boniecki, selbst einst über Jahre Ordensgeneral, kam aufgrund seines Gehorsamsgelübdes dem ihm auferlegten Verbot widerspruchslös nach. Doch damit war die Angelegenheit keineswegs bereinigt. Der Provinzial hatte einen Stein ins Wasser geworfen und damit in der inner- wie außerkirchlichen Öffentlichkeit Wellen des Unverständnisses, ja der Empörung hervorgerufen. Ganz ohne Zutun des Betroffenen solidarisierten sich mit ihm in den verschiedensten Foren des Internets tausende Gläubige und der Kirche fern stehende Bürger. Hacker blockierten zeitweise das Internet des Provinzials. Der Gemaßregelte erhielt eine Unzahl an Briefen und Mails. In ihrem Zentrum – so Boniecki – „stehe nicht er selbst, sondern der Glaube der Verfasser sowie Fragen voller Besorgnis nach dem Glauben sowie nach der Kirche: Wie diese sich darstelle und nach welcher sie sich sehnen.“¹

Dass diese Protestwelle höchste kirchliche Kreise erfasst hat, zeigt die Aussage des emeritierten polnischen Primas und langjährigen Verantwortlichen für den Dialog mit dem Judentum, Erzbischof Henryk Muszyński. In einem im Internet veröffentlichten Interview bedauert er diesen Vorgang. Strittige Fragen müssten „durch Gespräch und Dialog, nicht aber durch radikale Maßnahmen entschieden werden.“ Er spricht Adam Boniecki seine Hochachtung aus und erinnert daran, „dass er dort ist, wo andere nicht sein wollen, eine Brücke zwischen den einen und den anderen.“ Innerhalb der polnischen Kirche erfülle er eine ungemein wichtige Rolle. Und mit einem insgeheimen Hinweis auf Pater Tadeusz Rydzyk, den Direktor von „Radio Maryja“ und seinem Medienimperium, fügt er hinzu: „Wenn man schon gewisse Schritte unternimmt, dann muss man die gleichen Kriterien denen gegenüber anwenden, die – sagen wir – eine offenere Kirche repräsentieren, wie gegenüber jenen, die einer eher geschlossenen Kirche den Vorzug geben.“²

Verschärfter Antiklerikalismus nach den jüngsten Parlamentswahlen

Die gegen Pater Boniecki verhängte Sanktion fällt kaum zufällig in die Zeit kurz nach den Parlamentswahlen vom 9. Oktober 2011. Damals hatte die erklärtermaßen antiklerikale „Bewegung Palikot“ aus dem Stand mit 10,01 % der Stimmen und 41 Abgeordneten einen von niemandem für möglich gehaltenen Wahlerfolg. Ihr Gründer, Janusz Marian Palikot, ist eine reichlich schillernde Persönlichkeit: Absolvent eines Philosophiestudiums an der Katholischen Universität Lublin (KUL), zeitweise Gast in

¹ Adam Boniecki, Nie przestać na tym, co zwykle, Tygodnik Powszechny vom 20. November 2011, S. 2.

² http://www.klubtygodnika.pl/2011/dialog_ktory_prowadzi_do_prawdy/7/

der Mönchsrepublik auf dem Berg Athos, Multimillionär als Produzent von Alkoholika, ab 2005 Sejmapgeordneter der „Bürgerplattform“ (PO), bekannt durch seine gegen die Kaczyński-Zwillinge gerichteten skandalösen Äußerungen und Happenings, die ihn schließlich für seine Partei untragbar machten.

Den Anstoß zu einer eigenen „Bewegung“ boten ihm nach eigener Angabe die Ereignisse nach dem 4. April 2010, dem Tag des Absturzes der Präsidentenmaschine. Die feierliche Beisetzung des Präsidentenpaares in der den Königen und Nationalhelden vorbehaltenen Krypta des Wawel unter der Assistenz höchster Kirchenvertreter fand in der Bevölkerung keine ungeteilte Zustimmung. Es regte sich Widerstand gegen eine als übermäßig empfundene Präsenz der Kirche bei nationalen Staatsakten. Zu einem öffentlichen Konflikt kam es dann, als nach Ablauf der offiziellen Trauerphase eine „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) nahe stehende Gruppe selbst ernannter „Verteidiger des Kreuzes“ und „wahrer Patrioten“ sich der Übertragung eines als Ausdruck unmittelbarer Trauer vor dem Präsidentenpalast errichteten Holzkreuzes in eine nahe gelegene Kirche widersetzen. Erschwerend kam hinzu, dass diese Gruppe aus Enttäuschung über die verlorene Präsidentschaftswahl von Jarosław Kaczyński das Kreuz politisch gegen den gewählten Präsidenten Bronisław Komorowski missbrauchte. Als Gegenreaktion zu dieser national-katholischen Demonstration kam es zu antiklerikalen Protesten zumeist jugendlicher Bürger. Diese Kräfte sammelte Palikot in der auf ihn zugeschnittenen „Bewegung“ und verlieh ihr mit dem Einzug ins Parlament politisches Gewicht.

Das für Polens Kirche beunruhigende Faktum ist nicht der Antiklerikalismus als solcher. Der hat in Polen eine bis in die Zwischenkriegszeit zurückreichende Tradition. Doch durch den Kirchenkampf des kommunistischen Systems wurde er kompromittiert, so dass der von Teilen des postkommunistischen „Linksbündnisses“ (SLD) vertretene Antiklerikalismus der Nachwendezeit in der Gesellschaft nur einen relativ geringen Widerhall fand. Dass mit der „Bewegung Palikot“ nunmehr in Polen ein neuer, mit den Postkommunisten in keinem Zusammenhang stehender Antiklerikalismus präsent ist, der sich auf die Generation der 18- bis 25jährigen stützt, die immerhin durch die Kirche eine religiöse Formung erhalten hat, gibt reichlich Anlass zu einer kirchlichen Selbstkritik. So stellt sich die Frage, ob die bisherige Form schulischer Katechese einer Prüfung standhält. Jedenfalls ist es kontraproduktiv, wenn – um ein Beispiel zu nennen – Pater Rydzyk den Wahlerfolg der „Bewegung Palikot“ mit den Worten kommentiert: „Sodomisten zogen in den Sejm ein.“

Ein Kreuz im Sejm?

Die erste Initiative von Palikot nach der Wahl bestand darin, in einem Schreiben an den Sejmmarschall die Entfernung des Kreuzes aus dem Plenarsaal zu fordern. Im Falle einer Ablehnung seiner Forderung kündigte er an, die Angelegenheit vor das Verfassungsgericht zu bringen. Werde seine Eingabe auch dort abgelehnt, sei er entschlossen, Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu erheben. Damit war, wie so oft in Polen, ein neuerlicher Streit um das Kreuz entbrannt. In dieser Auseinandersetzung nahm Adam Boniecki nicht die offenbar von ihm erwartete und von

der Hierarchie wie von den kirchlichen Medien vertretene kämpferische Haltung ein. Auf die ihm am Ende eines Fernsehinterviews gestellte Frage, ob das Kreuz im Sejm hängen solle oder nicht, hatte er mit einem Ja und Nein geantwortet. Beide Möglichkeiten seien berechtigt. Er hatte sich damit, wie ihm unterstellt wurde, keineswegs für die Entfernung des nun einmal im Sejm hängenden Kreuzes ausgesprochen. Das Bleiben des Kreuzes wünscht, wie Umfragen ergaben, im Übrigen eine deutliche Mehrheit der Polen.

Zum Verständnis der Problematik ist es wichtig zu wissen, dass das Kreuz 1997, im Jahr der Verabschiedung der neuen Verfassung und der von der „Wahlaktion Solidarność“ (AWS) gewonnenen Parlamentswahlen, von zwei Abgeordneten in einer Nacht-und-Nebel-Aktion, also ohne einen förmlichen Parlamentsbeschluss, angebracht wurde. Hinter dem Streit um das Kreuz im Sejm steht somit die Frage nach dem Verhältnis der Kirche zur Demokratie: Ist sie in ihrer gesellschaftlichen Wirksamkeit an demokratische Spielregeln gebunden oder nicht? Wäre ein lediglich mit dem Staatswappen ausgestatteter Plenarsaal bereits ein Affront gegen die Kirche? Und sollte nicht umgekehrt die Minderheit nicht katholischer Abgeordneter das Kreuz als Symbol der religiös-nationalen Tradition Polens tolerieren? Statt gleich im Kampf um das Kreuz die Waffen zu schmieden sollte man sich diesen Fragen im gesellschaftlichen Dialog stellen. Dies war jedenfalls die der Kurzantwort von Pater Boniecki zugrunde liegende Intention. Man muss es daher schon böse nennen, wenn ihm von national-katholischer Seite unterstellt wurde, er habe mehr Empathie für die Gegner der Kirche als für die Kirche selbst und sage genau das, was die ihn fragenden Journalisten hören möchten.

Inzwischen ist durch eine von der Regierung in Auftrag gegebene Expertise geklärt, dass das Kreuz seinen Ort im Sejm haben darf. Die Autoren des Gutachtens verweisen auf den Sejmbeschluss vom 3. Dezember 2009, in dem – als Reaktion auf ein Urteil des Straßburger Gerichtshofes für Menschenrechte – festgestellt wurde, dass das „Kreuz nicht nur ein religiöses Symbol ist und Zeichen der Liebe Gottes zu den Menschen, sondern in der öffentlichen Sphäre an die Bereitschaft zur Hingabe für den Nächsten erinnert und die auf der Achtung vor der Würde eines jeden Menschen und seiner Rechte basierenden Werte zum Ausdruck bringt.“ Weiter heißt es in dem von 78% der Abgeordneten gefassten Beschluss, dass „sowohl der einzelne als auch die Gemeinschaft das Recht haben, ihre eigene religiöse und kulturelle Identität auszudrücken, die nicht auf die Privatsphäre beschränkt ist.“ Der Beschluss besage zwar nicht, dass ein Kreuz im Sejm hängen muss, verbiete aber, das bereits hängende Kreuz zu beseitigen.³

Der Konflikt um „Nergal“

Adam Bonieckis Zurückhaltung im Streit um das Kreuz im Sejm war nicht der einzige Grund für seine Disziplinierung. So kam es im Herbst 2011 zu einer

³ Andrzej Zoll, Powinien zostać, Tygodnik Powszechny vom 8. Januar 2012.

Auseinandersetzung um den Sänger und Gitarristen Adam Michał Darski alias „Nergal“ und seiner Black-Death-Metal-Band „Behemoth“, bei der Boniecki gleichfalls keine kämpferische Position einnahm. Bereits die Namen „Nergal“ und „Behemoth“ sind Programm: „Nergal“ als eine der Unterwelt zugeordnete babylonische Gottheit, „Behemoth“ als das dem Leviathan entgegengesetzte Landungeheuer aus der jüdischen Mythologie. Die geistesgeschichtliche Rezeption von „Behemoth“ reicht über Thomas Hobbes bis in die Moderne als eine Herrschaft der Rechtlosigkeit.⁴

„Nergal“ hatte bereits 2007 Aufsehen erregt und Empörung ausgelöst, als er während eines Konzerts die Bibel zerriss und die Fetzen mit unflätigen Bemerkungen ins Publikum warf. Auch sonst sind seine Texte mit antikirchlichen und antichristlichen Ausfällen gespickt. Der Konflikt um ihn brach dann im vergangenen Herbst in voller Härte aus, als der als Musikexperte geschätzte Darski in die Jury der beliebten Musiksendung „The Voice of Poland“ berufen wurde. Die Empörung kirchlicher Kreise nahm noch an Heftigkeit zu, als der Prozess gegen Darski wegen Verletzung religiöser Gefühle unter Hinweis auf die künstlerische Freiheit mit einem Freispruch endete. So legte Bischof Wiesław Mehring, im Episkopat zuständig für Fragen der Kultur und der Verteidigung des kulturellen Erbes, beim Chef des polnischen Fernsehens Protest gegen die öffentliche Unterstützung von „Antiwerten“ durch die Berufung von „Nergal“ ein. Ähnlich reagierte Erzbischof Sławoj Leszek Głódź: Ein „praktizierender Satanist“, der „Christentum und Religion verabscheut“, habe im öffentlichen Fernsehen nichts zu suchen. In dieser Auseinandersetzung sprach sich Boniecki gleichfalls für eine kirchliche Stellungnahme aus, hielt aber die Empörung für übertrieben. Dies wurde ihm in einem offenen Brief von Bischof Mehring als Unterstützung für „Nergal“ sowie als Verstoß gegen das Prinzip des *sentire cum ecclesia* ausgelegt.

Auf den offenen Brief von Bischof Mehring gab Boniecki seinerseits zu bedenken: „Jene, die nicht mit uns sind, sind nicht unbedingt menschlicher Eigenschaften beraubt, ihre Motive nicht unbedingt vom Teufel inspiriert, ihre Vorbehalte gegen die Leute der Kirche nicht unbedingt böswillig ausgedacht, ihre Fragen nicht unbedingt uns gestellte Fallen, sondern sie können aus einer echten Sorge um das Wohl des Menschen und der Gesellschaft resultieren.“⁵

Damit bleibt Boniecki seiner Linie eines offenen, selbstkritischen, dialogbereiten Katholizismus selbst in einer Situation treu, die eine deutliche Ablehnung kirchenfeindlicher Aktionen nahe legt. Doch im Konflikt um „Nergal“ geht es letztlich weder um Polemik, noch um ein bloßes Festhalten an einem offenen Katholizismus. „Nergal“ und seine Gruppe sind schließlich nur ein Symptom für die tiefe Kluft zwischen Kirche und Kunst. Das war vor nicht langer Zeit noch anders. Es sei nur an die 1980er Jahre des vorigen Jahrhunderts erinnert, als die Kirche ihre Räume für die auf staatlichen Druck aus der Öffentlichkeit verdrängten Künstler öffnete, wenngleich

⁴ Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Frankfurt 2004, Tb Fischer.

⁵ Artur Sponiak, Rozmowa pozorowana, Tygodnik Powszechny vom 13. November 2011, S. 16.

damals hinter der martyrologischen und oppositionellen Aussage der Werke ihr künstlerischer Wert zurück trat. Und auch noch in den 1990er Jahren war die religiöse Dimension in den Werken polnischer Künstler durchaus präsent. Allerdings war diese Zeit, was den Dialog mit der Kunst betrifft, eine Zeit „vertaner Chancen“. Zwar bestimmte die Erfahrung des *sacrum* auch damals die Kunst, dies allerdings in Form einer Auseinandersetzung mit der Religion, was zur Folge hatte, dass diese Werke auf den Betrachter eine provozierende Wirkung ausübten und – zumal von national-katholischen Kräften – als blasphemisch eingestuft und zum Teil aggressiv bekämpft wurden.⁶ Die Konsequenz war eine zunehmende Entfremdung zwischen Kirche und Kunst, so dass heute religiöse Bezüge in der Kunst kaum mehr vorkommen oder – wie im Falle „Nergal“ – einen ausgesprochen antichristlichen Charakter besitzen. Es dürfte der „polnischen“ Kirche angesichts dieses Befundes schwer fallen, mit der Kunst wieder in einen produktiven Dialog zu kommen, falls dies überhaupt noch gewollt ist. Wenn nicht, dann stellt sich aber die Frage, welche lang- oder gar mittelfristigen Folgen der Verlust des *sacrum* in der Kunst für das katholische Polen haben wird.

Der Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz zur Lage der Kirche

In dieser kritischen Gemengelage liegt mit dem auf einem Interview mit zwei katholischen Journalisten beruhenden „Rapport über den Stand des Glaubens in Polen“⁷ von Erzbischof Józef Michalik, dem Vorsitzenden der Polnischen Bischofskonferenz, erstmals eine die aktuelle Situation der polnischen Kirche betreffende Diagnose eines prominenten Hierarchen vor. Der Titel ist allerdings irreführend, denn über das Glaubensverständnis polnischer Katholiken, über ihr Glaubenswissen, ihre selektive Glaubensaneignung (mit Ausnahme moralischer Fragen), über ihren Glaubensverlust erfährt der Leser nichts Substantielles. Nicht dem Glauben als solchem, sondern der Situation der Kirche gilt das Interesse der Interviewer wie des Erzbischofs.

Die Weichen dazu sind im einleitenden Kapitel gestellt: Polens Kirche habe die Jahrzehnte des Kommunismus aufgrund dreier Elemente relativ unbeschadet überlebt – mit Hilfe der religiös-nationalen Tradition, der engen Verbundenheit zwischen Klerus und Volk sowie durch die Stärke der Familien. Während die Tradition auch in die Zeit der gewonnenen Freiheit fort wirke und die Verbindung zwischen Klerus und Volk nach wie vor eng sei, habe die Familie ihren Ort der Glaubensvermittlung, der Lebensformung und der Wahrung der Werte eingebüßt. Ihre Krise bildet daher für den Erzbischof das Grundproblem. (8) Immer wieder nimmt er auf den Verfall der Familie Bezug, um Negativerscheinungen innerhalb der Kirche zu erklären. (20)

Indem Erzbischof Michalik die Ursache allen Übels in der Auflösung traditioneller Familienstrukturen sieht, erspart er sich die Frage nach einer Glaubenskrise. So sagt er im Zusammenhang mit einem deutlichen Rückgang der Priesterberufe: „Die Hauptursache des Rückgangs der Berufungen ist meiner Meinung nach nicht eine Krise

⁶ Agnieszka Sabor, Religion in der polnischen Kunst: Die vertane Chance, Deutsches Polen Institut (Hg.), Jahrbuch Polen 2009. Religion, Wiesbaden 2009, S. 72.

⁷ Józef Michalik, Raport o stanie wiary w Polsce, Radom 2011, S. 219.

des Glaubens, der Religiosität, nicht einmal der Demographie, sondern die Situation in den Familien.“ (29)

Das Bild, das der Erzbischof von seiner Kirche entwirft, ist – vergleicht man es mit den westlichen Schwesterkirchen – durchaus positiv. So erklären sich 96% der Polen als Katholiken. Am sonntäglichen Gottesdienst nehmen, bei deutlichen Unterschieden zwischen Stadt und Land, immerhin 41% der Gläubigen teil, was allerdings gegenüber 1980 einen Rückgang von 10% bedeutet. Besonders unter der Jugend wie auch unter den jungen Frauen wächst die Distanz zur Kirche. Auch an Priestern besteht vorerst kein Mangel; nach der Zählung von 2009 waren es 24.455 Diözesan- und 5.687 Ordensgeistliche. Dieser Befund macht es verständlich, dass die Laien auf die kirchlichen Strukturen und Entscheidungen kaum Einfluss nehmen können. So setzt sich denn auch Erzbischof Michalik gegenüber dem westlichen Europa ab, wo er mit einer „Klerikalisierung der Laien“ und einer „Laisierung des Klerus“ eine „Vermischung der Charismen“ ausmacht. (99).

Trotz einer im Ganzen positiven Bilanz versagt sich der Erzbischof jeden Triumphalismus. So kommen gewisse Negativphänomene zur Sprache wie der Amtsverzicht von Priestern, Alkoholismus unter Geistlichen, Missbrauchsfälle, denen gegenüber es keine Toleranz geben dürfe, sowie Homosexualität unter Klerikern, ohne dass diese Erscheinungen allerdings in ihrer Häufigkeit belegt würden. Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang die Meinung des Erzbischofs, Priester, die Kinder in die Welt setzen, sollten ihr Amt aufgeben, um den Kindern Vater sein zu können.

Diese binnenkirchliche Sicht des Interviewbandes wird ergänzt durch die Ansicht des Vorsitzenden der Bischofskonferenz zu den Bereichen Medien und Politik. Was die weltlichen Medien betrifft, so wird bereits in der Kapitelüberschrift suggeriert, dass ihre Berichte über die Kirche einem „Zerrspiegel“ gleichen. (121) Es gebe zwar auch über die Kirche wohlwollend berichtende Journalisten, „doch könne man nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass es weiterhin gegen die Kirche feindlich eingestellte Medien gibt, voller Aggressivität und Geringschätzung des Christentums.“ (125) Dieser Feststellung kann man zwar in Kenntnis der polnischen Medienlandschaft durchaus zustimmen, freilich unter dem Vorbehalte, dass darunter nicht eine verbreitete kritische Berichterstattung fällt, die der Erzbischof nicht eigens unterscheidet, sondern offenbar den kirchenfeindlichen Medien zurechnet.

Gleichsam als Gegenpol zu den „Zerrspiegel“-Medien erscheint das Medienimperium von Pater Rydzyk, als dessen Fürsprecher Erzbischof Michalik immer schon galt. Angesichts der Aggressivität, mit der der Direktor von „Radio Maryja“ gegen vermeintliche und wirkliche Kirchenfeinde sowie gegen innerkirchliche Gegner vorgeht, ganz zu schweigen von den antisemitischen Ausfällen des Senders, die immer wieder zu Protesten im In- und Ausland geführt haben, verwundert es den Leser doch, wie leichthin der Erzbischof über diese „gelegentlichen Entgleisungen“ hinweg geht, die der

„entschieden positiven Bilanz“ keinen Abbruch täten. (127) Dagegen macht der Vorsitzende der Bischofskonferenz aus seiner Ablehnung des „Tygodnik Powszechny“ keinen Hehl. Die kirchenkritische Funktion, welche die angesehene Krakauer katholische Wochenzeitung bei kirchlichen Auseinandersetzungen in der Tat erfüllt, wird vom Erzbischof als mangelnde kirchliche Loyalität wahrgenommen und der Redaktion unterstellt, „für die Wahrheit blind zu sein, wenn sie gegen ihre ideologischen Vorurteile verstößt.“ (132)

Diese Sicht der Dinge ist von einem Gegensatz zu einem „offenen Katholizismus“ bestimmt, wie er vom „Tygodnik Powszechny“ vertreten wird. Der habe in der Vergangenheit durchaus seine Verdienste gehabt, habe sich aber heute überlebt und sei zudem diskreditiert, weil er sich – worauf Erzbischof Michalik ausdrücklich verweist – in der Auseinandersetzung um den Antisemitismus in Polen dazu habe verleiten lassen, sich an der durch die Bücher von Jan Tomasz Gross⁸ provozierten „Kampagne zur Demütigung der Polen“ zu beteiligen. (131) Deutlicher kann kaum einem selbstkritischen, sich auf Dialog und Argumentation einlassenden „offenen Katholizismus“ eine Absage erteilt werden.

Eine solche Denkweise ist stark konfrontativ und lässt wenig Raum für Kompromisse. So ist denn auch das Kapitel über das Verhältnis der Kirche zum Staat vom Konflikt zwischen Natur- und Staatsrecht bestimmt. In diesem Kontext unterstellt Erzbischof Michalik dem Staat „totalitäre Tendenzen“. Er „versuche, sich nicht nur der Bereiche des Naturrechts zu bemächtigen, sondern zugleich auf die Freiheit unseres Gewissens Einfluss zu nehmen.“ (138) Dass es in einer pluralistischen Gesellschaft, und eine solche ist auch Polen, unmöglich ist, etwa in der Abtreibungsfrage sowie neuestens bezüglich der Zulässigkeit künstlicher Befruchtung auf demokratischem Weg das Naturrecht eins zu eins in staatliches Recht umzusetzen, und es daher – auch im Interesse der Kirche – im Sinne des geringeren Übels – um Kompromisse gehen muss, wird vom Vorsitzenden der Bischofskonferenz nicht erwogen. Als politisches Vorbild dient ihm ausgerechnet der für die Missachtung demokratischer Prinzipien von der Europäischen Union gerügte ungarische Premier „Viktor Orbán, der seine Politik auf starke moralische Fundamente stützt“, wobei der Erzbischof zusätzlich betont, dass „wir ein solches Zeugnis von Grundsatztreue brauchen.“ (150)

Wenngleich es sich bei dem Glaubensrapport von Erzbischof Michalik nicht um eine offizielle Stellungnahme, sondern um seine persönliche Meinung handelt, so dürfte aber doch seine Sicht der Dinge vom Großteil des Klerus geteilt werden.

Abendrot einer offenen Kirche?

Der innerkirchliche Konflikt um Adam Boniecki, den ehemaligen Chefredakteur des „Tygodnik Powszechny“, ist ein deutliches Zeichen einer Abkehr von einer offenen

⁸ J. Tomasz Gross, *Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka*, Sejny 2000; drs. Strach. *Antysemityzm w Polsce tuż po wojnie*, Kraków 2006

Kirche, die über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen vermag und zu einem Dialog mit Nichtglaubenden bereit ist. Bestätigt wird diese Tendenz durch Erzbischof Józef Michalik, der in seinem Glaubensrapport, wie bereits gesagt, einen offenen Katholizismus als überlebt betrachtet. Dabei gibt es innerhalb des Polnischen Episkopats eine eigene Kommission für den Dialog mit Nichtglaubenden, deren gegenwärtiger Vorsitzender ausgerechnet Bischof Wiesław Mehring ist, der sich im Konflikt um Adam Boniecki besonders hervor getan hat. Noch 1988 hatte diese Kommission ein Symposium „Nichtglaubende und Kirche“ veranstaltet, an dem so prominente Persönlichkeiten wie Adam Michnik, Marek Edelman und Bronisław Geremek sowie neben Kurienkardinal Paul Poupard, dem damaligen Präsidenten des römischen Sekretariats für den Dialog mit Nichtglaubenden, drei polnische Bischöfe teilnahmen. Als 2001 ein ähnliches Symposium statt fand, war das Interesse seitens der Nichtglaubenden wie der Kirche nur mäßig.

Auch als in Krakau in Anlehnung an das interreligiöse Assisi-Treffen vom Oktober 2011 einen Monat später eine Veranstaltung „Assisi-Echo“ statt fand, an dem Vertreter christlicher wie nichtchristlicher Religionen teilnahmen, war der Zuspruch gering. Und nicht nur das. In einem offenen Brief an den Krakauer Kardinal Stanisław Dziwisz protestierten traditionalistische Katholiken gegen diese Zusammenkunft. Sie sahen in ihr eine „Quelle des Indifferentismus und religiösen Relativismus, die in letzter Konsequenz zum Verlust des Glaubens führen.“⁹

Eine derartige radikale Ablehnung außerkirchlicher religiöser Kontakte entspricht gewiss nicht der offiziellen Linie der „polnischen“ Kirche. Aber sie spiegelt doch in extremer Form die Grundposition einer Kirche, die sich darauf beschränkt, die Herde der Gläubigen zusammen zu halten, und die kaum Anstalten zeigt, den verlorenen Schafen nach zu gehen. Man kann ihr nicht vorwerfen, sich um die eigenen Schafe zu wenig zu kümmern. Ganz im Gegenteil. Bischöfe und Priester mühen sich redlich ab, ihren pastoralen Pflichten gerecht zu werden und die Herde mit den nötigen Heilmitteln zu versorgen. Und wenn von außen Gefahr droht, dann gehen Polens Hirten entschlossen und kämpferisch dagegen an. Die Statistiken belegen, dass diese den Evangelien entnommene Bildwirklichkeit von Hirt und Herde auf 60% polnischer Katholiken zutrifft. Das ist zwar die Mehrheit, doch die übrigen 40% haben sich von der Herde emanzipiert; sie verstehen sich als mündige Christen oder stehen mit der Kirche in einer nur losen Verbindung bzw. haben sich gänzlich von ihr abgewandt. Sie sind längst vom Prozess einer Säkularisierung eingeholt worden, den Erzbischof Michalik für Polens Kirche leugnet: Die nach dem Ende des Kommunismus vorhergesagten Prognosen „eines schnellen Triumphes der Idee des Laizismus und der Säkularisierung“ hätten sich „Gott sei Dank nicht bewahrheitet.“ Es fehle zwar nicht „an Krankheiten und Wunden, doch sie sind nicht dort vorhanden, wo man sie ausgemacht hat.“¹⁰ Seine Sicht

⁹ <http://rebelyga.pl/forum/watekk/39629>

¹⁰ J.Michalik, Raport o stanie wiary w Polsce, a. a. O., S. 7f.

der Dinge dürfte damit zu tun haben, dass für ihn als Erzbischof von Przemyśl im östlichen Polen die Einflüsse säkularer Lebensformen noch nicht so spürbar sind.

Anders verhält es sich in den Großstädten. So spricht etwa der Warschauer Metropolit, Kardinal Kazimierz Nycz, von einer „schleichenden Laisierung“, die im sozialen Umfeld eine „galoppierende Form“ angenommen habe. Als erster und bislang einziger Bischof sieht er im katholischen Polen geradezu ein Missionsland: „In Polen haben wir uns leider zu spät bewusst gemacht, dass wir eine missionarische Kirche sein müssen, weil neben uns Menschen leben, die aus unterschiedlichen Gründen Christus nicht kennen, die Kirche nicht kennen oder nur von außen wahrnehmen – sie gehen somit nicht zur Kirche, sie brauchen Missionare.“¹¹ Und zum letztjährigen Advent schrieb er in einem Brief an seinen Diözesanklerus: „Der Prozess eines Exodus aus der Kirche vollzieht sich im ganzen Land, insbesondere in den Großstädten. Es scheint, dass wir zu lange bei der Vorstellung geblieben sind, dass das Haus der Kirche 95% der Polen umfasst. Daher versuchen wir, so weit wie möglich, alle mit unterschiedslosen pastoralen Programmen zu erreichen. Dagegen bedarf ein bedeutender Teil unserer Gesellschaft einer ersten Evangelisierung.“¹² Doch dazu sei der Klerus nicht ausreichend vorbereitet.

Soll dieses Defizit behoben werden, dann darf es Polens Kirche nicht dabei belassen, sich so gut es geht gegen säkulare Tendenzen abzuschirmen, die Reihen geschlossen zu halten und ihren wirklichen wie vermeintlichen Feinden den Kampf anzusagen. Um jene zu erreichen, die – aus welchen Gründen auch immer – in Distanz zur Kirche leben, braucht es Menschen, die auf sie zugehen, die hören, was diese zu sagen haben, die ihre Argumente ernst nehmen und die auf dieser Basis fähig sind, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, selbst mit Nichtglaubenden. Eben über diese Fähigkeit verfügt der ehemalige Chefredakteur des „Tygodnik Powszechny“. Adam Boniecki hat stets in seinen Artikeln und Fernsehbeiträgen eine vermittelnde Position zwischen *sacrum* und *profanum* eingenommen und war damit auch für Menschen außerhalb der Kirche ein begehrter Dialogpartner. Dass ausgerechnet er, der wie kaum ein anderer eine offene Kirche verkörpert, um diese Wirksamkeit gebracht wurde, ist für die Zukunft der „polnischen“ Kirche alles andere als ein Hoffnungszeichen.

¹¹ Interview mit Erzbischof Kazimierz Nycz, Misjonarz w metropolii, Tygodnik Powszechny vom .2. Juli 2009
¹² Adam Boniecki, 2012: między sacrum a profanum, Tygodnik Powszechny vom 1. Januar 2012, S. 2

Michael Wiersing Sudau

Die Ballade von den Haiducken oder Der letzte Monat im Herbst

Vom Leben und Überleben des nationalen Filmstudios in Moldova, einer ehemaligen sowjetischen Republik, im Südosten Europas.

Chişinău – Victor Andon sitzt an seinem Schreibtisch im Büro von Moldova-Film und sieht sich im Fernsehen einen Spielfilm an. Der fast 80jährige hat dies des Öfteren in seinem Leben getan, denn mehr als 50 Jahre seines Leben hat er bereits dem Kino gewidmet.

Die Anfänge der Kinematografie in Moldova reichen bis in die 1930er Jahre zurück, als von Kiev, Odessa und Bukarest aus erste Filme über das Land entstanden. Doch erst 1952 wurde die Entscheidung getroffen, in der Hauptstadt Chişinău der damaligen sozialistischen Sowjetrepublik Moldawien ein Studio unter dem Namen „Moldova-Film“ für die Produktion von Dokumentarfilmen und ab 1957 auch für Spielfilme einzurichten. Der erste große Film, mit dem sich das neue Filmstudio auf dem sowjetischen Kinomarkt lancierte, die „Ballade von den Haiducken“ (1958), begeistert tatsächlich noch heute durch seine spektakuläre Kameraführung. Während in den Anfangsjahren sowohl der technische Stab, wie auch die Schauspieler zum großen Teil aus Rußland stammten, änderte sich dieses Bild bald, als Mitte der 1960er Jahre die erste ‚nationale‘ Generation von moldauer Regisseuren, Kameramännern, Darstellern und anderen Filmspezialisten von ihrer Ausbildung in Moskau zurückkehrte.

Andon gehörte zu dieser Gruppe. Nach der Ausbildung als Bibliothekar war er in den 1950er Jahren zunächst jahrelang Direktor verschiedener Chişinăuer Kinos, Filmverleiher, Gründer und Chefredakteur einer Filmzeitschrift gewesen und begann im Alter von 30 Jahren das Studium der Filmgeschichte am renomierten Allrussischen Kinoinstitut WGIK in Moskau, welches er 1964 abschloss.

Es bricht das goldene Zeitalter der Filmproduktion bei Moldova-Film an: Bis Anfang der 1990er Jahre entstehen annähernd 120 Spielfilme, etwa 25 Kurzfilme, 80 Zeichentrickfilme sowie mehr als 600 Dokumentarfilme. Das Studio wird neben den Filmstudios in Rußland, der Ukraine und Georgien zu einer der bedeutenderen Produktionsstätten für Kinofilme in der UdSSR, dessen Werke überall in der Sowjetunion gezeigt werden. Einige der Filme – die außerhalb der Sowjetunion und Europa auch zur kommerziellen Verbreitung nach Südamerika und sogar nach Afrika kommen – inspirieren mehr als 100 Rezensenten; sieben Filme werden unionsweit von mehr als 20 Millionen Zuschauern im ersten Jahr nach ihrer Premiere gesehen.

Für ihre Werke lassen die moldauer Jungfilmer nicht selten Hunderte von Komparsen in aufwendigen Massenszenen vom Hubschrauber aus filmen, wird in Dekorationen und Kostümen geschwelgt, aus dem Vollen geschöpft. Das Tal von Orheiul Vechi mit seinen

Schluchten – bedeutendstes Naturdenkmal im Land und die bekannteste Sehenswürdigkeit Moldovas – wird zum Mekka der Filmemacher, wo die Regisseure ideale Bedingungen für ihre Geschichten von Strauchdieben, Revolutionären und dem Zweiten Weltkrieg finden. Neben historischen Filmen wartet das Studio gleichzeitig mit zeitgenössischen Komödien, Literaturverfilmungen, der Behandlung sozialer Probleme, sowjetischen Heldenepen, Krimis und Liebesfilmen auf. Moldauer Schauspieler fühlen sich schon bald auf dem Filmplateau ebenso wie im Theater zu Hause. Bis heute sind ehemalige Sowjetbürger und Schauspieler wie Grigore Grigoriu, Mihai Volontir und Svetlana Toma sowie der Komponist Eugen Doga ein Begriff, Persönlichkeiten, die auch im sozialistischen Ausland arbeiteten, deren künstlerisches Schaffen über Jahrzehnte jedoch eng mit Moldova-Film verbunden blieb.

Andon, der seit 1968 als Filmredakteur bei Moldova-Film beschäftigt ist, schreibt über die Jahre auch Drehbücher für Spiel- und Dokumentarfilme. Er ist auf Du und Du mit der Branche, zum Beispiel mit Emil Loteanu. Der bekannteste moldauer Filmregisseur dreht die Mehrzahl seiner Filme bei Moldova-Film und ist in den 1990er Jahren Vorsitzender des moldauer Kinoverbandes. Loteanu geht soweit, dass er für seinen Spielfilm über den Spanischen Bürgerkrieg („Dieser Moment“, 1968) die iberische Halbinsel in Moldova und die sowjetischen Nachbarrepubliken nachempfinden lässt, um sie mit spanischen Exilanten zu bevölkern, die von der Sowjetunion nach 1936 aufgenommen worden waren. Anfang der 1980er Jahre werden Loteanu und seine Mitarbeiter zum Filmfestival nach Cannes eingeladen und zählen international zu den herausragenden Persönlichkeiten des sowjetischen Kinos.

Das künstlerische Schaffen der Filmregisseure von Moldova-Film bis zum Ende der Sowjetzeit spiegelt zeithistorisch betrachtet die sozialen Entwicklungen, politischen Zwänge und künstlerischen Chancen in der gesamten damaligen UdSSR wider. Dazu gehören das Verbot bestimmter Filme und der Tätigkeit bestimmter Regisseure sowie die Vermittlung von Propaganda durch das Medium Spielfilm. Spezifisch für den moldauer Film sind andererseits alle Produktionen, die die Besonderheiten der moldauer Geschichte angehen. Moldova – wo überwiegend Rumänisch gesprochen wird – war seit 1812 Teil des russischen Imperiums, ab 1918 jedoch bereits über zwanzig Jahre Teil Rumäniens, als es 1940 genauso wie das Baltikum durch die Sowjetunion annektiert wurde und seine gemischt rumänisch-slawische Identität vergessen gemacht werden sollte. Zahlreiche Spielfilme hatten darauf aufbauend zu Zeiten der UdSSR zur Aufgabe, besonders stark den slawischen Anteil an der moldauer Identität zu betonen, die sowjetische Vorgehensweise 1940 pseudowissenschaftlich zu untermauern und dankbar anzuerkennen. Aus heutiger Perspektive ist dies eines der mit Abstand interessantesten Kapitel bei der Beschäftigung mit dem moldauer Filmerbe.

Andon, der selbst Rumänisch als Muttersprache spricht, aus einem rumänischsprachigen Dorf in Transnistrien stammt und dessen Vater insgesamt 17 Jahre unter den Kommunisten in sibirischen Konzentrationslagern festgehalten wurde, arbeitete auch bei solchen Propagandafilmen mit. Als Vertreter der panrumänischen Kultur mag es

zunächst erstaunen, dass von Seiten der moldauer Filmemacher in den besagten Filmen die Darstellung der Rumänen in der Vorkriegszeit als brutales, ungebildetes Volk nicht wenigstens abgeschwächt wurde. Die Erklärung dafür allein den Anweisungen der Sowjets zuzuschreiben, wäre allerdings falsch: Die Moldauer, die die Russen im 19. Jahrhundert russifizierten und die die Rumänen ab 1918 rumänisieren wollten, haben mit beiden Völkern neben sicherlich guten auch profund schlechte Erfahrungen gemacht. Zu welchem Grad sowjetische Propagandafilme aus der ehemals moldawischen Sowjetrepublik Propaganda waren, ist da eher eine Frage an die Historiker. Gleichzeitig ist die Art und Weise der schrittweisen Öffnung gegenüber der eigenen, über Jahrzehnte zwangsweise verschwiegenen nationalen Vergangenheit – nämlich des rumänischen Anteils an der moldauer Identität – ab Mitte der 1980er Jahre in den Spielfilmen von Moldova-Film ein Thema, das man nur vor dem nationalen Hintergrund des Landes verstehen kann.

Victor Andon verlässt Anfang der 1980er Jahre das Filmstudio und arbeitet von 1981 bis 1992 als Filmhistoriker im Rahmen der moldauer Akademie der Wissenschaften. Er wird zum Zeugen des ab 1988 einsetzenden nationalen moldauer Wiedererwachens. Als Nachfolgestaat der Sowjetrepublik Moldawien besitzt das unabhängige Moldova nach Ende der Sowjetunion ein nationales Filmerbe, das für ein Volk von lediglich drei Millionen Einwohnern ungewöhnlich reich ist. Welches Land mit einer so geringen Bevölkerungszahl kann schon auf allein zehn Dutzend Spielfilme verweisen? Im internationalen Vergleich nimmt Moldova 1991 mit einem eigenen Filmstudio und einer bedeutenden Zahl von speziell für die Filmproduktion ausgebildeten Fachleuten dann auf einmal eine Sonderposition unter den kleineren Staaten Europas ein, aber nicht für sehr lange: Der komplette wirtschaftliche Zusammenbruch ab Mitte der 1990er Jahre führte dazu, dass Moldova schnell zum ärmsten Land des Kontinents wird, ein Zustand, der laut der offiziellen Angaben europäischer Institutionen bis heute unverändert andauert. Die Abwanderung Hunderttausender von Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben bewirkt, dass ebenso viele qualifizierte Filmemacher das Land verlassen, unter ihnen auch solche, die ein Jahrzehnt später für einen Boom des rumänischen Kinos mit verantwortlich zeichnen. So stammte beispielsweise der Kameramann des mit der goldenen Palme 2007 in Cannes prämierten Filmes „4 Monate, 3 Wochen und 2 Tage“ aus Moldova.

Mit dem wirtschaftlichen Niedergang des Landes ist auch die Filmproduktion in den Studios von Moldova-Film innerhalb kürzester Zeit praktisch zum Erliegen gekommen. Es stand mit einem Mal einfach kein Geld mehr zu Verfügung. Tatsächlich sind in den letzten 22 Jahren nur noch sehr wenige Filme produziert worden, drei Spielfilme und eine Handvoll von Kurzfilmen, Zeichentrickfilme gar nicht mehr. Zu Sowjetzeiten hätte man die gesamte Produktion aus den etwas mehr als zwei Jahrzehnten – den 1990er Jahren bis heute – in weniger als 12 Monaten bewältigt. Doch anstatt die immerhin vorhandenen räumlichen und teils technischen Kapazitäten zu nutzen und notfalls durch niedrige Studiomieten wenigstens wieder in Konkurrenz treten zu können, stehen die Produktionshallen oft wochen- und monatelang völlig leer. Die Auftraggeber von

Filmproduktionen – die es in Moldova für den Bereich von Videoclips, Werbung, und Dokumentarfilmen auch gegenwärtig durchaus gibt – gehen lieber zu den wenigen neuen, verhältnismäßig sehr kleinen Produktionsfirmen, die wissen, was in der Branche aktuell passiert.

Von den einst 700 Mitarbeitern des Studios werden inzwischen nur noch rund 70 beschäftigt, ganze Produktionszweige wurden aufgelöst, womit die technische Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte bisher nicht aufgeholt werden konnte. Wie überall in der ehemaligen Sowjetunion, wo sich seit den 1990er Jahren Casinos in Nationaltheatern und Computerhändler in staatlichen Museen eingenistet haben, ist auch Moldova-Film gezwungen, große Teile seiner Büros an branchenfremde Firmen zu vermieten. Die Generation der in den letzten 20 Jahren aufgewachsenen Moldauer ignoriert das imposante filmische Erbe ihres Landes inzwischen fast völlig, während die Generation der Filmschaffenden, die zu den Glanzzeiten des Studios zwischen Ende der 1950er und bis Ende der 1980er Jahre aktiv war, zunehmend verschwindet. Filmkopien werden unter mangelhaften Bedingungen gelagert, und ein Teil der Materialien, die in Verbindung mit den Filmen entstanden sind, geht verlorden, darunter Synchronisationen in andere Sprachen, Originalfotos, Artikel, die seinerzeit in den Printmedien erschienen, Aufnahmen von der Filmproduktion.

Exemplarisch für viele ähnliche Fälle in der ehemaligen UdSSR liegt auch bei Moldova-Film die Macht über eine kulturelle Institution in den Händen von Menschen, die weder ausreichende Sachkompetenz haben, noch an einer Entwicklung wirklich interessiert sind und vor denen diese Einrichtungen im Grunde geschützt werden müssten. Zu Sowjetzeiten undenkbar. Die in den letzten Jahren wiederholt wechselnden Direktoren des moldauer Filmstudios teilen ihre Arbeitszeit danach ein, ob sie gerade einmal nicht mit anderweitigen privaten Geschäftsvorhaben beschäftigt sind. Obwohl sie auf dem Weg zu ihrem Büro immer wieder mal an großformatigen Schwarzweißfotos aus berühmten Filmen des Studios vorbeikommen, haben sie in den seltensten Fällen auch nur eine größere Auswahl davon gesehen und unterscheiden sich dabei nicht von dem moldauer Minister für Kultur und Tourismus, der kürzlich, in einem Fernsehinterview befragt, nicht einen einzigen Film aus der Produktionsgeschichte des Studios beim Namen nennen konnte. Filmhistoriker Andon sieht sich in seinem Büro umgeben von Leuten, die zwar für das Studio arbeiten, aber zum großen Teil praktisch kaum mehr etwas vom Film verstehen, sich für ihren eigenen Arbeitsplatz nicht interessieren und bei denen das Medium Film als Kunst keinen Enthusiasmus mehr auslöst.

Die heute Verantwortlichen für das Filmstudios glauben, als staatliches Unternehmen nach wie vor das Monopol für die Filmproduktion inne zu haben und begegnen neuen Ideen in der Regel mit Skepsis oder gar mit Arroganz; man hat ja seine eigenen Fachleute. Das Konzept, Filmemacher und Filmproduktion weiterhin unter einem Dach zu beherbergen, anstatt das Studio in erster Linie als Dienstleister für kommerzielle Aufträge anzubieten, mag dabei zwar der Tradition der ehemaligen sozialistischen Filmproduktion entsprechen, das Studio selbst verliert dadurch aber nur noch mehr an

Bedeutung, weil Produkte entstehen, die aus undurchsichtigen Gründen in Auftrag gegeben wurden, die aber niemand braucht, erst recht nicht das Publikum.

Die eigenen Spezialisten werden letztlich ohnehin nicht beachtet, wie der Fall der jüngsten Spielfilmproduktion zeigt, ein Debütfilm über das Leben der Geto-Daker, der Ur-Moldauer vor 2000 Jahren, gedreht in einer Kunstsprache aus Latein, Rumänisch und Altslawisch. Das Ergebnis war so dürftig, dass sogar das Kulturministerium den Film zunächst nicht herausbringen wollte; der künstlerische Beirat des Studios war bereits bei der Entscheidung darüber, ob der Film überhaupt gedreht werden soll, ausgeschaltet worden.

Selbst die Existenzgarantie des Studios wird in Zweifel gezogen. Da die Modernisierung des Studios nur sehr langsam verläuft, besteht immer die Gefahr, dass die Staatsregierung „Moldova-Film“, wie in anderen Fällen kulturellen Staatsbesitzes, an private Investoren veräußert, die schon lange auf dem Firmenareal Apartmentblocks errichten möchten, aber mit dem Thema Kino erst recht nichts anfangen können; betont kulturelles Engagement will sich unter den stark wettbewerbsorientierten Bedingungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bis heute kaum ein Geschäftsmann nachsagen lassen.

Keine Hoffnungszeichen also? Aufgrund der Initiative eines – wohlgerneht – ausländischen Filmliebhabers wird jetzt erstmals bei Moldova-Film der Versuch unternommen, die 40 besten Produktionen aus der Geschichte des Studios zu restaurieren und neu herauszubringen. Keine leichte Aufgabe, denn alle Filme müssen komplett neu gesichtet und bewertet werden. Da die Originalnegative aller zu Sowjetzeiten in der UdSSR gedrehten Filme in Russland aufbewahrt und voraussichtlich nicht zurückgegeben werden, ist das Restaurationsergebnis erst Wochen später überprüfbar.

Für das Pilotprojekt hat man auf eine Filmkomödie aus dem Jahre 1967 zurückgegriffen und ist aktuell dabei, einen Dokumentarfilm mit Interviews mit den an diesem Spielfilm ehemals Beteiligten zu drehen. In der denkbar besten technischen Qualität sollen später die Filme dann auf DVD mit Untertiteln auf Englisch und Russisch oder Rumänisch erscheinen und von einer ausführlich aufgearbeiteten Begleitbroschüre ergänzt werden. Doch ob das von einer europäischen Institution gewährte Darlehen von 10.000 Euro für alle Arbeiten ausreicht, steht offen. Das Gesamtprojekt wäre die einzige Möglichkeit, das visuelle künstlerische Erbe des Landes zu retten, eine Finanzierung durch ausländische Geldgeber ist bisher aber ungewiss.

Victor Andon hofft jedoch und arbeitet schon seit Monaten an der Broschüre und dem Dokumentarfilm zu der ausgewählten Komödie. Trotz des Leids, das seine Familie durch die Kommunisten erfahren hat, ist er verständlicherweise auf die künstlerischen Leistung, die zu Zeiten der Kommunisten in Moldova erbracht wurde – und vielleicht nur aufgrund des sozialistischen Systems auf diese Weise dort entstehen konnte – stolz.

Natürlich war auch er damals Mitglied der Kommunistischen Partei. Seit den 1990er Jahren unterrichtet er Filmgeschichte an der moldauer Kulturakademie und hätte damit seine Studioaktivitäten beenden können. Er müsste heute nicht mehr zwingend aktiv sein, hat sich aber noch einmal selbst beim Filmstudio beworben, im Alter von 77 Jahren, ein Vierteljahrhundert nachdem er es verlassen hatte. Seit Februar 2007 arbeitet er wieder bei Moldova-Film und erhält nun ein läppisches Gehalt von knapp 100 Dollar monatlich. Ungeachtet dessen ist er unverzichtbar für das Studio geworden, besonders in einer Zeit, in der der Mythos „Moldova-Film“ zwar regelmäßig im moldauer Kulturleben erwähnt wird, aber immer weniger Leute wissen, was damit einmal gemeint war. Außer ihm gibt es fast niemanden mehr im Studio, der kompetent die regelmäßigen Anfragen zur nationalen Filmgeschichte beantworten könnte.

Andons selbstaufgelegte Mission erinnert somit ein wenig an die Motive des Großvaters aus „Der letzte Monat im Herbst“ (1965), einem der meist gefeierten Klassiker aus der Produktion von Moldova-Film. Darin bricht das Familienoberhaupt aus dem Dorf auf, um vor dem eigenen Tod noch einmal seine vier an verschiedenen Orten in Moldova lebenden erwachsenen Kinder zu besuchen. Er kehrt mit der Einsicht zurück, dass er sich um sie keine Sorgen zu machen braucht und mit dem Gefühl gehen darf, dass das, was er erarbeitet und ihnen vermacht hat, in gute Hände weitergegeben wurde. Vielleicht kommt es nicht von ungefähr, dass der moldauer Filmhistoriker Victor Andon ausgerechnet diesen Film aus 60 Jahren moldauer Kinogeschichte als seinen Lieblingsfilm bezeichnet.

Berichte

Joachim Burek

Feuer für Europa wecken

Kreis Herford lädt 32 Jugendliche aus den Partnerregionen zur Begegnungswoche nach Vlotho ein

Vlotho/Kreis Herford (WB). Die Szene hat Symbolcharakter: Tomasz Zajac aus Polen, Alexandra Schneider aus Voiron in Frankreich, Mario Dominik Burić aus Kroatien, Michael Morasch aus Bünde und Dorina Panteqi aus Italien halten gemeinsam mit Landrat Christian Manz die Europa-Flagge hoch. Anlass war gestern die Eröffnung der Europäischen Jugendwoche des Kreises Herford in Vlotho.

»Extremistische Herausforderung für ein demokratisches Europa« lautet der Arbeitstitel, mit dem die 23. Begegnungswoche überschrieben ist. Eingeladen hat der Kreis Herford dazu 32 Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren und ihre begleitenden Lehrer aus Gorzów in Polen, Voiron in Frankreich, Šibenik in Kroatien, Bassano del Grappa in Italien und Schüler des Gymnasiums am Markt in Bünde.



Eröffnung der Europäischen Jugendwoche, von links: Tomasz Zajac, Landrat Christian Manz, Anna Lapińska, Alexandra Schneider, Pierre Micol, Mario Dominik Burić, Sara Bujas, Michael Morasch, Ivana Zaramella und Dorina Panteqi halten die Europafahne. Foto: J. Burek

Bis zum 18. März werden bei Workshops und Vorträgen in den Räumen des Gesamteuropäischen Studienwerks (GESW) in Vlotho sowie bei verschiedenen Exkursionen Themen wie Menschenrechte, Toleranz, Gleichberechtigung der Geschlechter und der Respekt vor anderen Kulturen diskutiert. Am Ende des zu mehr als 50 Prozent von der EU finanzierten Projekts erhalten alle Teilnehmer das EU-Zertifikat »Youth-Pass«. »Angesichts der aktuellen Krise, in der sich Europa befindet, ist es neben der inhaltlichen Arbeit unser vorrangiges Ziel, bei den Jugendlichen durch die Begegnung hier wieder das Feuer für Europa zu entfachen«, sagte Wolfgang Kuhlmann, zuständig beim Kreis für den Austausch mit den Partnerregionen. »Die Jugendlichen sollen sich in dieser Woche in Vlotho gegenseitig kennenlernen und zu einer europäischen Gruppe zusammenwachsen.«

In diesem Sinne hatte auch Landrat Christian Manz die Delegationen aus den Partnerregionen am Montagvormittag im GESW begrüßt. »Mit dem Programm dieser Woche soll angesichts extremistischer Tendenzen in Europa ein Weg der Mitte und der Mäßigung gefunden werden. Die Jugendlichen sollen lernen, die Gefahren zu erkennen und diese Erkenntnisse auch zu Hause bei ihren Freunden weitergeben. Ziel ist

schließlich, in Europa in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben«, sagte der Landrat.

Im Anschluss stellte er den Jugendlichen in einem Kurzreferat den Kreis Herford und dessen Aufgabenbereiche vor. Das Grußwort sowie der Vortrag des Landrates wurden von Eva Kuhlmann, die als Honorarkraft die Jugendwoche für den Kreis begleitet, ins Englische übersetzt.

Hintergrund für die Themenauswahl der Begegnungswoche ist die derzeitige Situation der EU, die sich in einer wirtschaftlich schwierigen Lage befindet. Folge sind starke Renationalisierungstendenzen in vielen Mitgliedstaaten, radikale Töne, rechtsextreme und antisemitische Aktionen sind an der Tagesordnung. In dem Projekt sollen durch gemeinsames Arbeiten in den Workshops Vorurteile abgebaut und soziale Kompetenzen gestärkt werden.

Nachdruck aus: Vlothoer Tageblatt, 13.03.2012

Bodo Kohlmeyer

Tagung der Deutschen Polizeigewerkschaft

Die Seminare der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) verbinden gesellschaftspolitische Bildungsarbeit mit Fortbildung. Deshalb sind die Tagungen im Gesamteuropäischen Studienwerk (GESW) bei den organisierten Polizistinnen und Polizisten aus Norddeutschland sehr beliebt. „Wir kommen seit 31 Jahren zu ein bis zwei Seminaren im Jahr nach Vlotho. Nach der Veröffentlichung sind die Tagungen in maximal vier Tagen ausgebucht“, erzählte Polizeihauptkommissar Jörg Lauenroth, der die Treffen organisiert und zusammen mit dem GESW-Chef Zbigniew Wilkiewicz leitet. Lauenroth arbeitet inzwischen in Baden-Württemberg und hat deshalb auch

erstmalig Seminarteilnehmer aus Süddeutschland gewinnen können. Seine Dienststelle ist beim Polizeipräsidenten in Stuttgart angesiedelt und befasst sich mit der immer stärker werdenden Kriminalität im Bereich der Arzneimittelfälschung. Da davon viele Menschen in der Europäischen Union (EU)

betroffen und von kaum wieder gut zu machenden Schäden bedroht sind, arbeiten Lauenroth und seine Kollegen mit dem Bundeskriminalamt (BKA) und Europol zusammen. Europol ist seit 1999 die Strafverfolgungsbehörde der EU, die den Austausch und die Analyse kriminalpolizeilicher Erkenntnisse abwickelt. Wie polizeiliche Kooperation ohne Grenzen aussehen kann, erläuterte Sabine Manke, die von 1982 an beim BKA war und seit 2006 bei Europol tätig ist. Sie arbeitet in der zentralen Eingangsstelle und beschäftigt sich mit Grundsatzfragen, Kooperation und Koordination. Es könne gut sein, dass dienstliche Anfragen seitens der Seminarteilnehmer auf ihrem Bildschirm landeten, betonte Sabine Manke. „Für uns schrumpft Europa, Europol hilft Hindernisse aus dem Weg zu räumen, deshalb bin ich froh, hier so viele Beamte aus verschiedenen Bundesländern zu treffen“, erklärte Manke. Europol unterstütze die Polizeien der EU-Staaten bei der Bekämpfung von illegalem Drogenhandel, Terrorismus, Schleuserkriminalität, Menschenhandel, sexueller Ausbeutung von Kindern, Produktpiraterie, Geldwäsche und Fälschung von Geld und anderen Zahlungsmitteln. Vor allem erleichtere diese Behörde den Austausch von Informationen und kriminalpolizeilichen Erkenntnissen, machte Sabine Manke deutlich. Besonders erfreut waren die Tagungsleiter Zbigniew Wilkiewicz und Jörg Lauenroth über den Gast, der ursprünglich aus Bünde stammt, Vlotho kennt, Verwandte hier hat und mittels seiner dienstlichen Möglichkeiten die Bekämpfung rechtsradikaler Aktivitäten betreibt und das auch schon zu Zeiten des Kampfes gegen das Collegium Humanum getan hat, den 56 Jahre alten Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann. Seine Darstellung der polizeilichen Arbeit zur Früherkennung und Verfolgung



Polizeibeamte aus mehreren Bundesländern kommen seit 31 Jahren zu den Seminaren der Deutschen Polizeigewerkschaft. Mit Landeskriminaldirektor Dieter Schürmann (Mitte) hatten sie einen Gesprächspartner, der ihre Arbeit aus eigener Erfahrung kennt. Foto: Kohlmeyer

internationaler Organisierter Kriminalität ergänzte den Vortrag von Sabine Manke. Dieter Schürmann betonte, dass entgegen einem allgemeinen Vorurteil 35,3 Prozent der Organisierten Kriminalität deutschen Kriminellen zugeordnet werden kann. Mit einem Anteil von 21,2 Prozent folgen Türken, dann Italiener (5,7 Prozent), Libanesen (4,2 Prozent) und Rumänen (4,1 Prozent), berichtete der Landeskriminaldirektor. Mit Hinweis auf die Diskussion über den Zugriff auf Daten der Telekommunikation im Zuge der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität machte Schürmann aber deutlich, dass die größte legale Vorratsdatenspeicherung überhaupt bei den Banken liege. „Unsere Bankauszüge und Kontodaten sagen viel mehr über jeden von uns als Handy- oder Computerspeicher“, erklärte Schürmann.

Buchreport

Ingo Eser

„Volk, Staat, Gott“. Die deutsche Minderheit in Polen und ihr Schulwesen

Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2010, 771 S.

Diese voluminöse erweiterte Fassung der 2006 entstandenen Dissertation von Ingo Eser behandelt am Beispiel des deutschen Schulwesens in der 2. Republik Polen die Lage und Rolle der deutschen Minderheit und damit auch die heute noch in der polnischen und deutschen Historiographie strittige Frage, ob sich die deutsche Minderheit im nach dem Ersten Weltkrieg wieder erstandenen polnischen Staatswesen loyal verhielt oder eine irredentistische „Fünfte Kolonne“ darstellte.

Mit Recht problematisiert der Autor in seiner ausführlichen Einführung den schillernden und quasi objektiven Begriff der Loyalität, bei dem es sich um eine freiwillige kognitive und emotionale Haltung eines Individuums handele, die sich jeglicher Kontrolle entziehe. (S. 16)

Insofern sei im Rahmen zeitgenössischer Forschungsansätze eher nach den „Chancen für das Zusammenleben“ zwischen Bevölkerungsmehrheit und -minderheit zu fragen als nach Loyalität. So betrachtet sei auch der auf Wechselseitigkeit zwischen Mehrheit und Minderheit basierende Begriff der Integration, der nicht zwingend zur Assimilation führen müsse, als Forschungsinstrument besser geeignet. Entscheidend sei ferner, dass Mehrheit und Minderheit in der Lage sind, miteinander auszukommen und Konflikte gewaltlos auszutragen.

Für die Wahl der Schule als Forschungsgegenstand spreche neben praktischen Erwägungen (umfangreiche staatliche Dokumentationen und hervorragende Quellenbasis) auch die Tatsache, dass jedes schulische Bildungssystem in staatlicher, kirchlicher und privater Trägerschaft neben intellektuellen Fähigkeiten auch moralische Vorstellungen und Wertesysteme vermittele. Für die (polnischen) Behörden der Zwischenkriegszeit war Schule schon alleine aufgrund der Erfahrungen mit der preußischen Polenpolitik ein geeignetes Mittel zur Assimilierung, für die (deutsche) Minderheit sollte sie hingegen die Bewahrung ethnisch-kultureller Identität garantieren. Somit waren von Beginn an Interessenkonflikte vorprogrammiert, und das Bildungssystem wurde zum bevorzugten Gegenstand von Protesten und Eingaben an den Völkerbund (Wahrung der Muttersprache und der nationalen Kultur!). In diesem Kontext wird auch der Begriff der „kollektiven Identität“ problematisiert und das nach außen homogen wirkende Erscheinungsbild der deutsche Minderheit in Frage gestellt,



indem Eser fünf grundlegende Interessengruppen untergliedert, deren Einflüsse, Aktivitäten und Haltungen durchaus nicht einem einheitlichen Mainstream entsprachen: Deutsches Reich, Minderheitenverbände, Pädagogisches Personal, Eltern und Schülerschaft. Auch werden selbstverständlich der Einfluss und die Aktivitäten der polnischen Behörden und Verbände vorgestellt, deren Bemühen es war, die deutschsprachigen Schulen zu kontrollieren. Wir haben es also mit einer multiplen Interessenlage zu tun, bei der tagtäglich Kompromisse eingegangen werden mussten.

Was die Art der sog. „deutschen Schulen“ anging, so handelte es sich dabei eigentlich um „Schulen mit deutscher Unterrichtssprache“ oder „Schulen für die deutsche Sprachenminderheit“, die keinen Sonderstatus hatten, vom Deutschen Reich aber finanziell unterstützt wurden. Der Begriff der deutschen „Minderheit“ blieb im deutschen Schrifttum der 1920er und 1930er Jahre umstritten, und es bürgerte sich der Begriff der „deutschen Volksgruppe“ ein. Allerdings – so Eser – suggeriert der Begriff der „Volksgruppe“ eine Homogenität, die es realiter so nicht gab. Der Begriff „Minderheit“ scheint dem Autor adäquater zu sein und findet in seiner Darstellung deshalb durchgängig Verwendung. Problematisiert wird ebenfalls die „Subjektivität“ und „Objektivität“ ethnisch-nationaler Zuordnung („Rasse“, Kultur und Geschichte, Konfession, Sprache), wobei letztlich nur Sprache sich als verifizierbar erweise und als ureigenster Ausdruck ethnisch-nationaler Zugehörigkeit angesehen werden könne. Für die Entscheidung deutscher Eltern in Polen, ob ihr Kind die deutsche oder polnische Schule besuchen sollte, war indessen die Abwägung entscheidend, ob der Muttersprache (Deutsch) oder der „Vatersprache“ (Polnisch als Verkehrssprache der Mehrheitsgesellschaft) ein größeres Gewicht zukommen sollte. (S.33)

Eser gibt auch zu bedenken, dass Minderheiten – ähnlich wie Nationen – „vorgestellte Gemeinschaften“ sind, zumal sich Nationen nach recht unterschiedlichen Kriterien (etwa *ius soli* in Frankreich oder *ius sanguinis* in Deutschland) definieren können. Minderheiten treten letztlich nur dann in Erscheinung, wenn sie ein entsprechend starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit besitzen und es manifestieren. Insofern lassen sich Vorstellungen von einem nation building durchaus auch auf Minderheiten (minority building) übertragen.

Der Autor diskutiert in seiner Einleitung ferner die Begriffe „nationalistisch“, „völkisch“ und „volksnational“ („volksdeutsch“) und grenzt die Begriffe der territorialen, kulturellen und funktionalen Autonomie voneinander ab.

Zum inzwischen sehr umfangreichen polnischen und deutschen Schrifttum wird hervorgehoben, dass nach dem Ersten Weltkrieg die Minderheitenpolitik sowohl in Deutschland als auch in Polen durchgängig auf der Agenda von Politik und Publizistik stand. In den 1920er und 1930er Jahren hatten die meisten deutschen und polnischen Publikationen dabei einen ausgesprochenen Streitcharakter. Trotzdem – so Eser – haben diese polemischen Veröffentlichungen durchaus ihren historischen und erkenntnisfördernden Wert, denn sie spiegeln das politisch-nationale Denken auf beiden

Seiten eindrucksvoll wider. Der Autor erwähnt auch die Verstrickung deutscher Historiker in den Nationalsozialismus (Kuhn, Karasek, Lück), die ihr Fachwissen während der nationalsozialistischen Besetzung Polens bei der Umsiedlung von Volksdeutschen dem Regime bereitwillig zur Verfügung stellten. Besonders kontrovers diskutiert wurde in deutscher und polnischer Wissenschaft und Publizistik die Situation in Ostoberschlesien (Autonomiestatus!), ebenso wie die Bewertung der Minderheitenpolitik des polnischen Staates insgesamt. Auf polnischer Seite betonte man die Liberalität dieser Politik, deutsche Autoren hoben hingegen hervor, dass es Ziel der polnischen Behörden gewesen sei, die polnischen Gebiete „vollständig zu entdeutschen“. (S.43) Auch nach 1945 dauerten die überkommenen Geschichtsbilder fort, was nicht zuletzt auf die personelle Kontinuität der deutschen „Ostforschung“ und der polnischen „Westforschung“ zurückzuführen war. Die polnische Forschung folgte dabei keinen marxistischen, sondern nationaldemokratischen Mustern und kam zum Ergebnis, dass die deutsche Minderheit in Polen überwiegend die Rolle der „Fünften Kolonne“ innehatte. Die heutige Forschungslandschaft sei erheblich differenzierter, allerdings habe man sich in den letzten Jahren explizit nur wenig mit dem deutschen Schulwesen in Polen auseinandergesetzt.

Die Untersuchung Eser basiert auf einer breiten Quellenbasis. Neben der einschlägigen deutschen und polnischen Sekundärliteratur, hat der Autor zahlreiche Primärquellen ausgewertet („Deutsche Schulzeitung“, „Jahrbuch deutscher Lehrer“, Gesetzes- und Amtsblätter); fündig wurde Eser in den Staatsarchiven Bydgoszcz und Katowice sowie im Bundesarchiv Koblenz, im Bundesarchiv Berlin (Bestand der „Deutschen Stiftung“) sowie im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes.

Das Buch besteht neben der instruktiven Einleitung aus weiteren zehn, zum Teil sehr umfangreichen Kapiteln. Im zweiten Kapitel geht Eser auf die Wurzeln der Minderheitenproblematik ein, zeigt die vielfältigen Ursprünge und die territoriale Verteilung des „Deutschtums“ in Polen auf und unternimmt dann den Versuch einer Kategorisierung: Dabei unterscheidet er Deutsche staatsnationaler Prägung (deutschsprachig und evangelisch), die in Posen, Westpreußen und Oberschlesien anzutreffen waren; ferner national ambivalente Menschen in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches (Oberschlesien, Masuren, Lodz) sowie Deutsche volksdeutscher Orientierung als ehemalige Untertanen übernationaler Gebilde (Russisches Reich, Habsburgermonarchie), die im Teschener Schlesien, in Galizien und im Lodzer Raum anzutreffen waren. Schließlich Personen vornationaler Prägung, die kein ethnisch-national begründetes Zugehörigkeitsgefühl besaßen (Galizien, ländliches Mittelpolen, Cholmer Land, Wolhynien). Eser gibt dabei zu bedenken, dass einzelne Elemente vornationalen Denkens auch noch in der Zeit nach 1918 wirksam waren. Dabei wurden die Konfession sowie der (bilinguale) private und offizielle Sprachgebrauch als Zeichen ethnischer Zugehörigkeit aufgefasst, und es erfolgten entsprechende Zuordnungen.

Im dritten Kapitel liefert der Autor einen differenzierten Überblick über die Beziehungen des Deutschen Reiches zur Republik Polen und über die Lage der

deutschen Minderheit zwischen 1918 und 1939. Hier werden Fragen des Minderheitenschutzes, Konzeptionen polnischer Nationalstaatlichkeit (jagiellonisch, piastisch), die Wurzeln des volksnationalen deutschen Denkens sowie statistische und demographische Entwicklungen und ihre jeweilige Instrumentalisierung erörtert. Weitere Abschnitte sind den deutschen Minderheitenverbänden und Parteien sowie dem konfessionellen Leben der Deutschen in Polen gewidmet. Besonders lesenswert erscheinen mir die abschließenden Abschnitte dieses Kapitels, in denen auf die ökonomische und soziale Situation der an sich ökonomisch und sozial recht gut gestellten deutschen Minderheit (Diskriminierung durch nationalizing, Zerschlagung deutschen Großgrundbesitzes), den Alltag („Volkstumskampf“ und „Parallelgesellschaft“), Eigen- und Fremdbilder unter der sehr unterschiedlichen deutschen „Volksgruppe“ sowie zwischen Deutschen und Polen („deutsche Sprachinseln“, „Abwehrkampf um die Scholle“, „schwebendes Volkstum“) und auf die Diskrepanz zwischen polnisch-nationalstaatlichen und volksdeutschen Vorstellungen eingegangen wird.

In den weiteren Kapiteln steht dann die deutsche Minderheitenschule ganz explizit im Mittelpunkt der Darstellung. Diskutiert werden der rechtliche und organisatorische Status der deutschen Schulbetriebe in der Zweiten Republik Polen, die mit der statistischen Erfassung deutscher oder deutschsprachiger Kinder verbundenen Probleme, die mancherorts schwierige Kooperation mit den polnischen Behörden, aber auch die sehr unterschiedlichen Arbeitsbedingungen deutscher Bildungsanstalten in den Abtretungsgebieten, in Mittelpolen, in Wolhynien oder in Ostoberschlesien, das bekanntlich unter dem Schutz des Genfer Oberschlesien-Abkommens stand.

Differenziert gestaltete sich dabei auch das Verhältnis der polnischen Behörden zu den deutschen Minderheitenschulen in den einzelnen Regionen Polens: Abgelehnt wurde allerdings die von den deutschen Minderheitenverbänden geforderte umfassende, landesweite Schulautonomie, da solche Sonderrechte für die deutsche Minderheit nicht mit den Notwendigkeiten eines „modernen“ Staates in Einklang zu bringen waren. Aufgrund minderheitenpolitischer Erwägungen und der territorial unterschiedlich stark ausgeprägten Befürchtungen vor zu großem deutschen Einfluss wurde seitens der polnischen Behörden auch unterschiedlich mit der Beteiligung der Minderheit an der Schulaufsicht umgegangen: Während sie in Westpolen – also den deutschen Abtretungsgebieten – nicht gewährt wurde, räumte man sie in Galizien bereitwillig ein. (S. 369)

Im 6. Kapitel rekonstruiert der Autor die Zugänge zur Minderheitenschule und arbeitet heraus, wie hart sich der „Volkstumskampf“, auch unter dem Deckmäntelchen angeblicher pädagogischer Belange und des Streits zwischen subjektivem Bekenntnis und objektivierbaren Faktoren der Zugehörigkeit zum Deutschtum oder Polentum („Schachern um Kinderseelen“, Oberschlesischer Schulstreit), gestalten konnten. Er zeigt aber auch auf, wie durch mühsam gefundene Kompromisse mit Hilfe von

Schlichtungskommissionen positive, für beide Seiten akzeptable Lösungen gefunden werden konnten (Paritätische Prüfungskommissionen in Ostoberschlesien).

In weiteren ausführlichen Kapiteln beschäftigt sich Eser mit der Gründung und dem Betrieb deutscher Minderheitenschulen und analysiert eine Fülle von Einzelfragen (u. a. Erteilung von Konzessionen, Unterrichtsniveau, Bedarfsfrage, rechtliche Anforderungen an das Schullokal).

Der Lehrerschaft, dem Unterricht und der Schulaufsicht ist das 8. Kapitel gewidmet, in dem u. a. auf die Schwierigkeiten bei der Rekrutierung geeigneten pädagogischen Personals eingegangen wird. Besonders lesenswert sind m. E. hier die Abschnitte, in denen Eser in sehr abgewogener Weise das Spannungsfeld von staatsbürgerlicher und volksnationaler Erziehung und Haltung erarbeitet, in dem sich sicherlich nicht nur die Schuljugend, sondern auch die gesamte deutsche Minderheit bewegte. In diesem Kontext stellt der Autor auch die sich verändernde Situation in der polnischen Schulpolitik nach dem Staatsstreich Piłsudskis (1926) dar, als man damit begann, an polnischen Schulen die „staatsbürgerliche Erziehung“ einzuführen. Das zuvor propagierte nationaldemokratische Konzept einer „nationalen Assimilierung“ sollte durch das Prinzip „staatliche Integration“ ersetzt werden. Die proklamierte Toleranz gegenüber nationalen Minderheiten – man denke nur an die „Pazifizierungen“ in den ukrainischen Siedlungsgebieten – blieb allerdings allzu oft nur theoretisches Desiderat.

Einen guten Einblick in den Alltag deutscher Schüler/innen in Polen bietet der Abschnitt „Schulvereine und Freizeitgebaren“ (S. 578-591), in dem auf die Kooperation deutscher mit polnischen und jüdischen Schulen eingegangen, aber auch die strenge ethnische Segregation zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen aufgezeigt wird. Dies zeichnet Eser an kleineren und größeren, zuweilen auch gravierenden Konflikten nach, die eine entsprechend fatale Wirkung in der veröffentlichten Meinung Polens und Deutschlands hatten und sich dementsprechend negativ auf das Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten auswirkten. Auch im Hinblick auf die zunehmende „Gleichschaltung“ und Beeinflussung deutscher Schüler/innen und Jugendverbände durch den Nationalsozialismus werden die Konflikte mit einigen deutschen Schulleitungen und den polnischen Behörden rekonstruiert.

Eine besondere Bedeutung kommt sicherlich dem Kapitel über die außenpolitische Verflechtung des Minderheitenschulwesens zu, denn die Rolle des Deutschen Reiches als Finanzier deutschsprachiger Lehranstalten und als Zentrum des deutschen Volksgruppenbewusstseins wird hierin intensiv beleuchtet. Hinsichtlich der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland wird konstatiert, dass von Beginn an der Gegenseitigkeitsgedanke verpflichtend war. Dies führte in Berlin und Warschau immer wieder zu gegenseitigen Vorwürfen und Rechtfertigungen, da beide Seiten durchweg misstrauisch blieben und kein gegenseitiges Vertrauensverhältnis – auch nicht nach der Annäherung durch den 1934 geschlossenen deutsch-polnischen Nichtangriffspakt – aufgebaut werden konnte. Ähnlich wie die Zahl

deutscher Minderheitenschulen in Polen verringerte sich auch die Zahl polnischer Minderheitenschulen in Deutschland stetig, was nicht nur auf finanzielle Probleme des Polenbundes, sondern auf entsprechende Repressionen der preußischen Behörden zurückzuführen war. (S. 607) Nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Aufkündigung der Völkerbundsmitgliedschaft durch Polen kam es im Rahmen der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung (5. November 1937) zu einer Verschärfung des Gegenseitigkeitsprinzips, was der Autor an einigen Beispielen anschaulich wiedergibt (etwa „Posemukel gegen Neutomischel“). Die divergierenden Erwartungen auf beiden Seiten sorgten schließlich dafür, dass beide Minderheiten keine Vorteile aus der Erklärung ziehen konnten. Zudem verfolgte die deutsche Regierung spätestens seit der Machtergreifung Adolf Hitlers eine aggressive Expansionspolitik, wobei die Minderheitenfrage immer wieder instrumentalisiert wurde, um den Druck auf Warschau zu verstärken.

Die Lage spitzte sich im Kriegsjahr 1939 erheblich zu, und ab Ende März 1939 – als Hitlers Revisionsansprüche von der polnischen Regierung endgültig abgelehnt worden waren – standen die Zeichen eindeutig auf Krieg. Besonders in der Wojewodschaft Posen entwarfen die polnischen Behörden nun Pläne, nach denen die deutschen Minderheitenschulen erheblich geschwächt werden sollten. Auch wurde erwogen, sämtliche deutsche Privatschulen zu schließen. Durch diesen Druck erhoffte man sich, Zugeständnisse der deutschen Behörden gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland zu erwirken. Das Prinzip der Gegenseitigkeit erreichte mit den Schulschließungen des Jahres 1939 seinen Höhepunkt. Der Anspruch „gleiche Zustände“ herstellen zu wollen, diente nur als Vorwand, um die Beschränkung und Auflösung der Minderheitenschulen voranzutreiben und zu rechtfertigen. Mit der Besetzung Polens und der Auflösung der das deutsche Minderheitenschulwesen tragenden Institutionen setzte die nationalsozialistische Umsiedlungs- und Verdrängungspolitik gegenüber den Polen ein, bei der es in erster Linie um rassistisch motivierte „Umvolkung“ und Germanisierung ging. Die Polen wurden entrechtet, während man die „Volksdeutschen“ nunmehr privilegierte, auch wenn man sie den Reichsdeutschen keineswegs gleichstellte.

Im letzten Kapitel geht Eser schließlich der Frage nach, ob die deutsche Schule in Polen die Integration der deutschen Minderheit in den polnischen Staat gefördert habe. Obwohl es darauf sowohl in der deutschen als auch in der polnischen Historiographie eine eindeutige Negativantwort gegeben habe, betont Eser, dass sich die polnische Minderheiten- und Schulpolitik nicht allein mit den Schlagwörtern „Assimilation“ und „Repression“ charakterisieren lasse. Allerdings wirkte sich die Tatsache, dass sich sowohl nationale als auch staatliche Assimilation in der Praxis gleichrangig gegenüber standen – was eine diffuse Nichteindeutigkeit begünstigte – negativ auf die Situation der Minderheiten in Polen aus.

Ferner verweist Eser auf das auffällige Ost-West-Gefälle der polnischen Minderheitenpolitik. Während man im Osten versuchte, die slawischen Minderheiten –

also Ukrainer und Weißrussen - zu assimilieren (gemeinsamer Unterricht), gab es gegenüber der deutschen Minderheit im Westen neben assimilatorischen auch ausgrenzende Tendenzen.

Eser gibt auch zu bedenken, dass es durch das nationalizing in der Zweiten Republik Polen ferner darum ging, den Polen als Titularnation einen angemessenen Anteil an allen Bereichen des Gemeinwesens zu sichern. Da der künftige Nationalstaat „modern“ sein sollte, gab es für die spezifischen Bedürfnisse der Minderheiten nur wenig Platz. Deshalb schied auch eine Kulturautonomie für die deutsche Minderheit in Polen aus.

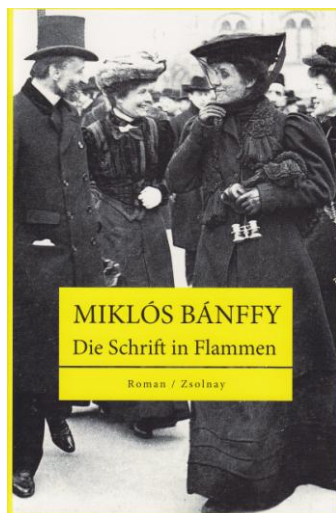
Der uneinheitlichen polnischen Nationalitätenpolitik entsprach die starke Heterogenität der deutschen Minderheit. Die Vorbehalte gegen den polnischen Staat der zu Auslandsdeutschen gewordenen Menschen aus den Abtretungsgebieten blieben bestehen; ihnen half die Minderheitenschule allerdings dabei, den schockierenden Staatsverlust besser zu verarbeiten.

Die subjektivistische bzw. objektivistische Sichtweise im Hinblick auf das nationale Bekenntnis (die nationale Zugehörigkeit) fand sowohl bei deutschen als auch bei polnischen Behörden Unterstützung und Anwendung. Der deutsche Standpunkt gegenüber den Elsässern glich dem polnischen gegenüber den Schlesiern (objektivistisch), während die deutsche Haltung in der Schlesien-Frage der kulturalistischen polnischen Politik gegenüber den Ukrainern und Weißrussen ähnelte. (S. 670)

Allerdings – und hier muss man Eser sicher zustimmen – hingen die Chancen für die Integration der deutschen Minderheit nicht nur von den innerpolnischen Verhältnissen ab, sondern auch von der Haltung und Polenpolitik Berlins, von dem die deutsche Minderheit in Polen maßgeblich unterstützt und beeinflusst wurde. Das Deutsche Reich war von Beginn an daran interessiert, die deutsche Minderheit in Polen zu stärken, um entsprechende Revisionsansprüche – auch auf internationaler Ebene – geltend machen zu können. Insofern muss man dem Resümee Eser in Gänze zustimmen, wenn er zusammenfassend ausführt: „Letztlich scheiterte somit die Integration der deutschen Minderheit in den polnischen Staat, aber nicht, weil sich diese Entwicklung bereits in den 20er und frühen 30er Jahren angekündigt hätte, sondern weil von Deutschland 1939 ein Krieg begonnen wurde, der ein einvernehmliches Zusammenleben von Deutschen und Polen für lange Zeit fast unmöglich machte.“ (S. 675)

Gerhard Schüsselbauer

Neue Literatur aus Mitteleuropa



Miklós Bánffy, *Die Schrift in Flammen*, Paul Zsolnay Verlag Wien 2012, 799 S.

„...hinein in die seidene Schmiegsamkeit nackter Schultern, und ein Mund suchte seinen Mund, er heftete sich lange an ihn, saugte mit duftendem Hauch seinen Atem ein, und allmählich vertrieb die Purpurdunkelheit den Schmerz, sie überschwemmte alles und ergoss sich über ihn, einem betäubenden Getränk gleich, Wollust, Tod und Liebe in sich vermischend...“

Was bewog einen ausgewiesenen und bekannten Journalisten wie Andreas Oplatka, der als Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung fast dreißig Jahre aus Budapest berichtete, dazu, den ersten Teil der monumentalen Siebenbürger Trilogie von Miklós Bánffy zu übersetzen? Handelt es sich nicht um ein veraltetes Werk eines vergessenen Genres, nämlich des europäischen literarischen Gesamtkunstwerks, das schon längst nicht mehr in die postmoderne Befindlichkeit zu passen scheint? Gerade aber die Tiefe und Detailschärfe von Miklós Bánffys *Die Schrift in Flammen* wirken wie ein nie enden wollender, überlanger Spielfilm, in dem Politik, Aristokratie und Liebesgeschichten zu einem einzigartigen Sittengemälde verwoben sind. Miklós Bánffy, ein Kind der k. u. k. Donaumonarchie, wurde 1873 in Klausenburg, damals der zweitgrößten Stadt Ungarns, geboren, wurde in der Zeit des Ersten Weltkrieges zum Leiter des Budapester Oper berufen und war in der Zwischenkriegszeit ungarischer Außenminister. Der Ruhm seiner Siebenbürger Geschichten konnte ihm nicht mehr zuteilwerden, da er mittellos und arm 1950 in Budapest verstarb, nachdem er in den 1920er Jahren die rumänische Staatsbürgerschaft angenommen hatte. Seine Versuche, seinen Einfluss als bekannter Siebenbürger auf eine Aussöhnung zwischen Ungarn und Rumänien nach dem Vertragsschluss von Trianon im Jahr 1920 geltend zu machen, scheiterten aufgrund der veränderten politischen Lage in beiden Ländern, die auf Jahrzehnte hinaus ein spannungsgeladenes Verhältnis prägte. Erst heute in der neuen EU (27) gelingt eine zögerliche Besserung der binationalen Beziehungen, für die sich Bánffy zeit seines Lebens eingesetzt hatte.

Miklós Bánffys *Die Schrift in Flammen* ist ein Kleinod eines literarischen Hochgenusses! Mindestens drei zentrale Ebenen breiten einen ungemein dichten Sprachteppich aus: der Mikrokosmos der verzweifelten und immer wieder scheiternden Liebe zwischen den einzelnen Protagonisten; die Makrowelt der untergehenden Aristokratie am Anfang des 20. Jahrhunderts, sowie die Metaebene der politischen Realität im Vielvölkerstaat der österreichisch-ungarischen Habsburger Doppelmonarchie, die zwar als Vorläufer der Vereinigten Staaten von Europa gelten sollte, deren Schicksal aber aufgrund endogener sklerotischer Prozesse schon vor dem Attentat von Sarajewo und dem damit verbundenen Ausbruch des Ersten Weltkrieges

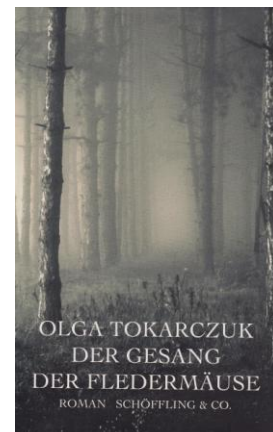
entschieden schien. Bánffy ist dabei weder politischer Berichterstatter, Neoromantiker noch Naturalist oder Realist. Am ehesten könnte man ihn der klassischen europäischen Moderne zurechnen. Seine großartige literarische Leistung besteht darin, eine ernste Oper in Romanform zu inszenieren, dabei nie in den Kitsch abzugleiten und zugleich mit seinen Beschreibungen der Naturschönheit gleichsam den Menschen den Spiegel des gesellschaftlichen Untergangs seiner Zeit vorzuhalten. Daher wird Bánffy gern mit Leo Tolstoi verglichen, der in seinen wunderbaren Werken ebenfalls Zeit- und Menschengeschichten kunstvoll miteinander verwob.

Oszillierend zwischen der siebenbürgischen Heimatstadt Bánffys Klausenburg, der Natur und dem Dorfleben in Transsilvanien, der Budapester aristokratischen High-Society mit ihren verlogenen, intrigengeladenen Bällen und Festivitäten sowie der Realpolitik und den zentrifugalen Strömungen in der Habsburger Monarchie schwebt der Roman zwischen unausweichlicher Tragödie, Bitterkeit und anmutiger Schönheit. Das „Gift des Argwohns“, der „fatale Weg mit erbarmungsloser Konsequenz“ gegangen und die „aus Dunst und Nebel gebildete Fatalität“ weisen den Pfad in den Abgesang an die Überlebensfähigkeit der Kunstprodukte Monarchie und Dualismus. Zugleich machen sich die Protagonisten Bálint Abády und sein Cousin László Gyerőffy daran, sich hoffnungslos in Liebesgeschichten zu verstricken, aus denen es wie in *Anna Karenina* kein Entrinnen gibt. Abády versucht, seine idealistischen und humanistischen Vorstellungen, die er besonders der ärmlichen Landbevölkerung Siebenbürgens entgegenbringt, gegen die realpolitischen Kräfte wie Don Quijote durchzusetzen. Er muss aber einsehen, dass es ans Unmögliche grenzt, die „Monarchie um die Völker des Balkans zu erweitern, sie zu mästen, bis sie ein Hundert-Millionen-Reich wird“. Gyerőffy hingegen, ein begnadeter Künstler, aber hoffungsloser Spieler scheitert an seinen eigenen uneingestanden Schwächen. Beide werden sowohl Opfer ihrer selbst, als auch der gesellschaftlichen Agonie. Was bleibt ist die „Schönheit der Naturbetrachtung“, die „Aufrichtigkeit des Gefühls“ und der Weg zur „Harmonie der menschlichen Seele und zur Schönheit Christi“. Schon jetzt darf man sich auf den zweiten Teil der Siebenbürger Geschichte, meisterlich von Andreas Oplatka übersetzt und vom Paul Zsolnay Verlag herausgegeben, freuen.

Olga Tokarczuk, *Der Gesang der Fledermäuse*, Verlag Schöffling & Co. Verlagsbuchhandlung, Frankfurt am Main 2011, 346 S.

„Es ist klar, dass das Große im Kleinsten steckt ... Ein Schlüssel, ein Handy, Papier und ein Kugelschreiber. Und ein graues Haar von mir, in dessen Atomen die Anfänge des Lebens gespeichert sind, der kosmischen Katastrophe, aus der die Welt entstand.“

Vor einigen Jahren erregte Olga Tokarczuk mit ihrem fabelhaften Roman *Unrast* großes Aufsehen und gewann Ende 2008 den begehrten polnischen Literaturpreis *Nike*. Mit Andrzej Stasiuk und Jerzy Pilch gehört sie zweifelsohne zu den herausragenden und auch erfolgreichen



VertreterInnen der neuen polnischen Literatur. Mehr als drei Jahre hatte sie an dieser Parabel auf die Ruhelosigkeit des modernen Menschen und das zeitgenössische Nomadentum gearbeitet. Heutzutage zählt praktisch jeder Mensch der postindustriellen Hemisphäre zum planlos umherziehenden Jetset. Grundsätzlich bestehen in ihren früheren Werken ihre literarischen Strukturen aus einem scheinbar lose verbundenen Flickenteppich von Skizzen, Erinnerungssplintern sowie längeren Geschichten, die klassische Motive wie Verlust und Wiederkehr, Schmerz und Trost, Verrat und Treue aufgreifen. Olga Tokarczuk blieb in *Unrast* nicht in den festen Grenzen der Welt, sie will auf den Zaun der Welt hinaufklettern und darüber blicken, was sich dahinter verbirgt. Besonders die Nacht als Symbol der Schattenseite des menschlichen Seins, der Nachtmahr der Kehrseite frisst den „tagsüber sorgfältig gewebten Teppich des Sinns“ wieder auf.

Leider verlässt sie in ihrem neuen Roman *Der Gesang der Fledermäuse* ihren eingeschlagenen Pfad, die postmoderne Befindlichkeit fiktional zu analysieren und die existenziellen Abgründe des „modernen“ Menschen, der scheinbar seine prähistorischen, naturnahen Defekte abschütteln konnte, genau zu durchleuchten. Stattdessen rückt Olga Tokarczuk eine schräge, ziemlich gescheiterte und mystisch verschrobene ehemalige Ingenieurin in den Mittelpunkt ihres Romans. Man hat so seine Mühe, den Roman einzuordnen, denn er ist weder ein Kriminalroman, da ein klug konstruierter Handlungsstrang mit etlichen „Turns“ komplett fehlt, noch handelt es sich um eine aufgepeppte Fantasygeschichte mit literarischem Anspruch. Die entwickelten Charaktere besitzen bedauerlicherweise nicht die Tiefe, die einen ausgereiften Roman ausmachen würde. Sie verbleiben eher im Vagen und Angedeuteten, wobei es möglicherweise Olga Tokarczuks Absicht ist, den esoterischen Charakter ihrer Tierweltheilerin Janina Duszejko zu überzeichnen. Gleichwohl verlässt die Erzählung nicht den trivialen Ton, obwohl sie sich vieler naturlyrischer Anleihen von William Blake bedient.

Die Protagonistin Janina Duszejko ist eine abgedrehte, weltabgewandte „Faunaterroristin“. Sie lebt in der Provinz im polnischen Südwesten und wird scheinbar zur Rächerin der Tiere und geht dabei über menschliche Leichen. Eine ungeklärte Mordserie in ihrer ländlichen Umgebung bringt sie in höchste Schwierigkeiten mit allen, mit denen man sich auf dem Land anlegen kann: den Dorfpolizisten, der Gemeinde und der Kirche. Für sie hat der „Mensch dem Tier gegenüber eine große Verpflichtung – er muss ihm helfen, das Leben zu überleben. Und er muss den Gezähmten ihre Liebe und Zärtlichkeit erwidern, denn diese geben uns viel mehr, als sie von uns zurückbekommen.“ Der „Weltanschauung der Menschen“ und ihrem bedingungslosen Raubbau an der Natur setzt sie die „Weltanfühlung der Tiere“ entgegen und wird so zur bedingungslosen Kämpferin für die Tierwelt, um das Geheimnis der Natur zu wahren. Die menschliche Psyche muss verdrängen, um den Menschen vor dem direkten Einblick in den Mechanismus der Welt zu bewahren. „Denn jedes kleinste Teilchen der Welt ist aus Leid zusammengesetzt“. Trotz ihrer poetischen, bisweilen märchenhaften Sprachgewalt gelingt es Olga Tokarczuk nur vereinzelt, den Leser in den Bann zu

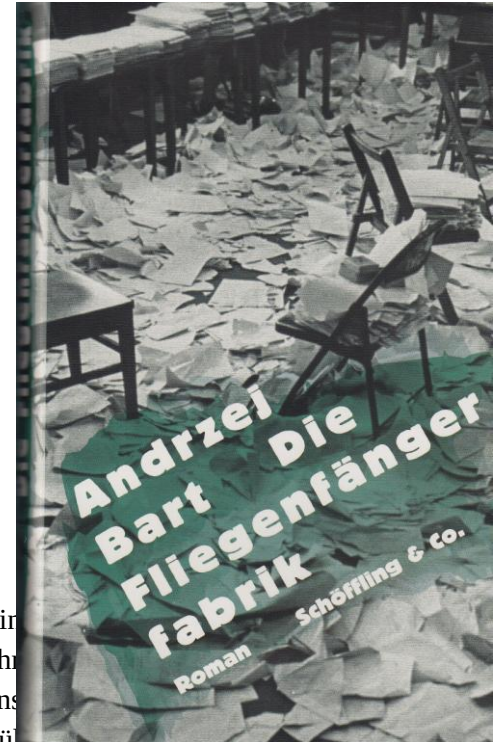
ziehen. Zu zerfasert ist ihr weltschmerzlicher Singsang. Lediglich im Naturmystizismus eines William Blake, den sie offenkundig sehr verehrt, findet sie Trost in ihrem neoromantischen Gegenentwurf gegen die „Realität des Unaussprechlichen“.

**Andrzej Bart, *Die Fliegenfängerfabrik*, Verlag Schöffling & Co.
Verlagsbuchhandlung, Frankfurt am Main 2011, 260 S.**

„Es steht vor euch ein unglücklicher Alter, der in einem der Welt unbekannten, niederträchtigen Chaos versucht hat, euch die gebührende Unterstützung angedeihen zu lassen. Ihr denkt vielleicht, dass kranker Ehrgeiz mir ein güldenes Joch auferlegt hat. Es ist eher meine Pflicht und auch Verblendung zu meinen, dass der alte Kopf euch noch was nützen kann...“

Einen Roman über den Holocaust und das Leben in einem Ghetto im von den Nazis besetzten Polen zu schreiben ist ein gefährliches Unterfangen. Noch gefährlicher wird es, wenn historische Figuren mit einer fiktiven Geschichte verwoben werden, denn allzu schnell wird sich der Romanautor den Vorwürfen von Historikern ausgesetzt sehen, die Geschichte verfälscht darzustellen. Ein solches Wagnis geht aber Andrzej Bart mit seinem Roman *Die Fliegenfängerfabrik* ein und weiß, dass er ein schaffen muss zwischen der historischen Wahrheit und der literarischen Wahrheit. Denn die Fragen, die aufgeworfen werden, sind gewaltig: Dürfen Menschen gegeneinander aufgerechnet werden angesichts des Holocausts? Welche Sünde ist bei einer derartigen Schuld, Menschen in den sicheren Tod in den Gaskammern zu schicken, überhaupt denkbar? Wo verläuft die exakte Trennlinie zwischen Tätern und Opfern? Dies ist kein geringes Unterfangen für einen höchst ambitionierten Roman, wie ihn Andrzej Bart vorgelegt hat.

Die Geschichte kreist um einen fiktiven Schauprozess, der dem berühmten Textilfabrikanten Mordechai Chaim Rumkowski gemacht wird. Ihm als Vorsitzenden des Judenrates im Ghetto von Łódź wird die Chance zur Rechtfertigung gegeben angesichts der Vorwürfe, er hätte maßgeblich und wohlkalkuliert unter Zwang durch die deutsche Besatzungsmacht dazu beitragen müssen, dass Kontingente von jüdischen Menschen nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Gleichzeitig versuchte er, bis zur endgültigen Räumung des Ghettos 1944 die Rettung von tausenden von Menschenleben zu erwirken. Im Schauprozess, der dem Jüngsten Gericht sehr ähnelt, treten nicht nur ein gottähnlicher Richter, sondern auch ein Chor sowie Fachleute und natürlich Opfer auf, um auszusagen. Bart schildert nicht nur die Gräueltaten im Ghetto, sondern auch die menschliche Tragödie des Chaim Rumkowski, der letztendlich wie Millionen auch durch Zyklon B umkommt. War er ein „guter, fürsorglicher Jude“ oder ein „aufgeblasener Dummkopf“? Hatte er als Kollaborateur der Nazis nur seinen eigenen profitgierigen Nutzen im Sinn oder tatsächlich eine philanthropische Gesinnung? Die Gratwanderung Andrzej Barts besteht darin, dass er das bitterernste



Thema mit humorvollen Dialogen versieht und dabei nie die menschlichen Schwächen und Abgründe aus den Augen verliert. Handelte Rumkowski angesichts der unausweichlichen Tragödie nur pragmatisch, indem er alles daransetzte, Menschenleben zu retten bzw. Menschen so lange vor dem sicheren Tod zu bewahren, so lange es ging, oder war er von blankem Egoismus getrieben, um sich zu bereichern und zugleich als „Wohltäter“ das Scherbengericht zu überstehen? Andrzej Bart wertet nicht, sondern erschafft eine fiktionale Welt, in der sehr reale Fragen nach Schuld, Verantwortung, Moral und Sittlichkeit gestellt werden.



Miljenko Jergović, *Wolga, Wolga*, Schöffling & Co.

Verlagsbuchhandlung GmbH Frankfurt am Main 2011, 331 S.

„Jede Erinnerung, jede geschriebene und ungeschriebene Geschichte der Menschheit, ähnelt zunächst einem Traum, vielleicht den Schatten von etwas, das in Wirklichkeit geschah... alles könne genau andersherum gewesen sein, schwarz wäre weiß, Nacht wäre Tag gewesen, jede Erinnerung nur ein Traum in einem Meer von Agonie.“

Schon in seinem Roman *Freelander* ließ Miljenko Jergović kein gutes Haar an seiner Heimat, denn die kroatische „Identität ist vor allem die von Zimmermädchen und Empfangschefs, im historischen Sinn sind wir Kellner, die nur auf ein gutes Trinkgeld aus sind, und dafür [...] haben wir sogar drei Wörter: trinkgelt, bakschisch und napojnica, und wir haben auch unseren Staat immer nur als Trinkgeld bekommen, zuerst von Hitler und dann auf noch groteskere Weise von Franjo Tuđman.“ Jergović macht es sich zu seiner literarischen Hauptaufgabe, all die Widersprüche und Ressentiments des untergegangenen Jugoslawien zu entlarven. Für ihn ist der Krieg in den Köpfen und Herzen der Menschen auf dem

Balkan immer noch nicht zu Ende. So verwundert es nicht, dass Jergović in Kroatien als Nestbeschmutzer gilt und sich immer wieder Anfeindungen gegenüber sieht.

Wolga, Wolga ist nun ein weiterer Road-Roman des 1966 in Sarajewo geborenen und nun in Zagreb lebenden Schriftstellers Miljenko Jergović. Hierzulande ist Jergović kein Unbekannter mehr. Vor einigen Jahren erschien der großartig konstruierte Roman *Das Walnusshaus*. Jergovićs außerordentliche Leistung bestand darin, keinen eindimensionalen Familienroman zu entwickeln, sondern kraft seiner Fantasie und erzählerischen Gabe ein vielschichtiges Panoptikum des Zerfalls seiner Heimat über den Zeitraum des gesamten 20. Jahrhunderts hinweg auszubreiten.

Nun kehrt Jergović in *Wolga, Wolga* wieder zu seiner präzisen, ökonomischen Sprache zurück. Sparsam eingesetzt und Überbordendes vermeidend erzählt er im letzten Teil seiner Romantrilogie wiederum die Geschichte eines einsamen Mannes, gleichsam das pars pro toto für das menschliche Schicksal im krieglerisch zerfallenen Jugoslawien. Dželal Pljevljak, ein ehemaliger Fahrer beim jugoslawischen Militär, pendelt

regelmäßig zwischen der dalmatischen Küste und dem Hinterland in Bosnien-Herzegowina, um im dortigen Ort Livno zum Freitagsgebet eine Moschee aufzusuchen und um so sein verschwundenes Kind zurückzubringen. „Jeder Schritt ist ein Gebet und die ganze Welt [sein] Wallfahrtsort.“ Pljevljak hat das Leben nicht gut mitgespielt. Ausgegrenzt von der slawischen Mehrheitsgesellschaft im kommunistischen Jugoslawien und stets das drohende Unheil und Grauen ahnend sucht er Trost im gottesfürchtigen Glauben. Doch eines Tages macht ihn ein tragischer Unfall, für den er verantwortlich ist und bei dem eine ganze Familie umkommt, zum „einsamsten Mann der Welt.“ Die Geschichte seines untergegangenen Heimatlandes spiegelt sich in seinem gesamten Leben wider – Königreich, Sozialismus und Zerfall! Ein einziger Todeskampf, der nicht in einer Apotheose endet. Lügen und zufällige Wahrheiten, bis er seelische Zuflucht in der Familie Fatumić findet, die ihn „langsam sein eigenes Unglück vergessen“ lassen.

Jergovićs immer wiederkehrendes Motiv ist ein Circulus Vitiosus, die traurige Erkenntnis, dass es „ohne Niederlage kein Opfer“ gibt und die Menschen auf dem Balkan scheinbar ohne Vorurteile und Selbstzerstörung nicht auskommen können. Indem er seiner Heimat auf solch Weise rücksichtslos den Spiegel der Geschichte vorhält, zwingt er zu einer radikalen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, um deren abwärts gerichtete Linearität endgültig brechen zu können.

Bruno Schulz, *Das Sanatorium zur Sanduhr*, Carl Hanser Verlag München 2011, 368 S.

„Ist denn die Zeit zu eng für alle Ereignisse gewesen? Kann es sein, daß schon alle Plätze in der Zeit ausverkauft sind? Besorgt laufen wir den ganzen Zug der Ereignisse ab, der schon zur Abfahrt bereitsteht.“

Es ist ein Glücksfall, dass der Carl Hanser Verlag Bruno Schulz' Erzählungen *Das Sanatorium zur Sanduhr* in Doreen Daumes Neuübersetzung herausgibt. Schon bei den *Zimtläden* zeigte sich die meisterhafte und daher lohnenswerte Übersetzungsleistung. Ursprünglich erschien das polnische Original 1936 unter dem Titel *Sanatorium pod Klepsydrą*. Die erste deutsche Übersetzung trug den Titel *Das Sanatorium zur Todesanzeige*. Das polnische Wort „*klepsydra*“ ist interessanterweise mehrdeutig und bietet lexikalisch beide Bedeutungen. Da eines der fundamentalen Themen von Bruno Schulz das Verhältnis des Menschen zur Zeit mit all ihren Metamorphosen ist, eignet sich der Begriff „*Sanduhr*“ besser zum Verständnis des symbolischen Charakters der Erzählungen.

Bruno Schulz wurde Ende des 19. Jahrhunderts geboren im galizischen Drohobycz, das damals zur k.u.k. Doppelmonarchie gehörte. Als polnischer Schriftsteller jüdischer



Abstammung zählt er zweifellos zu den herausragenden Vertretern der klassischen Moderne in der polnischen Literatur. Seine Herkunft und sein literarisches Anliegen ähneln in gewisser Weise denen Franz Kafkas, wenngleich es gravierende stilistische Unterschiede gibt und Schulz zudem als Zeichner und Graphiker tätig war. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion musste Schulz in das Ghetto in Drohobycz übersiedeln und wurde 1942 von einem Mitglied der Gestapo erschossen. Bruno Schulz entwickelte in seinen Erzählungen einen völlig eigenen Stil der Metaphorik, eine „Republik der Träume, ein souveränes Territorium der Poesie“. Er entführt den Leser in eine Fantastik, die immer wieder naturnahe Bilder mit Selbstreflexion verbindet. Raum und Zeit finden sich im Panoptikum der Jahreszeiten wieder. Ein ausgeprägter Symbolismus paart sich in seinen Erzählungen mit überbordenden sensualistischen Elementen. Bei ihm fließen die „Kategorien und Begriffe“ in eine Unzahl von menschlichen Existenzen, denn „unermesslich ist die Welt.“ Grandios ist sein Spiel mit allen Richtungen und Dimensionen der Zeit im Wechsel der Natur und der Stimmungen, bis hin zur „abgenutzten, von Menschen abgetragenen Zeit, eine verschlissene und an vielen Stellen löchrige Zeit, durchsichtig wie ein Sieb.“

Bruno Schulz schildert in seinem *Sanatorium zur Sanduhr* auch die Adoleszenz und den Reifeprozess seines alter ego. „Ohnmächtige Verzweiflung“ und eine „Mischung aus Hunger und Erregung der Seele“ ob der unzähligen Bücher in der Bibliothek seines Vaters oder die herbstliche Melancholie, die an Gedichte von Rilke, Trakl oder Benn erinnern lassen, zeigen sowohl das Staunen eines jungen Menschen als auch dessen Verzweiflung, der sich beim Betrachten im Spiegel „fremd und gleichgültig“ vorkommt und auf dunkle Worte aus der „gläsernen Tiefe“ wartet. Traum und Wirklichkeit verschwimmen in Spiel der Verwandlungen, Leib und Seele durchwandern erschütternde Reflexionen. Nur selten stellt sich das Gefühl innerer Ruhe und Ausgeglichenheit ein, wartend auf den „unendlichen Strom von guten und seligen Zeiten.“ Schulz (v)erdichtet nicht nur Kernthemen der abendländischen Philosophie – Sein, Geist, Seele, Körper, Natur – sondern zeigt, dass der Literatur (fast) keine fiktionalen Grenzen gesetzt sind. „Die Vogelstimmen, in den Weiten des ausladenden Himmels verloren, waren kaum noch zu hören, sie hatten sich die Stille anders zugeschnitten und betrachteten sie nun, wie sie sich schwer, grau und kopfüber in einem ruhigen Teich spiegelte, gedankenverloren als eine Stätte des Grübelns, und die Welt flog besinnungslos in diese Spiegelung hinein, sie gravierte mit blinder Wucht in diese große universale, graue Reflexion, in diese kopfstehenden, ins Endlose fliehenden Baum-Korkenzieher, in diese riesige, schwankende Blässe ohne Grenze und Ziel.“ Wer die poetischen Wellentäler in diesen einzigartigen Erzählungen durchschreitet und sich bisweilen selbst verliert, wird reich belohnt!

Dokumentation

Marcin Kula

Multikulturalismus

Nachstehend dokumentieren wir in deutscher Übersetzung einen Beitrag des renommierten polnischen Historikers Marcin Kula¹, der Mitte Dezember 2011 in der führenden polnischen Wochenschrift „Polityka“² veröffentlicht wurde. Der Autor setzte sich in diesem Überblick zunächst ganz allgemein mit der Problematik der multikulturellen Gesellschaft auseinander, beleuchtet dieses schwierige und kontrovers diskutierte Thema dann aber auch ganz konkret, indem es auf entsprechende historische und aktuelle Entwicklungen in unserem Nachbarland Polen verweist. Dabei entwickelt er die These, dass die Idee des Zusammenlebens der Kulturen in Europa – trotz aller Schwierigkeiten – weiterhin bestimmend bleiben müsse, da es zu ihr keine echte Alternative gebe. Allerdings mahnt Kula davor, Integration und Assimilation gleichzusetzen.

Zahlreiche Autoren sprechen in letzter Zeit von dem Scheitern des Zusammenlebens der Kulturen in Westeuropa. Einige tun dies mit Trauer, andere mit Freude. Die letzteren behaupten geradezu sarkastisch, dass das Leben gezeigt habe, dass all diese Ideen einen Irrweg darstellen. Es fehlt nur noch das Argument, dass in der ganzen belebten Natur, deren Teil wir sind, die Gattungen nur zu ihresgleichen streben – und nicht zu fremden. Glücklicherweise erinnert man sich allerdings noch daran, dass die Menschen ein und derselben Gattung angehören.

Diejenigen, die sich zu Worte melden und sich ironisch zu der Idee des Multi-Kulti in Westeuropa äußern sowie den Bau einer Moschee in Warschau ablehnen, erregen sich gleichzeitig über die Beschränkung der Freiheiten der polnischen Minderheit in Litauen. Sicherlich glauben sie, dass dies grundsätzlich unterschiedliche Fragestellungen seien, denn in der Regel meinen wir von einem Problem, das *uns* schmerzt, dass es sich grundsätzlich von Problemen anderer unterscheidet, währenddessen sie sich im Grunde genommen sehr ähneln. Das so verkündete Scheitern einer Politik des Zusammenlebens der Kulturen im Westen wird auch als Argument gegen das „Aufgehen“ der polnischen in der europäischen Kultur ins Feld geführt. Dies ist kein besonders origineller Standpunkt. Die Ängste vor der Bedrohung der eigenen Kultur – und nicht nur der Kultur – durch Menschen anderer Kulturen, insbesondere durch Moslems, sind in Ländern, in denen es moslemische Ballungsräume gibt, besonders stark. Die

¹ Marcin Kula (geb. 1943 in Warschau) ist polnischer Historiker mit dem Schwerpunkt Sozialgeschichte. Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zur Geschichte Polens und Lateinamerikas. Kula hat sich ebenfalls intensiv mit Fragen des historischen Gedächtnisses auseinandergesetzt. Er ist Professor an der Universität Warschau und an der Leon Koźmiński-Akademie.

² Marcin Kula: Multi-Problem. In: Polityka, 50, 12-13. Dezember 2011, S. 60-62.

Europäische Union windet sich im Hinblick auf die Aufnahme der Türkei wie ein Aal, da diese zur Folge hätte, dass besagte Ballungsräume weiter wüchsen und darüber hinaus ein moslemischer Staat Bestandteil der europäischen Struktur würde. Dies heißt allerdings, dass die EU den einzigen moslemischen Staat ablehnt, der seit fast einhundert Jahren bemüht ist, sich zu europäisieren. Einiges deutet darauf hin, dass die Türkei es schließlich aufgibt, weiter zu antichambrieren und versuchen wird, sich als Führer der neuen arabischen Welt zu situieren.

Es lässt sich nicht leugnen, dass in letzter Zeit ernste Probleme bei der Umsetzung einer Politik des Zusammenlebens aufgetaucht sind. Man braucht nur an die Unruhen in französischen Vorstädten zu erinnern. Oder an die diesjährigen Unruhen in London. Obwohl die jungen Muslime aus den Vorstadtgettos nicht die Hauptverursacher waren, so fanden sich unter den Aufführern doch zahlreiche „Andere“. Alles, was in London geschah, widersprach auch den traditionellen britischen Werten (wenn wir von der zweifelhaften Prämisse ausgehen, dass das Verhalten der sich so explizit britisch verstehenden Fans in den Stadien oder der britischen Touristen in Krakau jene Werte nicht beschädigt!).

Die größte Herausforderung im Hinblick auf die Erhaltung einer Politik der Multikulturalität waren wohl die seinerzeit verübten Anschläge in der britischen Metro. Die Profile der Täter ließen nicht die These zu, dass es sich hierbei um Menschen handelte, die noch nicht integriert waren und unter so schlechten Lebensverhältnissen lebten, dass man ihnen die Integration und den gesellschaftlichen Aufstieg hätte erleichtern müssen. Die Umsetzung der Politik des Zusammenlebens erweist sich auch ungeachtet dramatischer Ereignisse als schwierig. Man kann nicht erwarten, dass Franzosen, Engländer, Holländer und andere zufrieden sein können, wenn sozial geschlossene Gettos einer Bevölkerung entstehen, die sich schlecht integriert oder zuweilen gar nicht integrieren will. Man kann verstehen, dass die Schweizer Kirchtürme – und keine Minarette – sehen möchten. Diese Haltungen muss man als Tatsache zur Kenntnis nehmen, denn gegen die Menschen lässt sich nichts erreichen. Es bleibt nur die Hoffnung, dass sie einen anderen Ausdruck finden als unlängst in Norwegen.

Auch wenn man für möglichst alle Betroffenen Verständnis aufbringen möchte, so muss man sich doch gleichzeitig klar machen, dass man eine Lösung für die entstandene Situation nur im Rahmen einer Politik des Zusammenlebens finden kann. Einen anderen Weg gibt es einfach nicht. Die entstandenen Ballungsräume der „Anderen“ werden nicht einfach verschwinden. Man kann den Menschen Geld für ihre Rückkehr anbieten, man kann ihren Kindern die Sprache ihrer Ursprungsländer beibringen, aber all das bleiben Illusionen. Im Vorkriegspolen wären die Juden auch nicht nach Madagaskar emigriert, ebenso wenig in nennenswerter Zahl nach Palästina, wohin ein Teil von ihnen hinstrebte. Aber auch diejenigen Europäer, die davon träumen, die „Anderen“ loszuwerden, werden – außer ausgesprochene Verbrecher – nicht solche Methoden vorschlagen, wie sie von Hitler gegenüber den polnischen Juden angewandt wurden. Auch ist ein massiver Ausreisedruck niemandem zu wünschen, nicht einmal den daran

Interessierten. Heute kann man sich zwar Restriktionen im Hinblick auf die Einreise von neuen Einwanderern vorstellen. Aber die Abschiebung von lange ansässigen Menschen, mit Kindern, die bereits im Zielland geboren wurden, hätte eine radikale Schwächung der Demokratie zum Ergebnis und würde sie zusätzlich schädigen. Man kann aus Frankreich eine bestimmte Zahl sich dort illegal aufhaltender Roma abschieben, wogegen fast niemand protestiert, aber viel mehr wird nicht möglich sein. Die gegen die Roma gerichtete Aktion war im Übrigen eher eine politische Demonstration, die die Unterstützung eines Politikers zum Ziel hatte, als ein Schritt zur Lösung der Probleme.

Ebenfalls ist zu beachten, dass man sich daran erinnern sollte, dass wir alle von irgendwoher dahin gekommen sind, wo wir heute leben. Angeblich stammen wir alle aus Afrika, auch wenn es schwer fällt, das zu glauben. Angeblich lebten vor der Völkerwanderung die Vorfahren der heutigen Serben und Kroaten in Klein- und Großpolen. Wenn sie heute eine Losung umsetzen würden, die dem Aufruf „Zigeuner nach Indien“ gleichkäme – eine solche las ich einst bei unseren südlichen Nachbarn – dann müssten die Polen auch fortziehen. Kaum vorstellbar wohin, wahrscheinlich hinter den Ural; wobei ein Teil unserer Mitbürger vor nicht allzu langer Zeit erfahren hat, wie wenig attraktiv das ist.

Im Gegenteil, die Ballungsräume von Menschen andersartiger Kulturen werden noch wachsen. Erstens, aufgrund des natürlichen Bevölkerungswachstums, und zweitens aufgrund des Zustroms neuer Einwanderer, der sich in der heutigen Welt nicht aufhalten lässt. Keine Mauer wird heute den Zustrom von Menschen aufhalten können. Um solche Barrieren einigermaßen wirksam zu machen, müsste man zum Kommunismus zurückkehren. Im Übrigen ist es nur schlecht vorstellbar und sicher nicht wünschenswert, dass an den Grenzen Europas eine Mauer hochgezogen wird, auch wenn Griechenland an seiner Grenze zur Türkei gegenwärtig einen Riegel errichtet.

Man kann sicherlich auch auf Perioden verweisen, in denen es nicht zu einem mehr oder minder friedlichen Zusammenleben von ethnischen Gruppen kam. Die Idee des Nationalstaats, die sich im 19. Jahrhundert in Europa entwickelte, stellte in dieser Hinsicht eine Bedrohung dar. Unter den Staaten, die von verschiedenen Gruppen bewohnt werden, gärt es gegenwärtig besonders in Belgien. Auch die Einheit Spaniens ist bedroht. Die Tschechoslowakei hat sich geteilt, ebenso Jugoslawien nach blutigen Kriegen.

Man kann auf Momente verweisen, in denen es plötzlich zu Konflikten kam, die mit der Ermordung von Gruppen unterschiedlicher Kultur endeten (der Juden in Deutschland, der Moslems in Indien direkt vor Erlangung der Unabhängigkeit, der Chinesen in Indonesien, der Tamilen und Moslems in Sri Lanka). Man wird sehen müssen, wie sich das Problem der Multiethnizität in Südafrika lösen lässt. Gleichzeitig sollte man sich allerdings klar machen, dass das Problem historisch betrachtet, auch in den Ländern der westlichen Welt gelöst werden konnte. Migrationen sind Teil der Menschheitsgeschichte, gesellschaftliche Gruppen und Nationen sind Erscheinungen,

die sich trotz gegensätzlichen Anscheins stetig weiter entwickeln. Immerhin sind die Vereinigten Staaten von Amerika als Amalgam unterschiedlicher Gruppen entstanden. Man sollte auch berücksichtigen, dass während bestimmter Perioden verschiedene nationale Gruppen dort ähnlich negativ gesehen wurden wie heute die Moslems in Westeuropa, zum Beispiel die Iren, die Ostjuden oder die Polen. Heute funktionieren die USA aufgrund der Zusammenarbeit aller Gruppen, obwohl die Indianer nur knapp überlebten und es immer wieder zu Spannungen kommt.

Ähnlich war es in anderen, typischen Einwanderungsländern. Selbst in Frankreich riefen verschiedene Kulturgruppen (einst auch die Polen) Unruhe hervor, weil sie sich nur schlecht assimilierten. Das Image der Gruppen von Zuwanderern – ob in Frankreich, Lateinamerika oder in den USA – war häufig durch das Motiv geprägt, dass die Einwanderer aggressiv seien und Unfrieden säten; entweder als Übeltäter oder als Anarchisten, später als Kommunisten (was manchmal auch der Wahrheit entsprach). Man fürchtete sich vor den Einwanderern, und man bemühte sich, sie bereits vor der Einreise zu relegieren. Mit der Zeit wurden diese Gruppen allerdings heimisch. Und nicht nur das. Die anfangs ungeliebten Juden, die Bauern aus dem Russischen Imperium und die anarchisierenden Italiener bauten die Großmacht USA mit auf. Heute ist wiederum die spanischsprachige Gruppe als Arbeitskraft, zum Beispiel in Texas, von fundamentaler Bedeutung.

In einigen Ländern kam es auch zu einem relativ guten Zusammenleben der einzelnen Gruppen, bei dem man nicht auf die eigene Kultur verzichten musste. Trotz aller Reibungen funktionierte auch das Österreich-Ungarn von Franz Joseph II. relativ gut als monarchischer Vielvölkerstaat. Allerdings in einer Ära des nationalen Erwachens, die für die Integration eine potenzielle Bedrohung darstellte. Wenn man von Staaten mit Minderheiten spricht, so sollte man die Phänomene der Integration und der Assimilation unterscheiden. Zum Beispiel ist die asiatische Minderheit in den USA stärker integriert als assimiliert.

Unter Franz Joseph II. konnte man die Hymne der [Habsburger] Monarchie in all ihren Sprachen absingen, inklusive des Jiddischen. Im heutigen Südafrika singt man jeweils eine Strophe, die in einem guten Dutzend Sprachen der verschiedenen Volksgruppen wiederholt wird. In Frankreich fragte ein Journalist eine französische Staatsbürgerin algerischer Herkunft, ob sie bereit wäre, die „Marseillaise“ als ihre Hymne zu singen. Sie antwortete bejahend, aber mit folgendem Kommentar: „Ja, wenn ich sie auf arabisch werde singen können.“ Heute ist Frankreich zu einer solchen Lösung noch nicht bereit. Aber vielleicht muss man sie gerade in einer so gearteten Form kultureller Autonomie suchen? Vielleicht sollte man ermöglichen, dass zwei Kulturen gelebt werden können, wie das unter den verschiedenen Kulturgruppen der USA häufig der Fall ist?

Die Assimilation muss nicht das Ziel sein, vielmehr kann Vielfalt herrschen. Integration ist ausreichend. Man erinnere sich zudem daran, dass so manchen Polen in der Zwischenkriegszeit ein Jude im Café Ziemiańska mehr missfiel als in [der im

Judenviertel von Warschau gelegenen] Nalewki-Straße. Die volle Assimilation stellt in gewisser Weise sicherlich auch eine Verarmung der Gesamtkultur eines Landes dar.

Es ist leichter, von der Notwendigkeit einer Gestaltung des Zusammenlebens zu sprechen als diesbezüglich aktiv zu werden. Einige Gruppen lehnen nicht nur die Assimilation, sondern auch die Integration ab. Das geschieht meistens dann, wenn sie sich aus bestimmten Gründen (zum Beispiel religiösen) überlegen fühlen, oder so schwach sind, dass sie, um zu überleben, unter sich bleiben wollen. Es kommt auch vor, dass sich beide Motive vermischen. Andererseits will so mancher Staat Minderheiten – unabhängig von ihrer Haltung – nicht akzeptieren. Zuweilen greift er sie an, manchmal erzeugt er sie durch Druck geradezu aus dem Nichts, da er einen Sündenbock benötigt oder um der Mehrheitsgesellschaft einen gemeinsamen Feind zu präsentieren. Es kommt auch vor, dass ein Land, das von einer Mehrheitsgruppe dominiert wird, die Angehörigen einer Minderheitengruppe nicht als gleichberechtigte Partner behandelt, sondern als Gäste oder als weniger tolerierte Menschen. Länder wiederum, die ihre Unabhängigkeit erst vor kurzer Zeit erkämpften oder zurückerhielten, haben sie nicht deshalb erkämpft oder zurückerhalten, um gegenüber „Anderen“ Zugeständnisse zu machen. Häufig sind sie im Übrigen selbst so verunsichert, dass sie sich einfach vor Zugeständnissen fürchten.

Der jüdische Bund, der in den Anfängen des wiedererstandenen Polens eine Kulturautonomie für die Juden in Polen forderte, hatte keine Chancen. Heute hat das polnische Schulwesen in Litauen aufgrund einer ganz ähnlichen soziologischen Ursache Probleme. Die Litauer sind selbst verunsichert. Gegenüber Polen und aufgrund der Dominanz der polnischen Kultur hegen sie historisch begründete Befürchtungen, und ich weiß nicht, ob Polen oder die Polen genug getan haben, um diese zu zerstreuen. Die Karte des Polen³ war eine fatale Idee. Ich fürchte, dass die Ergebnisse des Schulstreiks schlimmer ausfallen werden als die Ergebnisse einer potenziell behutsameren Politik.

³ Die Karte des Polen ist ein Dokument, das die Zugehörigkeit zur polnischen Nation bestätigt. Dem Besitzer einer Karte des Polen stehen Rechte zu, die sich aus dem Gesetz über die Karte des Polen ergeben, das vom Sejm der Republik Polen am 7. September 2007 erlassen wurde. Eine Person, die im Besitz der Karte des Polen ist:

- kann ein langfristiges Aufenthaltsvisum erhalten, das dazu berechtigt, die Grenze der Republik Polen mehrfach zu überqueren;
- kann auf dem Territorium der Republik Polen eine legale Arbeit aufnehmen, ohne über eine Arbeitsgenehmigung zu verfügen;
- kann in Polen zu den gleichen Bedingungen wie ein polnischer Staatsbürger wirtschaftlich tätig werden;
- kann in Polen das kostenfreie Bildungssystem in Anspruch nehmen;
- kann in Notfällen in Polen zu den gleichen Bedingungen wie polnische Staatsbürger die kostenfreie Gesundheitsfürsorge beanspruchen;
- kann kostenfrei die staatlichen Museen in Polen besuchen;
- kann sich vorrangig um Finanzmittel aus dem Staatshaushalt oder aus dem Haushalt der Gemeindeselbstverwaltungen in Polen bemühen, die der Unterstützung der im Ausland lebenden Polen dienen.

Der Erhalt der Karte des Polen bedeutet nicht die Zuerkennung der polnischen Staatsbürgerschaft, das Recht auf Ansiedlung auf dem Territorium der Republik Polen oder das Recht auf visumfreie Überschreitung der Grenzen der Republik Polen.

Man sollte versuchen, für die Nationalismen verunsicherter Völker Verständnis aufzubringen, auch wenn es schwer fällt sie zu loben oder zu mögen. Man sollte auch mit der Unterstützung einer nationalen Minderheit durch den hinter ihr stehenden Staat vorsichtig sein. Man sollte berücksichtigen, dass die interessierte Gruppe Staatsbürger eines anderen Landes sind. Die Losung „Die Unsrigen werden verfolgt!“ stellt nicht den besten Rat dar.

Ein weiterer Umstand, der die Akzeptanz der Integration (anstelle der Assimilation) erschwert, ist die Gefahr, dass sich die kulturelle Autonomie einzelner Gruppen so stark entwickelt, dass nur noch wenig an Gemeinsamem übrig bleibt. Im heutigen Belgien sind die Gruppen so stark zerstritten, dass wohl nur noch der König, die Stadt Brüssel sowie die Institutionen der Europäischen Union diesen Staat zusammenhalten. Selbst die katholische Universität in Louvain/Leuven hat sich geteilt, obschon diese Religion ihren Universalismus betont. Die dortige Bibliothek, eine der ältesten und größten in Europa, hat man so aufgeteilt, dass man die Bücher mit geraden Signaturen der einen Universität zuführte, die Bücher mit ungeraden Signaturen der anderen!

Problematisch ist auch die Auswahl der Disziplinen, bei denen man Kulturautonomie akzeptiert. Sie ist zum Beispiel in Sachen Sprache leichter zu akzeptieren als in Fragen der Polygamie oder der Stellung der Frau. Obschon es schwer ist, jemanden gegen seinen Willen glücklich zu machen, so fällt es doch auch schwer, Erscheinungen zu akzeptieren, denen unsere gesamte Kultur widerspricht.

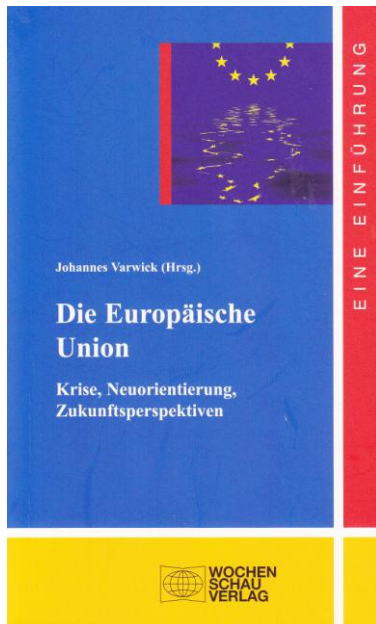
Eines scheint indessen sicher zu sein: Es gibt keinen anderen Ausweg, als die Andersartigkeit zu akzeptieren, als die Suche nach den authentischen Vertretern der Minderheit sowie eine Form von Verhandlungen, in der die Wertschätzung für den Anderen gepflegt wird. Es wird nicht gelingen, die Ballungsräume der „Anderen“ durch massiven Druck an die Mehrheitsgesellschaft anzunähern. Die historischen Erfahrungen zeigen, dass ein solcher Druck das Gegenteil erzeugt. So lange die muslimischen Frauen nicht von selbst den Schleier ablegen und in einem Badeanzug europäischen Typs gemeinsam mit Männern ins Schwimmbad gehen werden, wird jede Form des Zwangs als gleichbedeutend mit der Forderung nach der Entblößung ihrer Körper verstanden. Auch wir würden eine solche Forderung nicht akzeptieren. Menschen, die sich wünschen, in der Kirche zu beten, müssen verstehen, dass Menschen anderer Religionen auch beten wollen.

Israel muss sich verteidigen. Dort ist die Situation aufgrund der Feindschaft der Minderheitengruppe und ihrer Unterstützung durch die angrenzenden Staaten besonders schwierig.

Aber auf längere Sicht wird keine Mauer eine Lösung bringen (obschon man dies aus der Distanz leichter sagen kann als vor Ort). Die Alternative zu einer Verständigung ist ein alle Beteiligten erfassender endloser Vernichtungskampf. Dass sich die Türkei gegenwärtig von Israel distanziert, stellt eine weitere fatale Entwicklung dar.

Für den Historiker ist besonders interessant, dass sich die verschiedenen Parteien in den hier erwähnten Konflikten auf die Geschichte berufen, ihre Argumente aus ihr ableiten, wobei sowohl die Konflikte als auch die positiven Entwicklungen als Fortsetzung der Vergangenheit interpretiert werden. Schließlich erblicken die Araber in den europäischen Aktivitäten – inklusive der Gründung Israels – nicht selten einen weiteren Kreuzzug! Im Allgemeinen entwickelten sich die Dinge in der Tat besser, wenn man im Rahmen von Verhandlungen und in der breiten Öffentlichkeit die Geschichte – diese vermeintliche Lehrerin des Lebens – vergaß.

Rezensionen



Johannes Varwick (Hg.): Die Europäische Union. Krise, Neuorientierung, Zukunftsperspektiven
 Wochenschau Verlag. Schwalbach/Ts 2011, 142 S.

Selten wurde so intensiv und kontrovers über die krisenerschütterte EU diskutiert wie in den letzten Jahren. Nach Unterzeichnung und Ratifikation des Lissabonner Vertrags (2009), der kleinen, abgespeckten Ersatzverfassung der EU, konnte man nach dem mühseligen Verhandlungsmarathon und den schließlich vollzogenen Ratifizierungen etwas aufatmen, gleichzeitig war aber schon eine globale Banken- und Wirtschaftskrise im Gange, die das EU-Integrationsgebäude in seinen Grundfesten erschütterte. Die EU scheint der Krise in ihrem jetzigen Zustand – trotz permanenter Reformanstrengungen und Anpassungen – kaum gewachsen zu sein. Andererseits wird trotz aller Rückschläge immer wieder deutlich, welche enormen Integrationsfortschritte die heutige EU27+ in den letzten beiden Jahrzehnten – seit Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht – gemacht hat. Es ist deshalb nur zu legitim, dass sich *Johannes Varwick* in seinem einleitenden Beitrag über die Krise und Zukunft der EU mit der komplexen Organisation dieses supranationalen Gebildes befasst, indem er die nach dem Lissabonner Vertrag vollzogenen institutionellen Veränderungen der Gemeinschaft eingehend beschreibt und kommentiert. Da sich aber die Rahmenbedingungen der Europäischen Union seit über einem Jahrzehnt fundamental verändert haben, formuliert *Varwick* zehn Grundfragen, von deren Beantwortung er die Zukunft der EU abhängig macht:

1. Wird es möglich sein, eine gemeinsame pragmatische Integrationsideologie zu formulieren?
2. Wird gegenwärtig ein Zerfall in sektorale Integrationsgemeinschaften eingeleitet?
3. Wie können die Entscheidungsverfahren so gestaltet werden, dass Partizipation und Effizienz gewährleistet bleiben?
4. Bedarf es eines neuen Demokratiemodells für das Regieren jenseits des Nationalstaats?
5. Gibt es ein Zuviel oder ein Zuwenig an Integration?
6. Wie weit wird der Prozess der europäischen Integration von den Bürgern und den Eliten der Mitgliedstaaten getragen?
7. Worin besteht die gemeinsame Basis für europäische Politik? Oder setzt sich noch stärker als bisher die „Sparkassenmentalität“ durch?
8. Welche Haltung wird die EU zum benachbarten Ausland – Mittelmeeranrainer, Russland, Weißrussland und Ukraine – einnehmen?
9. Wann ist die Aufnahmekapazität der EU erschöpft?

10. Welches Rahmenkonzept liegt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu Grunde?

Wichtige, allgemein formulierte Fragestellungen, auf die es keine leichten Antworten geben kann, die aber in die zentrale Frage münden, ob die EU die Kraft aufbringen wird, um den Rahmenbedingungen des neuen Europa gerecht zu werden. (S.29)

Mit Hilfe einiger gängiger Szenarien (Staatswerdungsszenario, Erosionsszenario, Muddling-Through-Szenario) erläutert der Autor dann, welche Szenarien unter welchen Voraussetzungen möglich wären und was sie implizieren würden. Hieraus wird die Frage abgeleitet, inwiefern das flexible Integrationsmodell der „European Onion“ (Europa als Zwiebel, das aus unterschiedlichen Schalen besteht) plausibel sein könnte. Differenziert man es weiter aus, so kann man drei flexible Integrationsformen unterscheiden: Abgestufte Integration, Variable Geometrie und Europa à la carte. Es überrascht nach dieser intensiven Diskussion von Möglichkeiten und Potenzialitäten durchaus nicht, dass *Varwick* zum Ergebnis kommt, dass die Zukunft der EU offen bleibe. Wahrscheinlich dürfte das am Ende des Beitrags zitierte Bonmot von *Paul Lacroix*, der die Einigung Europas mit dem Versuch verglich, ein Omelett zu backen, ohne die Eier zu zerschlagen, deshalb noch lange gültig bleiben.

Nicht minder offen erweist sich die Darstellung *Ludger Kühnhardts*, die den optimistisch klingenden Titel „Die Neubegründung des europäischen Projekts“ trägt. Der Autor beschäftigt sich mit der Transformation des Nationalstaates, stellt fest, dass die wirtschaftliche Integration des Kontinents niemals Selbstzweck war, dass es niemals eine unumstrittene Theorie über die europäische Integration gab und dass bisher keine überzeugende Antwort auf die Frage nach der finalité der EU gegeben werden konnte. Auch sei die EU weiterhin auf der Suche nach Europäern, denn die Realität bleibe von Unsicherheiten und Selbstzweifeln geprägt. Deshalb müsse sich Europa von seinen Chancen her definieren, ein neues Solidar- und Staatsbürgerschaftsverständnis entwickeln, sich als Wertegemeinschaft erneuern und wieder nach einer Idee von Europa fragen. Problematisch sei dabei aber, dass es gerade im Hinblick auf die Wertegemeinschaft durchweg widersprüchliche Vorstellungen (Sozialstaat, Ehe und Familie, öffentliche Ethik, Umweltschutz, Umgang mit Migranten) gebe. Ernüchternd sei auch, dass die Distanz zwischen dem Europa der Institutionen und dem Europa der Bürger bleibe. Man stehe – was Symbolik und Emotionalität angehe – weiterhin in harter Konkurrenz zu den Nationalstaaten, auch gebe es noch immer keine echten europäischen Parteien. Die große Aufgabe des 21. Jahrhunderts bestehe deshalb darin, Europäer zu schaffen. *Kühnhardt* stellt zwischen dem europäischen Integrationsprozess und der Nationalstaatenbildung in Europa gewisse Analogien fest und erwähnt die Bemühungen um eine Europäisierung der Schulbildung, vor allem in den Fächern Geschichte, Literatur und Sozialkunde. Dazu gehöre auch die geplante Eröffnung des Hauses der Europäischen Geschichte in Brüssel. Allerdings sei man gegenwärtig noch sehr weit von einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur entfernt. Um das europäische Projekt im Zeitalter der Globalisierung neu zu begründen, gelte es, den

Unionsbürgerschaftsbegriff mit einem transnationalen Solidaritätsverständnis auszufüllen. Ob die EU in naher Zukunft die Voraussetzungen für diese wünschenswerten Desiderate schaffen kann, scheint mir allerdings angesichts der allenthalben um sich greifenden Renationalisierung recht zweifelhaft.

Grundvoraussetzung hierfür ist sicherlich eine nachhaltige Überwindung der in der EU anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Insofern stellt der sich anschließende Beitrag von *Klaus-Peter Kruber*, der sich mit der Zukunft des Euro beschäftigt, eine wichtige Ergänzung dar. Der Autor diskutiert nach Analyse der Ursachen der Eurokrise(n) und der Maßnahmen zu ihrer Bewältigung (Rettungspaket für Griechenland, April 2010, Rettungsschirm, Mai 2010, Stabilitätsmechanismus, der 2013 unter strengen Auflagen greifen soll) drei elementare Szenarien: Auseinanderbrechen der Eurozone, verstärkte wirtschaftspolitische Integration und fallweise Krisenreaktion. Die bessere Alternative erblickt *Kruber* in einer verstärkten wirtschaftlichen Integration, wofür man im Dezember 2010 durch die Neubelebung des Stabilitäts- und Wachstumspakts die ersten Schritte unternommen habe. Bisher seien Eurobonds und eine europäische „Transferunion“ allerdings von den „starken“ EU-Ländern abgelehnt worden. Der Autor kommt zum Ergebnis, dass die europäische Währung auf Dauer nur überleben werde, wenn der engen ökonomischen Integration eine vertiefte wirtschafts-politische Integration folgt. Momentan verschleppe man die Krise nur, und die europäische Integration werde sich nur schrittweise und unter Druck weiter entwickeln, was für die EU allerdings typisch sei.

Mit der Vertrauenskrise in der EU und dem schwierigen Verhältnis zu den Bürger/innen beschäftigt sich *Wilhelm Knelangen*. Die EU habe sich von einem konsensualen zu einem umstrittenen Projekt entwickelt, so die Ausgangsthese des Autors, die durch die Daten aus dem Eurobarometer belegt wird. Inzwischen habe sich ein „weicher“ und ein „harter“ Europaskeptizismus entwickelt, der von einer funktionalen bis hin zu einer grundsätzlichen Ablehnung reiche. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, dann müsse man die Bundesrepublik zu den Bevölkerungen mit einer ausgeprägten euroskeptischen Minderheit zählen. Angesichts der wachsenden Konkurrenz der Volkswirtschaften habe die Sorge um die Sicherheit von Arbeitsplätzen und sozialen Standards erheblich zugenommen. Die Legitimität der EU werde aufgrund anhaltender EU-Krisen inzwischen als „prekär“ bezeichnet. (S.86) Abschließend konstatiert der Autor folgenden Teufelskreis: „Weil die Regierenden auf die skeptischer gewordene öffentliche Meinung reagieren, kommen die Regierenden den Bedenken entgegen und artikulieren stärker interessenbasierte Argumente. Das wiederum bestätigt die Skepsis der Bürger, denn die EU kann vielfach nicht mehr bieten als mühsame Kompromisse und komplexe Verfahren.“ (S. 87)

Dass die EU über eine bedeutende Wirtschaftskraft verfügt und ihr Anteil am weltweiten BIP bei über 30 Prozent liegt, ist die eine, dass sie allerdings als außenpolitischer Akteur ihre selbst gesteckten Ziele nicht erreicht, ist die andere Seite der Medaille. Wie *Stefan Fröhlich* in seinem Aufsatz schlüssig herausarbeitet, liegt das

in erster Linie daran, dass die GASP und die GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) weiterhin keine vergemeinschafteten Politikfelder sind. Ungeachtet dessen ist die EU mit einem Anteil von ca. 47 Prozent der weltweit geleisteten Hilfe der größte Entwicklungshelfer. Diese außergewöhnlich starke Position als Zivilmacht könne aber nicht über die systemimmanenten Schwächen von GASP und ESVP/GSVP hinwegtäuschen, wobei *Fröhlich* in diesem Kontext vor allem die Einstimmigkeit als problematisches Entscheidungsmodell bezeichnet. Der nur reaktive Charakter der GASP/GSVP sei hierbei auf ein fundamentales Grundproblem zurückzuführen: den politischen Willen. (S. 101) Es fehle weiterhin ein Leitbild europäischer Außen- und Sicherheitspolitik; ferner werde stets der Zivilmachtgedanke der Union in den Vordergrund gestellt. Bei den involvierten Organen bestehe ein Mangel an Kohärenz und Konsistenz, ein Nebeneinander von supranationalen und intergouvernementalen Elementen. Insgesamt kommt der Autor zum Ergebnis, dass der Union der politische Wille zum gemeinsamen Handeln bzw. zum Konsens fehle, um in bestimmten Konfliktsituationen Führungs- und Gestaltungskraft auszuüben. Dies sei aber unvermeidlich, da die EU schon aufgrund ihrer globalen Wirtschaftsstärke zwangsläufig ein Zentrum des Handelns darstellen müsse. (S.110)

Mit den „Fehlentwicklungen der Europäischen Integration“ setzt sich abschließend der notorische EU-Kritiker *Karl Albrecht Schachtschneider* intensiv auseinander. Seine Kritik reicht von der Feststellung, dass man durch die EU die freiheitlichen Werte eingebüßt habe, über die Diagnose eines chronischen Demokratiedefizits (Stimmgewichtung, Nicht-Existenz eines Unionsvolkes) bis hin zu dem Vorwurf, dass der Rechtsstaat durch die Entwicklung der EU in Frage gestellt werde. Dies gelte sowohl für die sozialen Grundrechte der zweiten als auch für die ökologischen Grundrechte der dritten Generation. Der Autor beklagt den Verlust der bürgerchaftlichen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialhoheit, wobei er besonders hervorhebt, dass nicht das Sozialprinzip, sondern das Marktprinzip zum Leitprinzip der Wirtschaftsverfassung der EZ erkoren worden sei. Die EU sei darüber hinaus ein demokratiewidriger Bundes- und ein friedengefährdender Großstaat. Nach dieser umfassenden Fundamentalkritik fordert der Autor neue Verträge, gerade auch für Deutschland, das seiner Auffassung nach ohnehin aus der gegenwärtigen Union ausscheiden müsste, wenn es seiner Verfassung treu bleiben wolle. Unabhängig von der in Teilen durchaus berechtigten Kritik *Schachtschneiders* stellt sich die Frage, ob die Rekonstruktion eindeutiger europäischer Nationalstaaten für Europa und schließlich auch global betrachtet einen humanen und zivilisatorischen Fortschritt brächte. Das scheint mir doch sehr zweifelhaft zu sein.

zw



Claus Leggewie: Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt.

Verlag C. H. Beck. München 2011, 224 S.

Zusammen mit *Anne Lang* legt *Claus Leggewie* ein schmales, aber inhaltsreiches Buch vor, das Historikern und Politologen, aber auch an Europa und dem am europäischen Einigungsprozess interessierten Zeitgenossen viel zu denken gibt. Es handelt sich nämlich nicht um Fischfangquoten, Arbeitsplätze und Standorte oder gar um systemisch wichtige Banken, um deren Erhalt hier gekämpft werden soll, sondern um die europäische Erinnerung. Eine schwer fassbare Sache, diese europäische Erinnerung, in alle Richtungen dehnbar, vielfältig und ähnlich unverbindlich wabernd wie die sonntagesrednerische Beschwörung europäischer Werte. Ohne Setzung kommen wir deshalb auch hier nicht aus. Der zentrale Satz der Einleitung sei deshalb in Gänze angeführt:

„Wir vertreten in diesem Buch die Auffassung, dass ein supranationales Europa nur dann eine tragfähige politische Identität erlangen kann, wenn die öffentliche Erörterung und wechselseitige Anerkennung strittiger Erinnerungen ebenso hoch bewertet wird wie Vertragswerke, Binnenmarkt und offene Grenzen...“ (S. 7)

Jorge Semprun hatte das schon einmal viel einprägsamer zusammengefasst, als er formulierte, dass die EU existenziell und kulturell nur gelingen könne, *„wenn wir unsere Erinnerungen miteinander geteilt und vereinigt haben“*. (S. 7)

Und eine weitere wichtige Einschränkung: wenn Opfer und Hinterbliebene eine Stimme bekommen sollen, dann gehe es nicht vordringlich um kollektive Identität, sondern um Recht und Gerechtigkeit. Unter Berufung auf den griechischen Zeithistoriker *Stathis Kalyvas* werden deshalb vier „Memorialregime“ in Europa nach 1945 unterschieden:

Exklusion: systematische Ausschließung von bestimmten Opfergruppen.

Inklusion: Vorausseilende Konsensstiftung mit dem Ziel rascher Versöhnung.

Kontestation: Interpretation katastrophaler Vergangenheiten, die Geschichtskontroversen am Leben erhalten.

Beschweigen: Ein durch Amnestien geschütztes Beschweigen der Vergangenheit.

Zwanzig Jahre nach Vereinigung des europäischen Kontinents – so der Autor – sollte eine wirkliche europäische Geschichtspolitik nicht nur die Erbschaft des Holocaust aus westlicher Sicht behandeln, sondern sich auch mit der Bedeutung des Gulag-Erbes für den Westen auseinandersetzen. Zur gesamteuropäischen Zeitgeschichtsschreibung gehöre dann an zentraler Position das Gedenken an den 23. August 1939, als der Pakt

zwischen Hitler und Stalin geschlossen wurde, aber auch die Benennung der Ambivalenz des 8./9. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“.

Um den Kern der gesamteuropäischen Erinnerung – den Holocaust – werden sechs weitere konzentrische Kreise gruppiert, die – so Leggewie – allerdings weiterhin umstritten bleiben. Hierbei handelt es sich zunächst um die Staatsverbrechen kommunistischer Okkupationsregime und Parteien, woran sich die relativ gut erforschten und dokumentierten Erinnerungen an Genozide, Vertreibungen und ethnische Säuberungen sowie an die heißen und kalten Kriege des 20. Jahrhunderts anschließen.

Die Kreise fünf und sechs – Erinnerungen an die europäischen Kolonialverbrechen sowie die europäische Migrationsgeschichte – seien hingegen weder gut erforscht noch besonders tief im gesamteuropäischen öffentlichen Bewusstsein verankert. Im Unterschied hierzu wurden besonders der Holocaust und die Entwicklung der europäischen Integration nach 1945 intensiv untersucht und sind in der europäischen Öffentlichkeit durchaus präsent.

Der Autor erläutert in den sich anschließenden Kapiteln den Umgang mit der Erinnerung in einzelnen europäischen Staaten und Gesellschaften und charakterisiert den Holocaust als negativen Gründungsmythos Europas. Er gibt in diesem Kontext auch zu bedenken, dass dabei quasi eine Europäisierung der deutschen Geschichtspolitik stattgefunden habe, wobei Antisemitismus und Faschismus allerdings gesamteuropäische Erscheinungen gewesen seien. Nachvollzogen wird auch, warum die Losung „Nie wieder Krieg!“ zur Losung „Nie wieder Auschwitz, deswegen Krieg!“ evaluierte. Gleichzeitig ver falle aber nicht nur in Deutschland die Spezialbeziehung zu Israel, und der Antisemitismus nehme zu.

Ferner setzt sich Leggewie mit der unterschiedlichen Behandlung der Leugnung (Negativismus) oder der Verharmlosung (Relativismus) des Holocaust auseinander und verweist auf die im Jahre 2008 von der EU erlassene Richtlinie zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. (S. 20-21)

Hieran schließt sich konsequenterweise die Frage an, ob die Verbrechen des Kommunismus in der EU analog behandelt werden sollten. In der Vergangenheit wurde dies bekanntlich in einigen Ländern Ostmitteleuropas – besonders aber in den baltischen Staaten – wiederholt gefordert. Aufgrund des Kalten Krieges und seiner Folgen erweist sich eine gemeinsame gesamteuropäische Erinnerung diesbezüglich aber als besonders schwierig. Die Gleichsetzung von rotem und braunem Terror bleibe oberflächlich, problematisch sei auch die undifferenzierte Verwendung des Begriffs Ostmitteleuropa, der im Hinblick auf das historische Gedächtnis eine reine Fiktion darstelle, da es in dieser Region vier Erinnerungsmodi gebe (*Stefan Troebst*). Überdies habe es über viele

Jahre eine internationale, identitätsstiftende und besonders in Westeuropa wirksame Funktion des Anti-Anti-Kommunismus gegeben.

Hinsichtlich der Vertreibungen, Deportationen und „Bevölkerungstransfers“ wird konstatiert, dass sie im kollektiven gesamteuropäischen Gedächtnis am tiefsten verankert sein dürften, zumal sie in der familiären Tradierung generationenübergreifend präsent bleiben. Allerdings gebe es weiterhin eine brisant bleibende, getrennte Erinnerung, was am deutsch-polnischen Konflikt um ein Zentrum gegen Vertreibungen besonders deutlich werde. Dem Autor ist sicherlich beizustimmen, wenn er hervorhebt, dass nach den Erfahrungen mit den Jugoslawienkriegen universelle Normen und Definitionen notwendig seien. Unabhängig davon bleibt in Europa aber weiterhin umstritten, welche Vertreibungsakte als Genozid (Völkermord) einzustufen sind. In diesem Kontext diskutiert Leggewie die weiterhin kontroverse „armenische Frage“ und den sog. ukrainischen „Hungerholocaust“, den man je nach Standpunkt und Interessenlage als Geno- oder Demozid beschreiben kann.

Das ständige Erinnern an die beiden Weltkriege bedingt in der Tat, dass man Kriegs- und Krisenerinnerungen als einen Motor für Europa verstehen kann. Ein repräsentatives Beispiel für diesen Sachverhalt ist das häufig zitierte Motiv des Weihnachtsfriedens des Jahres 1914, das in zahlreichen internationalen Fernsehbeiträgen aufgegriffen wurde. Besonders im deutsch-französischen, aber auch im deutsch-polnischen Kontext ist es in diesem Zusammenhang zur Etablierung geschichtspolitischer Maßnahmen (Städtepartnerschaften, Austauschmaßnahmen) gekommen, wurde von Feindbildern und „Erbfeindschaften“ erfolgreich Abschied genommen.

Die europäische Kolonialisierung stellt ein weites Feld dar, das zeitlich betrachtet von der Periode der Sklaverei bis in die neokoloniale Wirtschaftspolitik der Gegenwart reiche. Inzwischen sei der nicht-affirmative Vergleich zwischen der weiterhin singulär bleibenden Shoah und kolonialen Genoziden kein Tabu mehr, unumstritten seien auch die personellen Kontinuitäten zwischen Kolonialverbrechen und Judenmord, allerdings tue man sich mit der Erinnerung an diese europäischen Jahrhundertverbrechen schwer. Im Zusammenhang mit dem deutschen Kolonialismus erinnert Leggewie daran, dass sich eine deutsche Regierung erst einhundert Jahre nach der grausamen Niederschlagung des Herero-Aufstands – also 2004 – zur politischen und moralischen Schuld bekannt habe. Dabei wurden entschädigungsrelevante Formulierungen allerdings vermieden. Insofern kann festgehalten werden, dass der Kolonialismus weiterhin nicht als gesamteuropäisches Problem betrachtet werde, was nicht nur für den Mainstream der Geschichtsschreibung gelte, sondern auch für die Akteure der europäischen Außenpolitik.

Zwischen Kolonialgeschichte und Einwanderung bestehe ein enger Zusammenhang, besonders im Hinblick auf die transnationalen Wanderungen nach Europa im 19. und

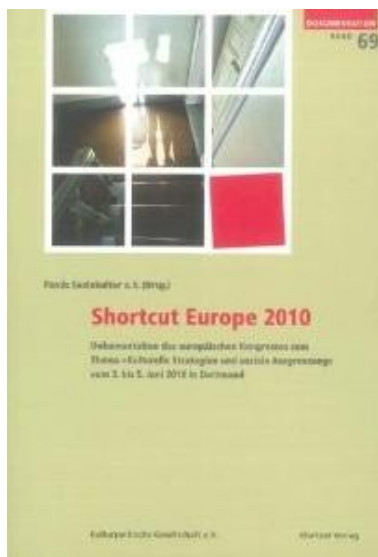
20. Jahrhundert. Zwar habe Europa heute einen ausgesprochenen Migrationshintergrund, allerdings entspreche dem weder das öffentliche Bewusstsein noch die Einwanderungs- und Integrationspolitik der einzelnen europäischen Staaten, wo Immigration noch immer als Problem- und Konfliktgeschichte wahrgenommen werde. Insofern stelle sich die Frage, ob europäische Toleranz nur ein Schönwetterphänomen sei, das mit dem Abflauen der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte verschwinden könne. (S. 42) Der Autor behandelt in diesem Zusammenhang recht intensiv den migrationsfeindlichen Populismus innerhalb der EU und die offenkundige Diskriminierung von Minderheiten (Sinti und Roma). Dabei beschränkt er sich nicht nur auf die ostmitteleuropäischen Verhältnisse, sondern benennt ebenfalls die im Jahre 2010 Aufsehen erregenden Abschiebungen aus Italien und Frankreich.

Das kollektive Gedächtnis Europas nach 1989 erweist sich als ebenso vielfältig wie seine Nationen und Kulturen – und bleibe genauso geteilt wie seine Staaten und Gesellschaften. Es gebe einen starken Impuls für das Vergessen, der prominente Anwälte habe. Anders stehe es allerdings mit der unbestrittenen Erfolgsgeschichte der europäischen Integration nach 1950 aus, eine Entwicklung, die aus dem totalitären Zirkel und der ideologischen Ost-West-Spaltung herausgeführt habe. In Europa gebe es ausschließlich Demokratien, beim Freiheits-Ranking stehe man weit oben, auch seien Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit stabil und weit verbreitet. Insofern stelle das geplante Haus für europäische Geschichte in Brüssel ein zukunftsträchtiges Projekt dar, da es a priori supranational angelegt sei. In den sieben konzentrischen Kreisen europäischer Erinnerung dominiere allerdings die Vorherrschaft einer Geschichte von Verbrechen und Traumata, was den Europäern eine schwere Erinnerungsbürde auferlege.

Dieser Umstand wird in dem sich anschließenden ausführlichen 2. Kapitel mit Hilfe von Geschichtsreportagen dokumentiert, wobei vor allem Länder im Vordergrund stehen, die zwar zu Europa gehören, deren unbewältigte Vergangenheit aber einen absehbaren Beitritt in die EU verhindern könnte (Serbien, Türkei, Ukraine). Diese Fallbeispiele, auf die hier im Einzelnen nicht eingegangen werden kann, erweisen sich als besonders lesenswert, weil hierin das ganze Dilemma einer gemeinsamen europäischen Erinnerung und eines ebensolchen Gedenkens deutlich zum Ausdruck kommt.

Die vorliegende Publikation ist vor allem jenen zu empfehlen, die Europa und die EU als reine Wirtschafts- und Interessengemeinschaft betrachten, dabei ihrem mehr oder minder verdeckten nationalen Eigeninteresse frönen und sich bisher wenig Gedanken darüber gemacht haben, dass die EU notgedrungen eine Schicksals- und Verantwortungsgemeinschaft darstellt, die in Zukunft nur Bestand haben wird, wenn wir in Europa zu solidarischer und subsidiärer Vergangenheitsbewältigung und Gegenwartsgestaltung bereit sind.

zw



Focus Soziokultur e.V. (Hg.): Shortcut Europe 2010. Dokumentation des europäischen Kongresses zum Thema „Kulturelle Strategien und soziale Ausgrenzung“ vom 3. bis 5. Juni 2010 in Dortmund. Klartext Verlag. Essen 2010, 201 S.

Wie aus dem Vorwort von *Norbert Sievert* hervorgeht, haben über 300 Akteure aus 16 europäischen Ländern an diesem bemerkenswerten Kongress in Dortmund teilgenommen. Kernfragen waren, inwiefern kulturelle und soziale Ausgrenzung Hand in Hand gehen, ob der emanzipatorische Anspruch „Kultur für alle“ noch aufrechterhalten werden kann und ob es neue Ansätze und Methoden der aktivierenden Kulturarbeit in der europäischen Soziokultur gibt. Insgesamt stellte sich

die übergeordnete Frage, inwiefern sich das mehrfach kodifizierte Bürger- und Menschenrecht „Kultur“ in einer durch marktwirtschaftliche Sparzwänge geprägten öffentlichen Landschaft und angesichts massiver Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung und Kultur verwirklichen lasse.

In einem ersten Abschnitt setzen sich *Max Fuchs*, *Rainer Treptow*, *Pius Knüsel* und *Franz-Josef Röhl* mit grundlegenden kulturellen Strategien gegen soziale Ausgrenzung auseinander. *Fuchs* behandelt das Versprechen der Moderne auf ein „Bürgerrecht Kultur“, die Frage von Inklusion und Ausschluss im Zusammenhang mit dem Anspruch, dass Bildung als Voraussetzung für kulturelle Teilhabe ein Menschenrecht sei, die Problematik der fast nicht vorhandenen kulturellen Partizipation von Jugendlichen und Zugewanderten, schließlich den Sachverhalt, dass Bildung und Kultur und die damit verbundenen Politiken immer dem Ziel des Machterhalts dienen.

Rainer Treptow fragt danach, was Kulturarbeit leisten könne, wobei er zu bedenken gibt, dass soziale Ausgrenzung und Inklusion sich nicht alleine auf die kulturelle Dimension zurückführen lassen. Kulturarbeit könne sowohl Mittel als auch Zweck sein, wobei der Autor postuliert, dass sie auch als Ausübung von Ungehorsam verstanden werden könne, um politisch gewollte strukturelle Ungleichheit in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur zu entlarven. (S. 33) Grundsätzlich sei Bildung die Voraussetzung für das Erfahren von Kultur, damit es aber nicht zur Exklusion in der Kulturarbeit komme, benötigen die Betroffenen individuell erworbene Kompetenzen. Hier sind m. E. allerdings in noch weit höherem Maße als bisher Elternhaus, Schulen, Bildungsstätten und sonstige Kulturangebote besonders gefragt.

Die Frage, ob es sich bei der programmatischen Losung „Kultur für alle“ um eine Illusion oder um eine konkrete Utopie handle, beantwortet *Pius Knüsel* in einem bemerkenswerten Dreisatz so: Weder „Kultur für alle“ noch „Kultur von allen“, sondern

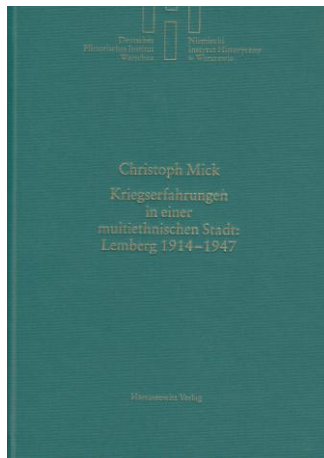
„Alle für die Kultur“. Der Autor fordert in seinem Beitrag den Verzicht der Kulturpolitik auf ihren wertautoritären Anspruch und postuliert, dass man den Übergang zu einer sich selbst finanzierenden Kulturproduktion schaffen müsse. Die soziokulturellen Zentren könnten in diesem Prozess zu Trainingsstätten künftiger Kulturunternehmer werden, die in der Lage wären, Fähigkeit und Freiheit miteinander zu kombinieren. (S. 41)

Franz Josef Röhl beschreibt in seinem Aufsatz, wie die neuen Netze die kulturelle Teilhabe verändern. Im Mittelpunkt stehen die durch das Internet und Web 2.0 veränderten kulturellen Ausdrucks- und Gestaltungsformen. Ohne alphanumerische Kompetenz laufe man Gefahr zum Analphabeten des 21. Jahrhunderts zu werden. Es bedürfe daher der Kompetenz, das Internet zur Information, für Bildung und zur öffentlichen und interpersonalen Kommunikation zu nutzen. Anschließend beschreibt der Autor einige Beispiele für e-Inclusion und berichtet unter anderem über die Anwendungsbereiche von Apps und Quipe.

Im zweiten Abschnitt des Buches wird ein Blick über die Grenzen geworfen, wobei vor allem englische und österreichische Praktiker über unterschiedlichste Ansätze, Projekte und Erfahrungen (u.a. Find-Your-Talent-Programme, Sozialtickets und Kulturpässe) berichten. In weiteren drei Abschnitten wird auf die Problematik der Kulturarbeit als Befähigung (Impuls zum Stärker-Werden, Kulturarbeit von Menschen mit Behinderung), auf mehrere Projekte im Rahmen der Kulturhauptstadt Ruhrgebiet sowie die Besonderheit interkultureller Ansätze eingegangen.

In seinem Nachwort zitiert *Norbert Sievers* noch einmal ausdrücklich aus der Abschlusserklärung der Expertenkonferenz des Europarates „Kultur und Entwicklung“ von Arc et Senans aus dem Jahre 1972: „Die Aufgabe von Kulturarbeit ist es..., alternative gesellschaftliche Entwicklungsrichtungen vorstellbar zu machen und in jedem Individuum den Sinn für das Mögliche zu wecken, das heißt, ihn zu befähigen, Krisen nicht auszuweichen und nicht der Sklave, sondern Herr seiner Geschichte zu werden.“ (S. 131) Sicherlich ist *Sievers* beizupflichten, wenn er ausführt, dass die Bedeutung der Kulturarbeit selten größer war als heutzutage, gerade in Deutschland.

Neben diesen kurz skizzierten Grundsatztexten erweist sich der umfängliche Anhang des Bandes (S. 133-193) als besonders lesenswert. Darin verweist man einerseits auf den dramatischen Rückgang der kulturellen Teilhabe in aller Welt, andererseits wird in einem knapp formulierten Appell dazu aufgerufen, das Bürgerrecht Kultur zu verwirklichen. (S. 193)



Christoph Mick: Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt: Lemberg 1914-1947 Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2010, 632 S.

Diese, in der Reihe des Deutschen Historischen Instituts Warschau als Band 22 erschienene, sehr umfangreiche Darstellung von *Christoph Mick* behandelt ein Thema, das auch heute – angesichts zahlreicher ethnisch oder/und religiös motivierter Konflikte und Bürgerkriege – nichts an Brisanz verloren hat.

Die ethnischen Beziehungen und Konflikte in Lwów, Lemberg, Lviv zwischen 1914 und 1947 werden mit Hilfe eines erfahrungsgeschichtlichen Ansatzes widergespiegelt und einfühlsam rekonstruiert. Dabei soll bewusst vermieden werden, die bereits vorhandenen nationalen Erzählungen von Polen, Ukrainern und Juden neu zu konstruieren und zu verstärken. Dies gilt auch für die Darstellung der Okkupation der Stadt durch Russen, Sowjets, Deutsche und wiederum Sowjets. Auch die kurzen friedlichen Abschnitte in der Epoche des auslaufenden Habsburger Reiches sowie die Zeit innerhalb der 2. Republik Polen werden in ihrer ganzen Komplexität und Widersprüchlichkeit beschrieben. Darin liegt zweifelsohne die Stärke dieses Buches.

Um eine in Ansätzen ausgewogene Schilderung der Erfahrung der einzelnen Ethnien Lembergs liefern zu können, musste der Autor eine außerordentlich große Zahl von Quellen auswerten und in ein angemessenes Verhältnis zueinander bringen. Dies ist ihm eindrucksvoll gelungen, obschon man aus der Position einer national kanonisierten Geschichtsschreibung an der einen oder anderen Stelle erhebliche Einwände erheben könnte. Vielleicht geschieht dies auch demnächst, wenn polnische und ukrainische, schließlich auch jüdische Kollegen/innen damit beginnen sollten, das Buch zu perzipieren und entsprechende Rezensionen zu schreiben.

Der Autor dekonstruiert mit Hilfe zahlreicher, zum Teil erstmals zitierter Quellen aus unterschiedlichsten Archiven die sorgfältig aufgebauten, ideologisch aufgeladenen nationalen und sozialen Mythen der Eliten der polnischen, ukrainischen und jüdischen Stadtbevölkerungen dieser faszinierenden ostgalizischen Metropole. Bekanntlich wurde die Stadt nach dem 2. Weltkrieg von den Sowjets endgültig „ethnisch gesäubert“, nachdem die Deutschen, während der grausamen nationalsozialistischen Okkupation Lembergs, für die fast vollständige „Entjudung“ dieses einst auch jüdischen Zentrums gesorgt hatten. Mick entlarvt die verbrämten ideologischen Ansprüche beider, bis Juli 1941 noch als Verbündete agierender totalitärer Okkupanten, die sich in deren Besatzungs- Umsiedlungs- und Vernichtungspraxis als bloßes Mittel zum Machterhalt und zur Ausdehnung der eigenen Interessensphäre – und belegt die Perfidie beider Besatzungsregimes, die die einzelnen Nationalitäten der Stadtbevölkerung geschickt gegeneinander ausspielten, um ihre wahnwitzigen kommunistischen und herrenmenschlichen Ideologien in die Tat umzusetzen. Dabei konnten Sowjets und Nazis allerdings auf schon lange bestehende nationale und soziale Animositäten und

Konflikte zwischen polnischen und ukrainischen Eliten sowie polnischem Gutsbesitz und ukrainischen Bauern aufbauen. Hinzu kamen die unverhohlenen Konflikte zwischen römisch- und griechisch-katholischer Bevölkerung mit all ihren auch bemerkenswerten Übergängen von der einen zur anderen Nationalität. Nicht zu vergessen die sich verstärkenden Assimilationsprozesse des aufgeklärten Judentums an die polnische Bevölkerungsmehrheit, die sich in einem allmählichen Übergang vom Jiddischen zum Polnischen manifestierte.

In Kakanien ergab sich der Konflikt zwischen Polen und Ukrainern bekanntlich aus dem Umstand, dass die Stadt mehrheitlich polnisch und jüdisch besiedelt war, die Ruthenen aber einen Anspruch auf stärkere Mitsprache, Autonomie und schließlich auch auf Eigenstaatlichkeit erhoben, der im krassen Gegensatz zu den ganz analogen Aspirationen der polnischen Mehrheit der Stadt stand. Ethnische Mehrheitsverhältnisse in ganz Ostgalizien seitens der Ruthenen/Ukrainer wurden gegen historische Ansprüche und die Vorstellung von der kulturellen Überlegenheit der polnischen Oberschicht seitens der Polen ins Feld geführt. Ein Szenario, das unter umgekehrten Vorzeichen der kultuträgerischen deutschen Argumentation im deutsch-polnischen Volkstumskampf entsprach, die wiederum von den polnischen Hinweisen auf historische Zugehörigkeit der umstrittenen Teilungsbiete und die bevölkerungsmäßige Entwicklung konterkariert wurde. Während die Polen auf der „Polnischkeit“ (polskość) Lwóws bestanden, sahen zahlreiche ruthenisch/ukrainische Nationalisten in Lviv die zukünftige Hauptstadt einer präsumptiven Westukraine/Ukraine.

Die polnischen Eliten, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs und noch lange danach antirussisch, kaisertreu und loyal gestimmt waren (Legionen *Pilsudksis*), änderten aufgrund der Schaukelpolitik der Mittelmächte in der polnischen und ukrainischen Frage, besonders aber aufgrund der Revolutionen in Russland ihre Orientierung (polnische Nationaldemokraten!) und strebten nach einem souveränen polnischen Staat, zu dem selbstverständlich auch Lwów gehören sollte. Hieraus ergab sich der heftige, schließlich auch militärisch geführte, „brüdermörderische“ Konflikt zwischen Polen und Ukrainern, als ukrainische Einheiten die Stadt am 1. November im Handstreich zu besetzen versuchten und in der Folge ein unabhängiger ukrainischer Staat ausgerufen wurde. Auf beiden Seiten kam es danach zur Etablierung lange verbindlicher nationaler Gründungsmythen: Opferbereitschaft der jungen polnischen Verteidiger (Orlęta) versus „ukrainische November-Tat“, die auch heute noch im kollektiven Bewusstsein beider Völker von Bedeutung sind. Die jüdische Bevölkerung befand sich während dieser Auseinandersetzung – wie so oft – zwischen Hammer und Amboss und musste einen Pogrom über sich ergehen lassen, der wohl von polnischen Gruppen inspiriert worden war. Diese unterstellten der jüdischen Bevölkerung, sich während des Konflikts nicht neutral, sondern antipolnisch und damit proukrainisch verhalten zu haben. Nach den missglückten Versuchen, eine wie auch immer definierte westukrainische Staatlichkeit zu schaffen (*Skoropadskyj*, *Petljura* u.a.) hatten die

ruthenischen/ukrainischen Eliten das strukturelle Problem, dass sie weder mit ihrer Nationenbildung (Ukrainer/Ruthenen) noch mit ihrer Staatsbildung weiter gekommen waren. Die ruthenischen/ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebungen scheiterten sowohl an der beanspruchten und nach dem erfolgreichen Krieg gegen die Sowjetunion durchgesetzten polnischen Staatlichkeit als auch an dem Desinteresse Russlands/der Sowjetunion, an einer unabhängigen Ukraine. Die russische/sowjetische Politik zielte strategisch betrachtet konstant auf eine Vereinnahmung der „Kleinrussen“, was zur Russifizierung und gleichzeitig zur Sowjetisierung führen sollte.

Die deutschen Verbündeten, auf die man seitens der ukrainischen Nationalisten große Hoffnungen setzte, behandelten die ukrainischen Eliten, die Ukraine und die verbündeten ukrainischen Einheiten instrumentell. Weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg plante man einen unabhängigen ukrainischen Staat. Das Schicksals *Banderas* und *Stec'kos* stehen stellvertretend für weit auseinanderdriftende Interessen. Letztlich auch für die divergierenden Motivationen bei der Schaffung einer so berüchtigten Formation wie der SS-Galizien, für die man nota bene in Lemberg inzwischen ein Denkmal errichtet hat. Die mit den Deutschen verbündeten ukrainischen Nationalisten waren sich dieses Zwiespalts bewusst, glaubten aber, keine andere Wahl zu haben.

Der weit verbreitete polnische und ukrainische Antisemitismus, der auf einem integralistischen, exkludierenden Nationalismus fußte und sich in der Zwischenkriegszeit noch verstärkte, bleibt im gesamten, hier behandelten Zeitraum eine Konstante. Das gleiche gilt für das Stereotyp des Juden als bedingungslosem Unterstützer der Bolschewiken und Feind der national empfindenden Polen und Ukrainer. Die Nazis hatten es also nach dem Überfall auf die Sowjetunion und bei der Besetzung der Ukraine, die nach dem brutalen sowjetischen Besatzungsregime von nicht wenigen Ukrainern, aber auch von einigen Polen als „Befreiung“ missinterpretiert wurde, recht leicht, eine ihren Interessen dienende Stimmung zu erzeugen und propagandistisch zu verstärken. Die fast vollständige Auslöschung des Lemberger Judentums ließ eine historisch gewachsene und bedeutende Bevölkerungsgruppe der Stadt bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs vollkommen verschwinden.

Mick verdeutlicht aber auch, dass die Lemberger Juden ebenfalls in sich gespalten waren. Bundisten und Zionisten folgten unterschiedlichen ideologischen Positionen, forderten die Anerkennung der Juden als „Nation“ oder propagierten die Ausreise nach Palästina. Jüdische Polen vertraten hingegen eine Politik der Assimilation, während die Orthodoxen in ihrer traditionellen Haltung verharren. Mit Abstrichen lässt sich dies auch für die polnische und ukrainische Bevölkerung Lwóws/Lvivs formulieren. Allerdings wurde das Gros der Polen und Ruthenen durch den fortwährend propagierten Mythos von der Eigenstaatlichkeit und den Rückgriff auf die einstige „nationale Größe“ geeint. Die Aggression und Besatzungspolitik der beiden totalitären Großmächte vernichteten nicht nur das polnische Staatswesen und die bürgerlichen Eliten beider

Völker (Katyn!), sondern stellten deren biologische Existenz in Frage (Ukrainischer Hunger-Holocaust!). Hinzu kam, dass sich Polen und Ukrainer während der deutschen und während der beiden sowjetischen Okkupationen einen erbitterten, mörderischen Kampf lieferten, dessen Bilder und Konsequenzen im historischen Gedächtnis von Polen und Ukrainern fortleben. Verstärkt wurden diese Effekte durch die Zwangsaussiedlungen von Teilen beider Bevölkerungsgruppen nach Festlegung der neuen polnisch-sowjetischen Grenze nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die kompromisslose Behandlung der polnischen Bevölkerung Lembergs durch die deutsche und die sowjetischen Besatzungen hatte zur Folge, dass es zu keiner erwähnenswerten Kollaboration polnischer Eliten und Bevölkerungsteile kam. Vielmehr bildete sich ein gut organisierter, gegen beide Besatzungsregimes agierender ziviler und militärischer Widerstand heraus, den die Rote Armee im Zusammenhang mit der Einnahme Lembergs, wo es zu einer kurzfristigen Kooperation mit der polnischen nationalen Untergrundarmee (Armia Krajowa) kam, brachial brach. Der nach 1945 noch immer starke Widerstand ukrainischer Nationalisten wurde durch die Sowjets vehement bekämpft und war mit dem offenkundigen Makel behaftet, dass die Ukrainer aktiv mit den Deutschen kollaboriert hatten. Dies erleichterte den Sowjets die ideologische Auseinandersetzung mit dem ukrainischen Nationalismus und seinem militärischen Arm, der noch lange einen erbitterten, aber letztlich hoffnungslosen Kampf gegen die Eingliederung in die Sowjetunion führte. Während die Sowjets diesen Widerstand bedingungslos brachen, propagierten sie gleichzeitig die Vereinigung der Ost- mit der Westukraine und eine Ukrainisierung, die letztlich aber auf die Sowjetisierung und Russifizierung der Westukraine hinauslief.

Die vorliegende Abhandlung *Micks*, in der davon ausgegangen wird, dass der erfahrungsgeschichtliche Ansatz potenziell dazu führen kann, historiographische Verkrustungen aufzubrechen, verdeutlicht, dass es auch heute noch schwerfällt, das Leid der „Anderen“ zu akzeptieren und kritisch nach den Verbrechen der „Eigenen“ zu fragen. Dies gilt sowohl für das weiterhin komplizierte ukrainisch-polnische Verhältnis als auch für die komplexe polnisch-jüdische sowie jüdisch-ukrainische Gemengelage. Dabei gilt auch zu beachten, dass die nationalen Kanons und Mythen weiterhin Bestand haben und es weiterhin nationale Geschichtspolitiken gibt, die die so notwendigen Einblicke in das Denken und Fühlen der „Anderen“ erheblich erschweren. Der Versuch des Perspektivwechsels, das Bemühen, die Situation der „Anderen“ im eigenen Denken, Fühlen und Handeln mit zu berücksichtigen, sollte deshalb nicht nur im multiethnischen Alltag, sondern auch im wissenschaftlichen Diskurs immer wieder unternommen werden. Die abgewogen-sachliche und dennoch spannende Darstellung *Christoph Micks* liefert dazu einen guten Beitrag.

zw



Enver Sopjani: Die politisch-militärische und polizeiliche Rolle der internationalen Gemeinschaft in Kosova ab 1999. Ist die internationale Gemeinschaft „erfolgreich gescheitert“?
LIT Verlag. Berlin 2010, 249 S.

Die vorliegende Darstellung stellt die Dissertation des Autors dar und entstand im Fach Politikwissenschaft an der Leibniz Universität Hannover. *Sopjani* verzichtet auf eine Rekonstruktion des Jugoslawien- und Kosova-Krieges, konzentriert sich auf die Periode seit 1999 und stützt seine Arbeit auf Dokumente der Internationalen Gemeinschaft (IG): United Nations Interim Administration Mission in Kosova (UNMIK), UN-Sicherheitsrat, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU sowie EULEX (European Union Rule of Law Mission) in Kosova. Neben der Auswertung von Tageszeitungen und der allfälligen Sekundärliteratur hat der Autor auch Interviews mit Mitarbeitern der IG und der kosovarischen Institutionen durchgeführt. Da er auch auf persönliche Erfahrungen als politischer Berater des Ministerpräsidenten von Kosova zurückgreifen konnte, sieht er sich in der privilegierten Lage, Einblicke in das „Innenleben“ der sich in Kosova vollziehenden Prozesse zu geben. Wie er hervorhebt, ist er aber – trotzdem oder gerade deshalb – bemüht, wissenschaftliche Distanz zu wahren. Ob ihm das immer gelingt, scheint mir allerdings fraglich, denn er bezieht an einigen Stellen des Buches sehr eindeutig Partei, gerade dann, wenn es um kollektive Fremdzuschreibungen geht, die „die Serben“ betreffen. An diesen Stellen wird nur wenig differenziert und mit nationalen, eindeutig negativ besetzten Fremdbildern operiert.

Und eine zweite kritische Bemerkung vorweg: Das Buch steckt voller grammatikalischer und orthografischer Fehler sowie stilistischer Unebenheiten. Man gewinnt den Eindruck, dass es nicht gegen gelesen wurde und in diesem Rohzustand in Druck ging. Das ist ärgerlich, denn diese durchgängige Schlamperei färbt auf die Rezeption der dargestellten Inhalte ab.

Und das ist schade, denn inhaltlich werden wir von *Sopjani* aufgrund seines empirischen Ansatzes und seiner deskriptiven Darstellungsweise mit einer Vielzahl von Fakten, Einschätzungen und Wertungen konfrontiert, die durchaus erkenntnisfördernd sind, zumal der Verfasser sein Desiderat auf eine breite Quellenbasis gestellt hat. Dabei bemüht er sich auf folgende zentrale Fragestellungen Antworten zu liefern:

- Motive der IG für das Engagement in Kosova
- Verhältnis der albanischen Mehrheitsgesellschaft zur IG
- Verhältnis der kosovarisch-serbischen Minderheit zur IG

- Verhältnis der serbischen Führung in Serbien zur UNMIK und zur Kosova-Regierung
- Rolle der UNO, der USA und der EU sowie ihre Bewertung
- Dauerhafte Lösung der Statusfrage des Kosova, um einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten

–

Sopjani arbeitet diese Leitfragen in insgesamt zwölf kurzen, konzisen Kapiteln ab und diskutiert eingangs einige grundlegende Begriffe, die durchgängig im Fokus der Darstellung stehen: *Sicherheit* unter Einbeziehung sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit, *Frieden* mit der Unterscheidung in negativen und positiven Frieden, *Polizei* unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der internationalen Polizei in Kosova, *Kriminalität* als soziale Erscheinung, *Internationale Organisationen* und *Grundlagen für den Aufbau und das Funktionieren neuer Institutionen*.

Das Scheitern der IG in Kosova wird dabei durch einen Ursachenkatalog vorformuliert, der von der „Harzburger Akademie für Führungskräfte in der Wirtschaft“ entwickelt wurde. Alle in diesem Ursachenkatalog mit Hilfe einer Umfrage in Unternehmen ermittelten und quantifizierten Faktoren seien auch in Kosova vorhanden, wo ein „unvergleichbares Polizeiprojekt“ begonnen worden sei, an dem über einhundert Nationen beteiligt waren. Eine der Hauptursachen für das Scheitern dieses einzigartigen Projekts erblickt der Verfasser in der Tatsache, dass die IG auf die Erlassung eines Polizeigesetzes keinen Wert gelegt habe und ein solches erst nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 2008 erlassen wurde.

Die Haltung der UNO, die erst – nachdem die NATO ohne UNO-Mandat militärisch gegen Serbien vorging – aktiv wurde, wird scharf kritisiert. Ähnlich wie im Irak habe sich die UNO zu wenig um Menschenrechtsverletzungen gekümmert und zu spät eingegriffen. Auch habe die IG insgesamt zu lange gebraucht, um den serbischen Regierungs- und Sicherheitsapparat in Kosova zu beseitigen. Das albanische Volk, aber auch die Demokratische Liga in Kosova mit *Ibrahim Rugova* an der Spitze haben (zu) lange vergebens gegen das aggressive serbische Vorgehen protestiert und die Passivität der westlichen Welt beklagt. Intensiv diskutiert der Verfasser das Scheitern der Friedenskonferenz von Rambouillet, den Einmarsch der NATO-Truppen in Kosova sowie die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates mit der Problematik der „automatischen Verlängerung“ der Mission.

Hinsichtlich der Rolle der IG beim Aufbau einer neuen Sicherheitsstruktur in Kosova behandelt der Verfasser die UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999, die die Bedingungen für ein friedliches und normales Leben für alle Ethnien in Kosova sicherstellen sollte, besonders intensiv. Vorausgesetzt wurde darin die substanzielle Beteiligung der NATO, um ein sicheres Umfeld in Kosova zu schaffen. Kritisiert wird von *Sopjani* in diesem Kontext, dass die Kosova-Befreiungsarmee (UCK) einerseits

(freiwillig) aufgelöst wurde, dass die IG aber andererseits nicht dafür Sorge trug, dass die entstandenen serbischen Enklaven, wo sich illegale serbische Parallelstrukturen herausbilden konnten, verboten wurden. Man beließ es vielmehr nur bei verbalen Protesten.

Im Hinblick auf die Rolle der IG beim Aufbau neuer kosovarischer Institutionen betont der Verfasser in erster Linie die schwierige Zusammenarbeit zwischen der UNMIK-Mission, die für die Verwaltung Kosovos und den Aufbau neuer Institutionen verantwortlich war, und einer von der OSZE als separate Abteilung eingerichteten Mission, die für den Aufbau der kosovarischen Polizei und Gerichtsbarkeit verantwortlich zeichnete. Da in der OSZE aufgrund ihrer multinationalen Zusammensetzung unterschiedliche Ziele verfolgt wurden und der Aufbau erfolgreicher kosovarischer Institutionen offensichtlich nicht intendiert war (Hinausschieben der Übertragung der Kompetenzen an Einheimische), kam dieser nur sehr schleppend voran. Das Versagen in Polizei- und Justizfragen könne deshalb nicht der kosovarischen Regierung vorgeworfen werden, da sie als Übergangsregierung keine entsprechenden Kompetenzen erhalten habe. Im Einklang mit der von der UNO geprägten Formel musste sie zunächst die Standards erfüllen, um danach erst den Status einer eigenständigen Regierung zu erlangen.

Hinsichtlich des Aufbaus des kosovarischen Polizeiapparats übt der Verfasser an der Rekrutierung der Polizeibeamten Kritik, bei der nicht berufliches Können entschieden habe, sondern persönliche Beziehungen. Kritisiert wird ebenfalls die Unterbezahlung der Beamten, die dazu führte, dass zahlreiche Personen ihre Arbeit bei der Kosova-Polizei aufgaben. Diskutiert wird die geduldete Missachtung der polizeilichen Kommandohierarchie durch die serbische Minderheit sowie die offenbar tolerierte Existenz serbischer Parallelstrukturen, die sich aktiv an der Destabilisierung Kosovos beteiligen. Insgesamt stellt *Sopjani* der UNMIK-Polizei somit ein sehr schlechtes Zeugnis aus.

Auch die Rolle der IG – nach Lösung der Statusfrage und der Unabhängigkeit Kosovos – wird kritisch beleuchtet. Als fehlerhaft sieht der Verfasser die Entscheidung an, Kosova unter UNO-Verwaltung zu stellen, da man dadurch durchgängig von der Haltung Russlands abhängig wurde, das sich im Sicherheitsrat konsequent gegen die Unabhängigkeit Kosovos aussprach. Inkonsequent habe sich die EU auch im Falle der viel diskutierten Empfehlung von *Martti Ahtisaari* verhalten, an der die EU-Seite auch nach der Unabhängigkeit Kosovos (17. Februar 2008) festgehalten habe. Auch die Mission des EU-Sonderbeauftragten, die im Februar 2010 verlängert wurde, sei zumindest zwiespältig: denn einerseits solle er sich angesichts des Status Kosovos neutral verhalten, andererseits habe er durch die geforderte Umsetzung der *Ahtisaari*-Empfehlung die Verpflichtung, die Unabhängigkeit Kosovos voranzutreiben. Ähnliches gelte für die EULEX-Mission, in deren Neutralität der Verfasser im Grunde genommen

eine ablehnende Haltung gegenüber dem Status Kosovos erblickt. Zudem beanspruche EULEX in Kosova nicht nur eine beratende, sondern auch eine bestimmende Funktion, was nicht selten zu Irritationen und Konflikten mit der Kosova-Polizei führe.

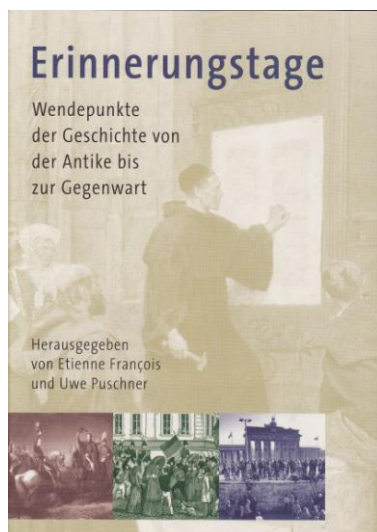
Außer der oben beschriebenen massiven Kritik an der UNO kommt *Sopjani* resümierend ferner zum Ergebnis, dass das von 1999 bis 2008 währende Zögern der UNO auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes beeinträchtigt habe.

Angesichts dieses institutionellen Versagens der IG formuliert der Verfasser am Ende seiner Darstellung sechs Empfehlungen:

1. Die internationalen Organisationen sollten Kosova verlassen und den kosovarischen Institutionen alle Kompetenzen übertragen.
2. Sei dies nicht durchsetzbar, so sollte wenigstens die Kompetenz des Internationalen Zivilvertreters eingeschränkt und sein Mandat im Februar beendet werden.
3. Kosova, das bisher über keine eigenen Streitkräfte verfüge, brauche hinsichtlich der inneren und äußeren Sicherheit Schutz. Insofern sei die Präsenz der NATO/KFOR weiterhin erwünscht.
4. Die internationale Präsenz sollte auf diejenigen Länder beschränkt bleiben, die die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt haben.
5. Kosova sei die uneingeschränkte Entscheidungskompetenz über das Militär und die Polizei zu übertragen, damit das Land innen- und außenpolitisch handlungsfähig bleibe.
6. Dem Land sollte eine EU-Beitrittsperspektive eröffnet werden, um die innerkosovarische Konsolidierung voranzutreiben.

Sopjanis Kritik an der IG ist sicherlich in zahlreichen Punkten stichhaltig. Es ist andererseits offenkundig, dass es der IG mit Hilfe sehr unterschiedlich aufgebauter internationaler Organisationen (NATO, UNO, OSZE, EU) mit sehr unterschiedlichen Zielsetzungen schwer fallen musste, ein abgestimmtes, von allen Seiten akzeptiertes und als gerecht empfundenes sicherheitspolitisches Übergangsregime in dieser leidgeprüften Krisenregion zu errichten und aufrechtzuerhalten. Angesichts der weiterhin bestehenden nationalen und internationalen Identitäts- und Interessenkonflikte sowie der ausgesprochen dramatischen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Verhältnisse in Kosova scheint ein Ende internationaler Präsenz und Einmischung im Unterschied zu den Wünschen des Verfassers allerdings nicht absehbar. Die vorliegende Darstellung des engagierten Autors stellt so betrachtet einen beachtenswerten Diskussionsbeitrag dar, auch wenn die Situation und Perspektive der Repräsentanten der IG sicherlich etwas zu kurz kommt.

zw



Etienne François, Uwe Puschner (Hg.): Erinnerungstage. Wendepunkte der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. C. H. Beck Verlag. München 2010, 454 S.

Dieser hervorragend edierte und aufwändig illustrierte Sammelband beinhaltet das geballte Wissen von insgesamt 22 ausgewiesenen Historiker/innen, die das Werk in Dankbarkeit ihrem Lehrer und Kollegen *Hagen Schulze* zugeeignet haben.

Den Anlass zum Entstehen dieses imposanten Buches, das sich trotz aller Gelehrigkeit spannend liest, verbinden die beiden Herausgeber mit der sehr spezifischen Form europäischer Vergangenheitsfixierung sowie mit dem

Umstand, dass angesichts einer als zunehmend ungesichert geltenden Zukunft eine spürbare Aufwertung der Gegenwart und des Gedenkens wahrgenommen werde. Angesichts der Tatsache, dass eine „neue Verhärtung der Fronten zwischen Geschichte und Gedächtnis“ konstatiert werden müsse, regen die hier versammelten Aufsätze über 22 Erinnerungstage zum Nachdenken darüber an, wie im Laufe der Zeit Gesellschaften nachträglich ihre Vergangenheit erleben und deuten. (S.16)

Die hier behandelten Erinnerungs-, nicht Gedenktage, wodurch der weiter gehende Anspruch der Autor/innen zum Ausdruck kommt, umfassen eine Zeitspanne von über zwei Jahrtausenden und reichen von der Behandlung der Schlacht im Teutoburger Wald, 9 n. Chr., (*Kirstin Buchinger*) bis zur Erörterung des 9. November 1989 (*Hermann Rudolph*). Geographisch betrachtet handelt es sich in erster Linie um Erinnerungstage, die im weitesten Sinne des Wortes mit der deutschen Geschichte in Verbindung stehen. Ausnahmen bilden die Auseinandersetzung um die Schlacht an der Milvischen Brücke, 312 n.Chr. (*Alexander Demandt*), der Text zum New Yorker Börsenkrach vom 24. Oktober 1929 (*Harold James*), der rekonstruierte Erinnerungsdiskurs um die Bombardierung von Guernica am 26. April 1937 (*Christiana Brennecke*) sowie die Charakterisierung des 1. September 1939 als höchstes Stadium „negativer Polenpolitik“ (*Klaus Zernack*). Dies gilt wohl auch für den Beitrag über den 5. Mai als Europatag, der seit seiner Einführung in spürbarer Konkurrenz zum 9. Mai – als Erinnerungstag an das Ende des 2. Weltkriegs – steht.

Als besonders lesenswert erweisen sich die Rekonstruktionen „geteilter“ Erinnerungstage, die zwar für die gesamte europäische Geschichte typisch sind, die beim aufmerksamen und in der Regel von seinem nationalen Gedächtniscode geprägten Leser allerdings einen zumindest temporären Perspektivwechsel verursachen können. Ganz explizit gilt dies für die jeweils nationalen – deutschen und französischen – Aneignungsversuche der Figur Karls des Großen (Aachen 1401, *Werner Paravicini*) oder für die Rekonstruktion der geteilten Erinnerung im Hinblick auf die mit dem Sacco di Roma vom 6. Mai 1527 verbundenen Ereignisse, die in Abhängigkeit von den

jeweiligen nationalen und kirchlichen Interessen äußerst kontrovers beschrieben und gedeutet wurden (*Arnold Esch*). Ähnliches lässt sich auch über den 9. November als schwierigen Erinnerungstag (*Gilbert Merlio*) sowie den 8. und 9. Mai 1945 als gar „umkämpfte Erinnerungstage“ (*Dominik Geppert*) sagen.

Sicherlich ist die europäische Dimension ein übergreifender Bestandteil der hier erörterten Erinnerungstage, kommt aber wohl am deutlichsten in den Beiträgen zum Westfälischen Frieden vom 24. Oktober 1648 (*Etienne François*) und zur Leipziger Völkerschlacht (18. Oktober 1823, *Uwe Puschner*) zur Geltung. Dies gilt ebenso für den Ausgang der Schlacht von Waterloo (18. Juni 1815), der das Napoleonische Projekt endgültig besiegelte. Eher deutsche, wenn auch inzwischen in tiefe Vergessenheit geratene, Erinnerungstage verbinden sich mit der auf den 18. März 1848 datierten Revolution in Berlin (*Hans-Ulrich Thamer*) und dem am 2. September (1870) begangenen Tag von Sedan (*Jakob Vogel*).

Die hier vorgestellten Erinnerungstage haben in der Regel viel mit Kriegen und blutigen Auseinandersetzungen zu tun, zumal die Geschichte Europas die seiner Grenzen und damit auch die seiner Konflikte ist (*Krzysztof Pomian*). Aber auch die Sparten der Wirtschafts-, Kultur- und Religionsgeschichte kommen nicht zu kurz. Trotz ihrer Unterschiedlichkeit – so die Herausgeber – seien sich alle diese Erinnerungstage in einem Punkt ähnlich: Nicht das faktische Ereignis stehe im Zentrum, sondern das verwandelte Ereignis, das schlussendlich einer doppelten Metamorphose unterliege: „Die erste Metamorphose machte aus dem geschichtlichen ein ‚historisches‘, die zweite Metamorphose aus dem ‚historischen‘ ein ‚erinnerungswürdiges‘ Ereignis, wobei zugleich meistens beschlossen wurde, seiner an einem bestimmten Tag und in regelmäßigen Abständen zu gedenken.“ (S. 19) So entstünden „Denkmäler in der Zeit“ (*Aleida Assmann*), die nicht nur Sinn- und Identitätsangebote liefern, sondern sich auch als auf die Zukunft gerichtete Handlungsverpflichtung anbieten.

Gerade dieser in die Zukunft reichende Aspekt macht die Auseinandersetzung mit Erinnerungstagen zu einem unverzichtbaren Bestandteil historisch-politischer Bildung. Und deshalb ist dieser sehr lesenswerte Band all jenen politischen Bildnerinnen und Bildnern, die sich mit der Funktion und der Manipulation von Geschichte, Erinnerung sowie Gedenkort und Erinnerungstagen beschäftigen, sehr zu empfehlen.

zw



Leslie Schwartz: Durch die Hölle von Auschwitz und Dachau. Ein Junge erkämpft sein Überleben.

Lit Verlag. Berlin 2010, 126 S.

Dieses schmale Bändchen von Leslie (Lászlo) Schwartz, in dem der 80jährige Zeitzeuge und Wahlamerikaner sein Leben erinnert, hat es wahrlich in sich. Dies ergibt sich schon alleine aus der Tatsache, dass der 1930 bei Debrecen geborene Lászlo Schwartz, der im Alter von vierzehn Jahren zusammen mit seiner jüdischen Familie nach Auschwitz verschleppt wurde, schlicht und anrührend aus der Perspektive des Kindes und Heranwachsenden erzählt. Das Buch gliedert sich in zahlreiche kurze Kapitel, die in Ausschnitten die wichtigsten Lebensetappen und Episoden des Protagonisten widerspiegeln. Eindrucksvoll schildert Schwartz seine Familienverhältnisse in der ungarischen Provinz, die glückliche Kindheit in einer jüdischen Familie, die, um mit seinen Worten zu sprechen, der „unteren Mittelschicht“ angehörte, den allzu frühen Tod des strengen, aber geliebten Vaters im Jahre 1938 und den damit verbundenen Schock des Sohnes. Wehmütig schildert der Autor die in Ungarn einsetzende Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung und die sich dramatisch vertiefende Isolation der Familie in ihrem ungarischen Umfeld. Enge christliche Freunde werden unter dem Einfluss der sehr effektiven nazistischen Propaganda plötzlich und unerwartet zu entschiedenen Feinden. Das Verhalten der mit den deutschen Nazis kollaborierenden eilfertigen ungarischen Behörden und einzelner Ungarn gegenüber den ab 1943 aus ihren Häusern vertriebenen und in Ghettos zusammengepferchten Juden bewertet Schwartz noch schlechter als das der mordlustigen deutschen Häscher. Der brutale Ausschluss der sich in ihrer Masse als ungarische Patrioten verstehenden ungarischen Juden aus der Gemeinschaft der Ungarn stellt für den Knaben neben dem Tod des Vaters eine zweite traumatische Erfahrung dar, die ihn zeitlebens begleiten wird.

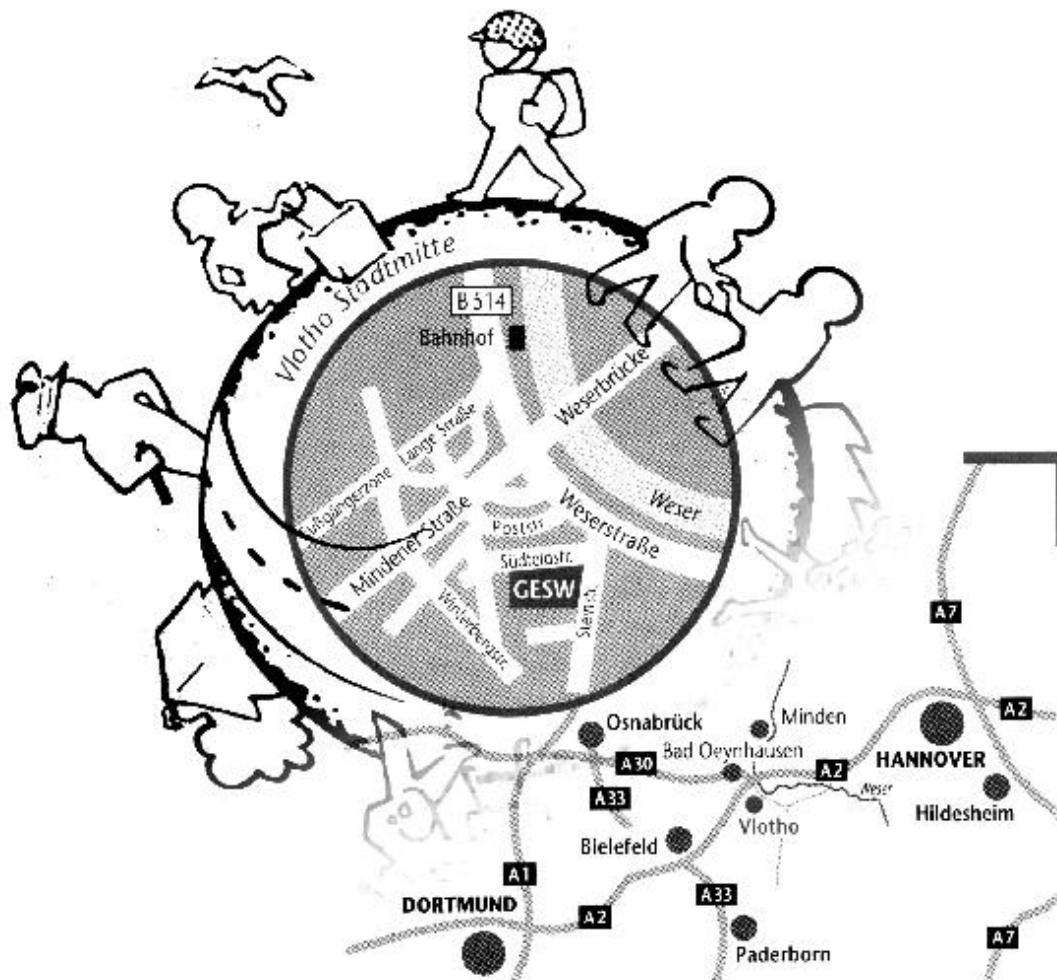
Nach der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen im März 1944 begannen bekanntlich die berüchtigten Massentransporte nach Auschwitz, denen auch die Familie Schwartz zum Opfer fiel. Während die Mutter samt der beiden Schwestern offenbar sofort ins Gas geschickt wird, stirbt der Stiefvater später. Erst nach Jahren wird dieser ungeheuerliche Verlust dem jungen Mann in seinem ganzen Ausmaß bewusst werden. Ob Lászlo/Leslie ihn jemals „verarbeitet“ hat, darf man füglich bezweifeln. Dem verwaisten, vollkommen auf sich selbst gestellten 14jährigen Lászlo gelingt es, sich mit seinem etwas älteren Freund Sandor nach einem nur zehntägigen Aufenthalt in der Kinderbaracke des KZ Auschwitz einem Transport erwachsener, arbeitsfähiger Juden anzuschließen, der Auschwitz in Richtung Dachau verlässt. Eine Verkettung schier unglaublicher Zufälle sowie die gleichsam instinktiven, spontan gefassten, richtigen – und damit das Leben des Kindes rettenden – Entscheidungen lesen sich wie ein

Märchen, geraten für den Jungen aber zu einem Horrortrip mit „happy end“. Denn das KZ Dachau scheint im Vergleich zum KZ Auschwitz eine „gute“ Alternative zu sein. Immerhin schafft es der mehrfach traumatisierte, halb verhungerte, aber hellwache Junge durch die sehr engen Maschen einer hervorragend organisierten und ausgeklügelten Mordmaschinerie zu schlüpfen. Dass Schwartz in seiner Erzählung einige Daten und Ereignisse ganz offensichtlich nicht den historischen Gegebenheiten entsprechend wiedergibt oder verwechselt, wie dies im Nachwort von Prof. Christian Gerlach behutsam aufgezeigt wird, spielt in diesem Kontext keine größere Rolle. Beeindruckend und geradezu erschütternd ist der Überlebenswille des dem Tode geweihten Kindes, das nur in wenigen Wochen zum Erwachsenen reift und zu einem erfahrenen, zuweilen zynischen Überlebenskünstler mutiert. Laszlo ist bereit, fast alles zu tun, um zu überleben. Die von den Nazis und ihrem Apparat perfekt in Szene gesetzte absolute Entwürdigung des Menschen, seine „Vertierung“, wird mittels kurzer Episoden in einfachen, aber einprägsamen Worten rekonstruiert. Das KZ Dachau erweist sich insofern als „Verbesserung“, da es eine gewisse Überlebenschance bietet, allerdings droht auch hier permanent das Verderben durch Hunger, Krankheit, mörderische Schwerstarbeit oder die Mordlust des perversen Kapos Knoll. Unabhängig davon verdankt Laszlo nicht nur den amerikanischen Befreiern, sondern auch einem ihm gewogenen Oberscharführer der SS sowie einigen ausgesprochen guten (deutschen) Menschen sein Überleben. Deren Taten werden in dem um Erinnerung, aber auch um Versöhnung bemühten Buch ausführlich beschrieben, ihre Namen haben sich dem jungen Mann, der aller engsten Familienmitglieder, Heimaten und Hoffnungen beraubt wurde, tief ins Herz eingebrannt. Er wird sie später – schon als reifer Mann und amerikanischer Sehnsuchts-tourist Leslie Schwartz – in Ungarn und Deutschland besuchen. Das neue Leben, das er sich nach dem Krieg in seinem Traumland USA aufbaut, verdankt er der Hilfe eines in Los Angeles lebenden Onkels, dessen Familie den verwaisten und grausam geprüften Lászlo/Leslie wie einen Sohn in ihrem Kreis aufnimmt. Die im Buch verstreut abgedruckten Familienfotos sprechen für sich und bedürfen keines zusätzlichen Kommentars.

In seinem Nachwort berichtet Schwartz, der in zweiter Ehe übrigens mit einer Frau aus Deutschland verheiratet ist, über seine Zeitzeugenarbeit in Deutschland und erklärt abschließend, dass er sich als Überlebender verpflichtet fühle, Zeugnis darüber abzulegen, wozu der Mensch fähig sei – im Guten wie im Bösen. Dies ist Leslie Schwartz mit seinem Lebensbericht zweifellos in bedrückender und beeindruckender Weise gelungen.

zw

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de